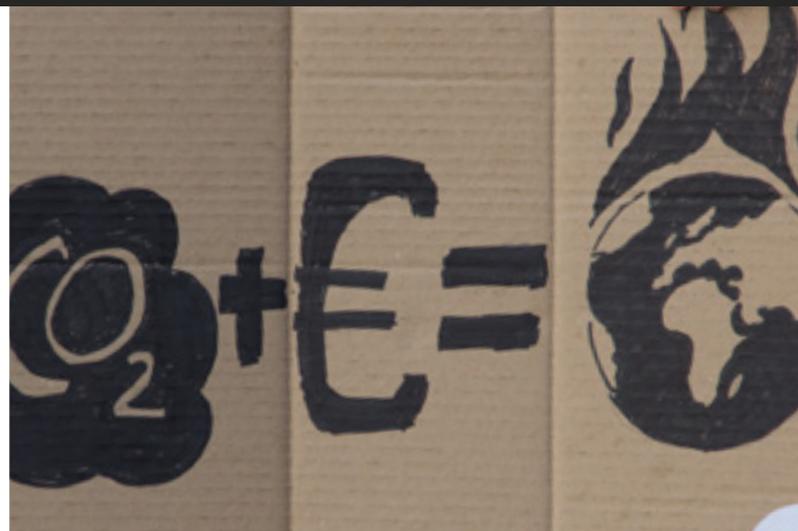


Westfalen • Welt • Weit

Nachrichten aus Mission, Ökumene und
kirchlicher Weltverantwortung

Themenschwerpunkt: **Wirtschaft & Menschenrechte**



04

WIRTSCHAFT & MENSCHENRECHTE

- Wirtschaft und Menschenrechte - eine Einführung
- Kohleabbau in Südafrika und seine Folgen
- Rohstoffe für unsere Handys und Autos - die Folgen im südlichen Afrika
- Dr. Denis Mukwege - der Friedensnobelpreisträger in Westfalen



- Kinderarbeit in Indien
- Textilproduktion in Äthiopien
- Für Fair Play - auch bei den Zulieferern von adidas!
- Bayer/Monsato - ein Bericht aus Argentinien
- Kinderarbeit in der Schokolade?
- Moderne Sklavenarbeit in Europa! Migrant*innen als Erntehelfer

32

WIRTSCHAFT & MENSCHENRECHTE

Handlungsmöglichkeiten



- Kampagne für ein Lieferkettengesetz
- Divestment - auch in der westfälischen Kirche
- Oikocredit - fairer Wirtschaften!
- Zukunft einkaufen
- Für die Bildungsarbeit: Lernkoffer, finanzielle Förderung, Filmtipps, GloBall - Bring Werte ins Spiel!

48

KIRCHENTAG



Berichte und Impressionen vom Kirchentag, z. B. WeltGarten - GlobalGarden2019, Wege zur Nachhaltigkeit, Ökumenische Gottesdienste und Podien, Migrationskirchen, Besuch der ökumenischen Gäste

60

BROT FÜR DIE WELT

- Hunger nach Gerechtigkeit - 60 Jahre Brot für die Welt
- Brot für die Welt-Botschafter*innen
- Benefizkonzert „Gitarren statt Gewehre“

67

REGIONALES / AUS DEM AMT FÜR MÖWE

- Wie Menschen mit Behinderung in Palästina leben - Bericht von einer Besuchsreise
- Frieden und Menschenrechte - VEM Summer School
- Praktikant*innen berichten

72

IMPRESSUM



Annette Muhr-Nelson

Leiterin des Amtes für MÖWe

Verantwortungsträger*in gesucht!

Wer ist eigentlich verantwortlich für den Hungerlohn der indonesischen Näherinnen, den Hautausschlag der philippinischen Müllsammler, die Wachstumsstörungen der Kinder, die in den Minen im Kongo arbeiten? Und wer hat die Macht, daran etwas zu ändern und bessere Lebensbedingungen für die vielen Unterprivilegierten in „aller Herren Länder“ durchzusetzen?

Sicher ist unser Konsumverhalten ein entscheidender Faktor. Aber reicht es aus, auf das Fair-Trade-Siegel zu achten und sich das eine oder andere Kleidungsstück lieber im Second-Hand-Laden zu besorgen? Im Amt für MÖWe haben wir uns eine Beschaffungsordnung gegeben, in der es u. a. heißt: „Beschaffungsentscheidungen haben Einfluss auf den Ressourcenverbrauch, die Umweltbelastungen und die sozialen Auswirkungen, die durch Produktion, Transport, Gebrauch und Entsorgung der Produkte entstehen. Bei jeder Beschaffungsentscheidung soll daher zunächst geprüft werden, ob die Anschaffung vermeidbar ist.“ Wenn sie nicht vermeidbar ist, prüfen wir nach ökologischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten, welches Produkt angeschafft wird.

In der Praxis ist es eine Herausforderung, sich mit der Herkunft und Produktionsweise jedes Produktes zu beschäftigen. Manchmal entsteht dadurch auch Un-

mut im Team. Es ist eben nicht immer gesagt, dass political correctness auch jedem/jeder schmeckt.

Und dabei ist stets klar: bei allen Bemühungen bleibt unser Lerneffekt wesentlich größer als die konkret messbare Veränderung für Mensch oder Natur. Dennoch bleiben wir dran, wohl wissend, dass die persönliche Haltung nur ein Baustein auf dem Weg zu einer Wirtschaft „im Dienst des Lebens“ ist.

Ein anderer Baustein ist die Verantwortung der Unternehmen. Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), den die Bundesregierung 2016 verabschiedet hat, versucht, deutsche Unternehmen zur Einführung von Nachhaltigkeitskriterien entlang ihrer Produktions- und Lieferketten zu gewinnen. Dies geschieht auf der Basis von Freiwilligkeit.

Wir halten das für nicht ausreichend. Ein Lieferkettengesetz in Deutschland zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Wirtschaft wäre ein geeigneter Rahmen. Im Jahr 2020 besteht die große Möglichkeit, ein solches Gesetz politisch durchzusetzen. Deshalb beteiligen wir uns an der bundesweiten Kampagne für ein Lieferkettengesetz, die am 10. September 2019 gestartet ist. Machen auch Sie mit, damit Politik handelt! Mit dem Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe von Westfalen Welt Weit wollen wir dazu beitragen, Verantwortungsträger*in für Menschenrechte zu finden.

Klimaretter*in, Hoffnungsträger*in, Botschafter*in, Weltverbesserer*in und Friedensstifter*in gesucht – so hieß es auf dem Dortmunder Kirchentag an unserem MÖWe-Stand im WeltGarten - GlobalGarden2019 auf dem Messegelände. Vielleicht haben Sie uns dort besucht, Gespräche geführt, der Musik und Talkrunden zugehört? Aber wir waren auch an vielen anderen Stellen im Kirchentagsprogramm aktiv. Ein paar Eindrücke von dieser einzigartigen und unvergesslichen Zeit im Juni bilden einen weiteren Schwerpunkt – neben dem 60. Geburtstag von Brot für die Welt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und motivierende Lektüre. Denken Sie dran: Gemeinsam können wir die Welt zum Besseren verändern!



Faire Löhne, Arbeits- und Gesundheitschutz, Versammlungsfreiheit - diese und andere Menschenrechte werden vielen Arbeiter*innen verweigert, auch den Arbeitern in einer Mine in der DR Kongo.

Wirtschaft und Menschenrechte

Der lange Weg zu verbindlichen Regeln

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass Arbeiter*innen, die unsere Kleidung, Schuhe oder Elektrogeräte produzieren, vor Gesundheitsschäden am Arbeitsplatz geschützt sind und sie sich ohne Angst gewerkschaftlich organisieren können. Auch für den Abbau von Rohstoffen oder für Kakao-, Palmöl- oder Bananenplantagen sollten Menschen nicht von ihrem Land vertrieben werden. Zahlreiche Berichte aus Fabriken, Minen oder Plantagen z. B. aus Bangladesch, Indonesien oder der DR Kongo belegen jedoch das Gegenteil. Menschenrechtsverstöße sind keine Ausnahme, sondern haben System. Ursache dafür sind die Bedingungen des harten Wettbewerbs in der globalisierten Wirtschaft.

Auch deutsche Unternehmen sind immer wieder direkt oder indirekt an Menschenrechtsverstößen beteiligt. Beim Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch im Jahr 2013 starben 1.135 Menschen. Dort ließen auch KiK und Adler oder deren Zulieferer produzieren. Der Chemie-Riese Bayer verkauft an brasilianische Landwirte Pestizide, die in der EU aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt längst verboten sind. In Brasilien verlieren durch den Dammbruch von Brumadinho 246 Menschen ihr Leben. Flüs-

se und Trinkwasser sind verseucht – und das obwohl eine Tochter des deutschen Unternehmens TÜV Süd diesen Damm als sicher zertifiziert hatte.

Um der Herausforderung von Menschenrechtsverstößen durch weltweit operierende Unternehmen zu begegnen, verabschiedete 2011 der UN-Menschenrechtsrat die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Dieser Empfehlungskatalog sagt: Staaten sind verpflichtet, Menschen durch eine angemessene Politik, Regulierung und Rechtsprechung vor Menschenrechtsverstößen durch Unternehmen zu schützen. Aber auch die Unternehmen selbst tragen Verantwortung, ihr Möglichstes zu tun, um in ihren Lieferketten Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, bestehende Missstände zu beheben und Betroffenen Abhilfe und Entschädigung zu verschaffen. Man spricht von der „Pflicht zur menschenrechtlichen Sorgfalt“ von Unternehmen.

Um die UN-Leitprinzipien umzusetzen waren und sind die Staaten aufgefordert, Nationale Aktionspläne zu entwickeln. In diesen Plänen sollen die Regierungen u. a. beschreiben, wie sie Unternehmen ihres Landes dazu anhalten, auch bei Auslandsgeschäften die Menschenrechte zu achten. Deutschland hätte den

Nationalen Aktionsplan nutzen können, um die Sorge für die Achtung der Menschenrechte durch deutsche Unternehmen gesetzlich festzuschreiben. Die Bundesregierung hat sich jedoch erst mal anders entschieden: Nach einem langwierigen Beratungs- und Abstimmungsprozess verabschiedete sie Ende 2016 ein eher halbherziges Maßnahmenpaket. Dies sieht zunächst keine gesetzliche Regelung vor. Die Bundesregierung erwartet demnach von allen Unternehmen, die Menschenrechte auch im Auslandsgeschäft zu achten. Sie hofft darauf, dass menschenrechtliche Sorgfalt freiwillig umgesetzt wird und bietet dazu verstärkt Beratung an. Als Ziel wurde gesetzt, dass die Hälfte der großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten bis zum Jahr 2020 menschenrechtliche Sorgfaltprozesse eingeführt haben. Wird dieses Ziel nicht erreicht, dann soll eine gesetzliche Regulierung geprüft werden. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD geht etwas weiter: Er spricht davon, dass die Bundesregierung in diesem Fall national gesetzlich tätig werde und sich für eine EU-weite Regelung einsetzen würde.

Und genau hier liegt eine Chance für die Menschenrechte in internationalen Lieferketten: Das Thema „Lieferkettengesetz“ steht im Jahr 2020 auf der politischen Tagesordnung. Nachdem die letzten Jahrzehnte zeigten, dass Freiwilligkeit nicht reicht, besteht nun die Chance, Unternehmen endlich zu Menschenrechtsschutz verbindlich zu verpflichten. Unternehmen, die nicht genug getan haben, um Schäden an Mensch und Umwelt zu verhindern, müssten die Verantwortung hierfür übernehmen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern prinzipiell ein Gesetz, unabhängig davon wie viel Prozent der großen Unternehmen Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte ergriffen haben. Jedes Unternehmen, das in seiner Lieferkette gegen die Menschenrechte verstößt, ist eines zu viel. Auch der Sozialausschuss der Vereinten Nationen kritisierte die 50%-Regelung des deutschen Nationalen Aktionsplans und empfahl eine gesetzliche Regelung.

In der Bundesregierung und der Öffentlichkeit hat die Diskussion um ein Lieferkettengesetz schon begonnen. Die ungeplante Veröffentlichung eines vertraulichen Gesetzesvorschlags für ein Lieferkettengesetz aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Frühjahr 2019 löste vielfältige Reaktionen aus. Die Regierung ist sich hier uneins. Während Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) eine gesetzliche Regulierung befürworteten, sträubt sich Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) beständig gegen jede Vorgabe für Unternehmen. Auch in der Wirtschaft gibt es verschiedene Positionen: Die großen Industrieverbände lehnen (wie so häufig) jede Verbindlichkeit ab. Ihnen gegenüber steht eine wachsende Reihe von Unternehmen, beispielsweise BMW, Daimler, Tchibo oder Vaude, die sich klar für ein Lieferkettengesetz aussprechen. Sie wollen keinen Wettbewerbsnachteil haben, wenn sie ihre Geschäftsmodelle umstellen, um die Sorgfaltspflichten einzuhalten. Außerdem können diese Unternehmen gemeinsam mit anderen Unternehmen Verbesserun-



Kinder werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet - in Steinbrüchen, aber auch auf Kakaoplantagen, in Minen oder Teppichfabriken.

gen leichter durchsetzen, wenn beispielsweise diese denselben Zulieferbetrieb haben. Für Unternehmen, die die Menschenrechte konsequent achten wollen, liegen die Vorteile eines Gesetzes auf der Hand.

Klar ist: Es wird auch vom öffentlichen Druck, vom Engagement vieler einzelner abhängen, ob die Bundesregierung weiterhin mit dem Kurs der Freiwilligkeit ein „Business as Usual“ befördert oder ob sie mit einem Lieferkettengesetz wirksam die Spielregeln für Unternehmen verändert.

Ein breites Bündnis aus Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen hat sich daher zur „Initiative Lieferkettengesetz“ zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für ein solches Gesetz zu engagieren (vgl. S. 32).

Ein starkes Lieferkettengesetz in Deutschland würde auch Dynamik in internationale Debatten bringen, z. B. für europaweite verbindliche Regeln für Unternehmen. Zudem kann es die Verhandlungen zu einem verbindlichen UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschen-

rechten (UN-Treaty) befördern. An einem solchen Abkommen wird seit 2014 gearbeitet. Ein erster Entwurf des Abkommens wurde von Menschenrechtsexpert*innen und Betroffenengruppen weltweit begrüßt. Die Bundesregierung aber zeigt sich nach wie vor skeptisch. Ein eigenes Lieferkettengesetz würde ihr Engagement im Prozess sicher unterstützen.

Eva-Maria Reinwald, Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte, SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene e.V.

Aktionspostkarte von CIR und SÜDWIND.
Bestellbar unter www.ci-romero.de/publikationen

Karikatur von Oliver Stenzel





© Cedric Nunn / Brot für die Welt

Der Himmel über der Ruhr ist noch ein Stück blauer

Was bedeutet das für Südafrika?

Im Dezember 2018 schloss die letzte Steinkohlezeche in Nordrhein-Westfalen und besiegelte damit den bundesweiten Abschied von der Kohleförderung – der Himmel über der Ruhr ist also noch ein Stück blauer geworden. Dennoch wird in Deutschland weiterhin Strom aus Kohle gewonnen und Stahl mit Hilfe des fossilen Energieträgers erzeugt. Der notwendige Rohstoff wird jetzt in anderen Teilen der Welt ans Tageslicht gebracht und dort oftmals unter wesentlich schlechteren Bedingungen gefördert. Neben Kolumbien, Russland und der Türkei gehört Südafrika aktuell zu den Staaten, die uns mit dem so in Misskredit geratenen „Schwarzen Gold“ beliefern.

Südafrika steht an Nummer sieben der weltgrößten Kohle produzierenden Länder. Neben Gold und Platin gehört Steinkohle zu den wirtschaftlich bedeutendsten Bodenschätzen. In 18 riesigen Kohlefeldern lagert der Rohstoff, teilweise nur 15 Zentimeter bis zu einem Meter tief unter der Erde. 84 Prozent der Erträge fließen in die Hände multinationaler Konzerne, nur der kleine Rest von 16 Prozent verbleibt bei südafrikanischen Unternehmen – davon werden über 90 Prozent des Energiebedarfs des Landes gedeckt. 30 Jahre könnte es bei gleichbleibender Förderung so

weitergehen – doch was bedeutet das für Südafrika? Südafrika hat sich einer nachhaltigen Entwicklung und einer damit einhergehenden Transformation der Wirtschaft versprochen. Dennoch wird zunehmend Stahl produziert, werden weitere Kohlekraftwerke gebaut, neue Kohlelagerstätten erschlossen und Schächte abgeteufelt. Das geschieht häufig in den eher ländlich geprägten Regionen. Hier leben Menschen, die bisher von Landwirtschaft und Viehzucht lebten. Nun werden sie zugunsten der Bergbauunternehmen vertrieben und ihre Lebensgrundlage zerstört. Traditionelle Gesetze und Vereinbarungen werden außer Kraft gesetzt. Nur in den seltensten Fällen wird fruchtbares neues Land zur Verfügung gestellt oder werden Kompensationen gezahlt. Außerdem schaffen die Bergwerkbetreiber nicht genug neue Arbeitsplätze, um den Menschen, die dort wohnen bleiben, ausreichend Einkommen zu bieten. Die Bedingungen, unter denen Männer und Frauen in den Minen arbeiten, sind zudem lebensgefährlich, menschenunwürdig und schlecht bezahlt. Die Arbeiter*innen können ohne Rücksicht entlassen werden, da sie zunehmend über Leiharbeitsfirmen angestellt sind und so ihre Rechte noch weniger geschützt sind. Erkranken sie aufgrund der Arbeitsbedingungen

in den Minen, sind ihre Aussichten auf Entschädigung gleich null. Die Bergleute und ihre Familien leben in der Regel nahe – oftmals viel zu nah – bei den Minen in informellen Siedlungen. Das bedeutet Wellblechhütten, unbefestigte Straßen, kein Zugang zu einer regelmäßigen Energie- und Wasserversorgung. Wobei die fehlende Stromversorgung fast schon makaber scheint, liegt die große Energiequelle, die Kohle, nur wenige Meter von den Dörfern entfernt. Organisationen und Initiativen, die auf diese Missstände aufmerksam machen wollen oder gar gegen die unfairen Praktiken der Unternehmen und Konzerne vorgehen, leben in der ständigen Sorge, dass sie für ihre Aktivitäten angegriffen oder gar ermordet werden.

Ein Menschenrecht auf Wasser – auch in den Minenregionen

„Während immer mehr Regionen des Landes unter der zunehmenden Dürre leiden und erste Städte und Dörfer gezwungen sind, die Wasserversorgung ihrer Bewohner*innen einzustellen, werde die wertvolle Ressource weiterhin von den Bergbaukonzernen in großen Mengen verschmutzt und verschwendet.“ Das beklagten im Juli diesen Jahres Vertreter*innen einer Wasserschutzinitiative aus Mpumalanga. Sie beriefen sich dabei auf ihren aktuellsten Report, in dem sie den Umgang mit Wasser im Bergbau unter die Lupe nehmen vor allem in der Provinz Mpumalanga.

Die zunehmend dramatische Wasserknappheit im vergangenen Jahr in Kapstadt ist vielen noch in Erinnerung. Die Millionenmetropole am Kap der Guten Hoffnung war kurz davor den Notstand auszurufen und als erste Metropole weltweit kein Wasser mehr zu haben, den „Day Zero“. Dass auch immer mehr kleinere und mittlere Kommunen von dramatischer Wasserknappheit betroffen sind, ist uns kaum bekannt. In einigen Provinzen wie Mpumalanga, Free State und Kwa Zulu Natal liegen die Gründe des Notstandes für die dortige Bevölkerung auf der Hand. Es zeigt sich immer wieder deutlich, wie massiv der Abbau von Steinkohle und anderen Bodenschätzen den Wasserhaushalt stört und die Wasserversorgung verschlechtert. Die Minen brauchen Millionen Liter an Wasser, um die Kohle zu waschen. Es gibt Fälle, in denen die Bevölkerung eines Dorfes während einer Dürrephase von der Wasserversorgung komplett abgeschnitten wurde, um den Betrieb des Bergwerkes aufrecht halten zu können.

Es gibt ein Menschenrecht auf sauberes Wasser und auf freien Zugang zu Trinkwasser – auch für die Menschen in den Bergbauregionen Südafrikas. Ob es auf Dauer ausreicht, darüber nachzudenken, Eisberge aus der Antarktis an die Küste am Atlantik zu schleppen und somit die Wasserknappheit des Landes in den Griff zu kriegen?

Vera Dwors, Fachstelle Südafrika / Südafrika Forum NRW
im Amt für MÖWe



Blauer Himmel an der Ruhr -
Schwarzer „Kohle“-Sand
in Südafrika.

Neue Hoffnung am Kap?

Südafrika nach der Wahl

Im Mai 2019 wurde in der Regenbogennation gewählt. Dabei erzielte der ANC – der African National Congress –, dem auch Südafrikas erster Präsident und Freiheitskämpfer Nelson Mandela (1918-2013) angehörte, das schlechteste Wahlergebnis seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1994. Nach einem Vierteljahrhundert an der Macht erzielte die Partei der ehemaligen Befreiungsbewegung nur 57,5 Prozent. „Ein besseres Leben für alle“ war die Vision nach dem Überwinden des Apartheidregimes. Nur leider ist das Land immer noch weit davon entfernt. Vor allem eine Arbeitslosenquote von fast 40 Prozent steht einer Entwicklung zu einer vereinten Gesellschaft frei von Armut, Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt im Wege. Junge Menschen in Südafrika sind davon besonders betroffen, was sie mit einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung quittierten. Neben guten Bildungs- und Ausbildungschancen brauchen sie Jobs im Dienstleistungssektor, in der Industrie, im Handwerk oder im Tourismus. Die Betriebe und Unternehmen wiederum benötigen eine sichere, möglichst zukunftsfähige Stromversorgung, um ihre Produktion aufrecht zu erhalten. Das wird eine der großen Herausforderungen für den neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa auf dem Weg zu mehr sozialer Sicherheit und zur Überwindung der größten Ungleichheiten in Südafrika – den Menschen in seinem Land den Zugang zu bezahlbarer Energie zu ermöglichen, die sowohl umwelt- als auch menschenfreundlich produziert wird.



Der Stoff für unsere Smartphones

Dr. Claude Kabemba über die Herausforderungen des Bergbaus im südlichen Afrika



Rund 60 Rohstoffe stecken in unseren Smartphones. Viele wichtige Metalle werden dafür in Ländern des südlichen Afrikas abgebaut.

Dr. Claude Kabemba ist Direktor der Organisation „Southern African Resource Watch“, die für die Rechte der Menschen in Bergbauregionen eintritt. In einem Interview berichtete er von menschenrechtlichen Auswirkungen des Bergbaus und darüber, welche Prozesse die Situation verbessern könnten.

Amt für MÖWe: Ihre Organisation beobachtet den Bergbau in mehreren Ländern des südlichen Afrikas. Welche menschenrechtlichen Risiken stellen Sie fest?

Kabemba: Bergbau ist ein äußerst komplexer und vielschichtiger Bereich, der das Leben der Menschen, die in den Bergbauregionen leben, stark beeinflusst. Es ist ein Fehler, nur den reinen Abbau zu betrachten, da die gesamte Wertschöpfungskette wichtig ist und Menschenrechtsverletzungen bereits bei den ersten Verhandlungen mit den Bergbaugesellschaften geschehen. Wenn zum Beispiel von Seiten der Regierung die Verhandlungen mit den Bergbauunternehmen geführt werden, ohne die Bewohner*innen der betreffenden Region mit einzubeziehen und ihnen somit jede Möglichkeit zur Mitsprache genommen wird, auch wenn negative Folgen für die Gemeinden drohen, ist dies ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte.

Ein weiterer Punkt sind die Umweltverträglichkeitsstudien, die in den meisten afrikanischen Ländern nur symbolischer Natur sind. Ebenso werden kulturelle Bedenken, wie z. B. die Zerstörung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Friedhöfen, Zwangsumsiedlung oder die Belastung von Wasser durch Giftstoffe außer Acht gelassen. Die Menschen, die im Bergbau arbeiten, leiden häufig unter dem Staub und anderen Umweltbelastungen. Sie haben keine soziale Absicherung, sondern werden entlassen, wenn z. B. eine Erkrankung der Lunge droht.

Wie wird die Bevölkerung von Ihrer Organisation dabei unterstützt, sich gegen die negativen Auswirkungen des Bergbaus zu wehren?

Wenn Menschen gut informiert und in der Lage sind, diese Informationen zu nutzen, können sie ihre Rechte einfordern. Aus diesem Grund mobilisiert „Southern African Resource Watch“ Menschen zur Selbsthilfe. Eigentlich wäre es ja auch möglich, dass die Gemeinden vom Bergbau profitieren. In den meisten afrikanischen Ländern fließen die Steuern, die die Unternehmen zahlen jedoch an die Regierung und die betroffenen Gemeinden erhalten überhaupt kein Geld. Unsere Arbeit zielt dahin, Gemeinden dabei zu unterstützen, Unternehmensverantwortung einzufordern.

Wir suchen auch den Kontakt zu den Unternehmen und versuchen, Einfluss auf die Regierungen zu nehmen. Wenn dafür gesorgt wird, dass Unternehmen Schulen und Krankenhäuser bauen und für eine Verbesserung der Infrastruktur sorgen, ist das für die Gemeinden positiv. Das ist jedoch ein langwieriger Prozess, da die Unternehmen kein Interesse daran haben und häufig ganz unabhängig agieren. Man kann sagen, dass nicht der Staat die Unternehmen kontrolliert, sondern die Unternehmen den Staat.

Fluch oder Segen? Das südliche Afrika ist reich an Bodenschätzen, wie Gold, Platin, Diamanten. In einer der größten Minen weltweit, Sishen/ Südafrika, wird Eisenerz abgebaut.



Können Sie Beispiele dafür nennen, dass durch eine bessere Regierungsführung die Menschenrechte stärker respektiert werden?

Leider muss ich sagen, dass ich keine positiven Beispiele nennen kann. Selbst da, wo den Menschen zunächst Hoffnung auf eine positive gesellschaftliche Veränderung gemacht wurde, hat sich dies nicht erfüllt. Wir haben bereits erreicht, dass es gute Gesetze gibt. Was wir jetzt noch benötigen ist eine gute politische Leitung, die sie durchsetzt. Dass dies möglich ist, zeigt das Verhalten der Unternehmen in europäischen Ländern, wo dies normal ist. Das größte Problem sind also nicht die Unternehmen, es ist die Fähigkeit der afrikanischen Staaten, dafür zu sorgen, dass die Unternehmen die Gesetze respektieren und sich an die Verträge halten, die sie unterzeichnet haben.

Wir wollen erreichen, dass sich Gemeinden positiv entwickeln können. Dazu ist es notwendig, dass es Sanktionen für Unternehmen gibt, die sich nicht an die OECD Vorschriften halten und das nicht nur dort, wo Bergbau betrieben wird. Diese Sanktionen müssen auch in den Ländern durchgesetzt werden, wo der Firmensitz ist.

Glauben Sie, dass etwa das UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte positive Veränderungen bringt?

Die UN-Standards sind ein sehr wichtiges Werkzeug, das zur Anwendung gebracht und von allen Beteiligten anerkannt werden muss. Das gilt nicht nur für Afrika, sondern auch für Lateinamerika und Asien, wo die

Menschenrechte im Bergbau ebenfalls häufig missachtet werden.

Einige Wissenschaftler sprechen vom „Ressourcenfluch“, was bedeutet, dass paradoxerweise die Länder, die einen großen Reichtum an Bodenschätzen haben, ein geringeres Wirtschaftswachstum haben als rohstoffarme Länder. Stimmen Sie dem zu?

Nein, ich halte diesen Begriff für falsch. Wenn man europäische Länder wie z. B. Finnland oder Norwegen betrachtet, kann man feststellen, dass natürliche Ressourcen das Wirtschaftswachstum fördern. Das kann auch in Ländern des afrikanischen Kontinents passieren. Blickt man auf die letzten zehn Jahre, die einen Preisanstieg der natürlichen Bodenschätze mit sich brachten, ist zu sehen, dass in rohstoffreichen Ländern Ostafrikas Bodenschätze und Entwicklung miteinander in Beziehung stehen. In Botswana stehen Stabilität und Entwicklung im Zusammenhang mit Diamanten, in Südafrika mit Gold und Platin. Das Problem ist nicht der Überfluss an Bodenschätzen, sondern es sind die Regierungen.

Was können afrikanische Länder tun, um einen höheren Wertzuwachs durch ihre Bodenschätze zu erlangen? Kann das durch Verarbeitung im eigenen Land geschehen?

Quer durch die Geschichte hat sich immer wieder gezeigt, dass nur die Länder optimal von ihren Bodenschätzen profitieren konnten und können, die den Wert ihrer Mineralien erhöhen und das kann nie durch

den direkten Verkauf der Rohstoffe erreicht werden. Ich glaube, dass das der Weg ist, den die afrikanischen Länder einschlagen müssen. Wertsteigerung bei den Mineralien, wo es möglich ist, wie z. B. bei der Herstellung von Zement. Daneben sind auch Kupfer und Bauxit strategisch wichtig für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents.

Was können wir Smartphone-Nutzer*innen Ihrer Meinung nach tun, um die negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu stoppen?

Zunächst einmal müssen die Konsument*innen wissen, woher die verwendeten Materialien kommen und unter welchen Bedingungen sie abgebaut werden, damit ein Bewusstsein dafür entsteht, dass es da-

bei zu vielfältigen Verletzungen der Menschenrechte kommt. Dann muss es zu einem reduzierteren, bewussten Umgang mit Handys kommen, um auf die Hersteller Druck auszuüben. Wenn das Interesse nicht darin liegt, dass es stets das neueste, schönste Handy sein muss, sondern darin, dass in der gesamten Produktionskette vom Abbau der Mineralien bis zur Montage die Menschenrechte respektiert werden und es faire Arbeitsbedingungen gibt, kann dadurch Druck auf die Unternehmen ausgeübt werden.

Organisiert vom Südafrika Forum NRW und der Handy-Aktion NRW war Dr. Claude Kabemba auf Speakers Tour in NRW. Das Interview führte Johanna Schäfer.



Mitmachen bei der Handy-Aktion NRW

Die Handy-Aktion NRW ruft zum Sammeln gebrauchter Mobiltelefone auf. Die Erlöse kommen Menschenrechtsprojekten in der DR Kongo, Südafrika und den Philippinen zugute. Verbunden ist die Aktion mit Bildungsangeboten zu den menschenrechtlichen und ökologischen Folgen der Smartphone Produktion.

Mehr Infos gibt es unter www.handyaktion-nrw.de, www.facebook.com/handyaktionnrw

Ansprechpartnerin für die Handy-Aktion:

Johanna Schäfer | E-Mail: johanna.schaefer@moewe-westfalen.de | Tel. 0231-5409-76

Informelle Siedlungen vor den Industrieanlagen der Marikana-Mine: Wenn es regnet, vermischen sich Wasser und Schlamm mit Abwasser und Abfall.



© Kevin Sutherland/Brot für die Welt

BASF und das Marikana-Massaker in Südafrika

Im August 2012 eröffnete die südafrikanische Polizei das Feuer auf 3000 streikende Minenarbeiter. Am Ende sind 34 Arbeiter tot. Jahre nach dem Massaker gibt es immer noch keine Entschädigung für die Opfer-Familien, keine Strafverfolgung der Polizisten und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen sind so schlecht wie zuvor.

Die Forderungen der streikenden Arbeiter nach rechtem Lohn und angemessenen Wohnungen sind verhallt. Sie hausen mit ihren Familien in einem Slum ohne Strom, fließend Wasser und Kanalisation. Dabei hat der Minenbetreiber Lonmin sich bereits 2006 dazu verpflichtet, ordentliche Werkssiedlungen zu errichten, um überhaupt die Abbau-Lizenz zu erhalten.

Das Platin aus der Mine in Marikana landet in deutschen Autos. Das Chemie-Unternehmen BASF kauft mehr als die Hälfte von Lonmins Jahresproduktion an Platin und stellt daraus Katalysatoren für VW, Daimler und BMW her. Nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müsste BASF die gesamte Lieferkette auf Menschenrechtsverletzungen unter-

suchen und seinen Einfluss auf den Geschäftspartner Lonmin nutzen, um die Verhältnisse vor Ort zu verbessern. Ebenso sollte BASF die eigene Einkaufspolitik daraufhin prüfen, ob die gezahlten Preise für das Platin gerechte Löhne in Marikana ermöglichen. BASF beansprucht für sich, wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung zu kombinieren, auch entlang der Lieferkette. Dennoch wurde das Unternehmen erst durch massiven Druck von Brot für die Welt und anderen Organisationen aktiv. Was BASF tatsächlich tut, um die Situation in Marikana zu verbessern, ist jedoch unklar. Betroffene vor Ort hat BASF bislang nicht gesprochen und vorhandene Prüfberichte zur Situation in der Mine hält das Unternehmen unter Verschluss. Die Langzeitverträge mit Lonmin hat BASF 2016 sogar erneuert – ohne Vorgabe zur Umsetzung sozialer Maßnahmen.

Quelle: Brot für die Welt

Weitere Informationen: Brot für die Welt „Edles Metall – unwürdiger Abbau“, Analyse 75, April 2018



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe

„Der Mann, der die Frauen repariert“.
So wird der Friedensnobelpreisträger von 2018 bezeichnet. Dr. Denis Mukwege war auf dem Kirchentag in Dortmund. Die Evangelische Kirche von Westfalen hatte ihn eingeladen.

Ein Arzt, die Frauen und die Elektromobilität

Dr. Denis Mukwege ist offenbar nur Insidern bekannt. Der berühmte Friedensnobelpreisträger aus dem Ostkongo, genauer aus Panzi/Bukavu, konnte mehr oder weniger unbehelligt über das Gelände des Kirchentages in Dortmund gehen. Kaum jemand hat ihn erkannt. Aber wer mit ihm zu tun hatte, merkte schnell, dass da ein besonderer Gast in der westfälischen Metropole war. Sein erklärtes Ziel ist es, den hunderttausenden Frauen zum Recht zu verhelfen, die noch immer unter der Gewalt durch Krieg und Vergewaltigung leiden. Es ist durchaus nicht nur ein symbolischer Akt, dass er diesen Frauen den wichtigsten Friedenspreis der Gegenwart gewidmet hat. Und er will mehr.

Er hat nur ein kleines Problem: Er kommt aus jenem Land, das noch immer den Titel „Herz der Finsternis“ mit sich herumschleppt. Der Kongo ist Afrika, Afrika ist weit weg, „da hauen sie sich doch nur die Köpfe ein, also da kann man ja eh nichts machen“. Die Ausfälle zu Afrika, die der Aufsichtsratsvorsitzende des Fußball-Bundesligisten von Schalke 04, Clemens Tönnies, von sich gab, gehen in dieselbe Richtung. Eine Haltung, die eben viel weiter verbreitet ist als wir meinen, auch in der Kirche.

Doch was so weit weg ist, tragen wir in Wirklichkeit alle nahe bei uns, näher geht es fast nicht. Das Smartphone in der Hand oder der (Hosen-)Tasche ist direkt

mit der Katastrophe im Ostkongo verbunden. Es ist gespickt mit den wichtigen Rohstoffen, die für die Herstellung von Elektronik nötig sind. Sie sind erkaufte mit dem unsäglichen Leid und dem Blut der Frauen und Kinder, zur Sklavenarbeit gezwungen, vergewaltigt und misshandelt, für den angeblichen Wohlstand.

Denis Mukwege wird nicht müde, darauf immer und immer wieder hinzuweisen. „Natürlich brauchen wir alle ein Smartphone, das ist ein Segen“, räumt er sofort ein. „Aber warum muss ein schönes Smartphone mit dreckigen Geschäften und der Gewalt gegen Frauen erkaufte werden?“ Warum lässt die ganze Welt es zu, dass ein solcher Handel überhaupt weitergehen kann? Die Antwort ist schlicht: Weil die Wirtschaft es so will. Weil der Preis für die Rohstoffe viel zu billig ist, weil viel zu viele Zwischenhändler daran verdienen statt die Schürferinnen und Schürfer gerecht zu entlohnen. Ja, auch weil China mit anderen Staaten ganz groß im Geschäft ist. China ist nicht zimperlich, wenn es um Menschenrechte geht. Da lässt es sich gute Geschäfte machen, wenn man nicht so genau hinschauen muss.

Dazu kommt: In einem Staat wie der Demokratischen Republik Kongo, in dem komplette Anarchie herrscht, wo es nur eine durch und durch korrupte staatliche

Aufsicht gibt, wo ein Präsident sich mit Gattin und Ministern die Erträge aus dem Reichtum der Erde persönlich sichert und das Volk vor die Hunde gehen lässt, da holen sich alle, was sie brauchen, auf ihre Weise. Mehr als 150 Rebellen Gruppen sind im Ostkongo unterwegs, um sich das illegale Geschäft mit den Bodenschätzen zu sichern. Dabei ist fast immer und überall Gewalt im Spiel, entsetzliche Gewalt. In dieser Situation ist nun auch noch Ebola ausgebrochen, eine tödliche Krankheit, tödlich wie die Gier nach Rohstoffen. Abgewandelt von einem Buchtitel über Afghanistan darf man wohl sagen: In den Kongo geht Gott nur noch zum Weinen.

Was ist zu tun? In der Kirche möchte man sagen: Da hilft nur noch beten! In der Tat, das wäre eine Haltung, die vieles verändern kann. Denn Beten wird den Blick auf die lenken, die als Opfer dieses gesamten Desasters täglich mit den Folgen zu kämpfen haben, die oft genug daran zugrunde gehen. Damit sind wir wieder nah bei den Anliegen, für die Denis Mukwege nach Dortmund gekommen ist, und für die er täglich kämpft. Denn es bleibt auch ein spiritueller Kampf, dieser Übermacht an Gewalt immer wieder entgegenzutreten.

Wie sonst kann einer das durchstehen, der 2013, nachdem er seine berühmte Rede vor der UNO Vollversammlung gehalten hatte, nur knapp einem Attentat entging? Einer seiner engsten Begleiter wurde dabei getötet. Seitdem lebt er in Quarantäne, wenn er in Bukavu ist. Die internationale Schutz- und Friedenstruppe MONUSCO, mit 17.000 Soldatinnen und Soldaten die größte weltweit, muss auch für seine Sicherheit und für die seiner Familie sorgen.

Aber noch einmal: Was ist zu tun? In aller Hilflosigkeit, die fast alle Beteiligten ergreift, gilt es doch, Öffentlichkeit herzustellen. Den andauernden Krieg nicht unter den Teppich zu kehren, sondern die Gewalttaten öffentlich zu machen und anzuprangern, das sind wichtige Schritte. Denn die Täter scheuen die Öffentlichkeit, die staatlichen Akteure genauso. Das System lebt von der Verborgenheit, in der die Verbrechen stattfinden.

Es wird auch nach wie vor viel zu wenig Druck auf die Firmen ausgeübt, die wie selbstverständlich ihre Ware millionenfach an uns verkaufen, die auch genau wissen, woher ihre Rohstoffe kommen. Gerade die Wirtschaft und der Handel wollen keine Öffentlichkeit. Verbraucherinnen und Verbraucher haben sehr viel Macht, wenn sie immer wieder danach fragen, mit welchen Mitteln ihre Produkte hergestellt sind.

Warum geht nicht von unserer Kirche ein klares Sig-

nal aus, ihre gesamte digitale Infrastruktur nur noch mit „sauberen“ Geräten aufzubauen und umzurüsten? Wer fragt in diesem Sektor eigentlich danach? Es geht um Sicherheit – darum wird gerade auf eine „Apfelfirma“ aus Kalifornien umgestellt bei uns und anderswo. Aber die Sicherheit der Frauen dort, wo die Dinge herkommen, interessiert dabei keinen. Da werden wir in Zukunft ein immer größeres Glaubwürdigkeitsproblem haben.

Weiterhin gilt es, den politischen Druck aufrecht zu erhalten. Die Vereinte Evangelische Mission hat gemeinsam mit Brot für die Welt, Misereor, Pax Christi, Eirene und anderen Hilfsorganisationen schon vor mehr als zehn Jahren das „Ökumenische Netz Zentralafrika“ gegründet, auch Westfalen ist über das Eine Welt Zentrum in Herne mit von der Partie. Natürlich kann die Frage aufkommen, was denn darüber erreicht wurde? Immerhin gibt es inzwischen kaum eine oder einen Bundestagsabgeordnete*n, die bzw. der diese wichtige Anlaufstelle in Berlin nicht kennen. Oder die Fachabteilungen in den Ministerien. Öffentlichkeit in der Politik ist ein schwieriges Feld und braucht einen langen Atem. Aber es ist enorm wichtig, hier dran zu bleiben.

Und schließlich: Weltweit wird gerade viel in Elektromobilität investiert, mit gravierenden Folgen für den Kongo. Kobalt wird hier inzwischen in großen Mengen abgebaut. Der Hype hat seinen Preis. Aber den will keiner bezahlen. Denn dieser Rohstoff hat inzwischen einen enormen Preissprung gemacht. Der zwischenzeitliche Preisverfall dürfte vorübergehend sein. Die Verletzungen der Menschenrechte lassen sich nicht mit ein paar Erklärungen aus der Welt schaffen. Solange angeblich saubere Elektromobilität mit schmutzigen Geschäften bei der Rohstoffgewinnung erkaufte ist, bleibt sie ein Problem. Es erinnert uns daran, dass wir z. B. das, was „Fridays for Future“ uns vor Augen hält, endlich ernst nehmen sollen. Es geht um nicht weniger als um ein neues Verhältnis zur Welt, die uns geschenkt ist. Wir dürfen sie eben nicht ungestraft ausbeuten, koste was es wolle. Die wahren Kosten sind das, was Denis Mukwege uns mit seiner Arbeit vor Augen führt. Es wäre schön, wenn er mit seiner Arbeit so bekannt wird, dass er beim nächsten Kirchentag keinen Schritt mehr gehen kann, ohne dass ihn Menschen ansprechen. Wir arbeiten schon an einer Einladung für 2021 in Frankfurt.

Martin Domke, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe und Leiter des Eine Welt Zentrums Herne



Kinderarbeit im
Textilsektor, Delhi.

Kinderarbeit in Indien

Romesh Modayil berichtet von seinen Erfahrungen

Laut Angaben der Regierung gibt es zwölf Millionen Kinderarbeiter in Indien. Doch Hilfsorganisationen schätzen, dass 45 bis 50 Millionen indischer Mädchen und Jungen jeden Morgen statt zur Schule in Steinbrüche und Fabriken zur Arbeit gehen oder auf der Straße Waren verkaufen. Das ist jedes zehnte Kind in Indien. Vor allem die 12- bis 17-Jährigen arbeiten bis zu 16 Stunden täglich, um mit dem Lohn ihre Familien zu unterstützen. Aber auch zehn Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren arbeiten. Dabei ist Arbeit von Kindern, die jünger als 14 Jahre alt sind, in Indien verboten.

Trotz des Wirtschaftsbooms in den letzten 20 Jahren leben immer noch fast ein Drittel aller Inder unter der Armutsgrenze. Auch die raschen Entwicklungen, z. B. im IT- oder Automobil-Bereich, haben diese Armut nicht verringert. Zwar herrscht in Indien Schulpflicht, aber Menschen aus den Slums oder ländlichen Gebieten sehen häufig keine andere Möglichkeit, als ihre Kinder aus den Schulen zu nehmen und arbeiten zu lassen, um die Familie zu ernähren. Oft aus existentieller Not werden Kinder von ihren Eltern sogar auch an Kinderhändler verkauft, die die Jungen und Mädchen für einen sehr geringen oder gar keinen Lohn arbeiten lassen.

Kinder sind tätig u. a. als Haushaltshilfen, in der ländlichen Arbeit z. B. im Baumwollanbau, in Schlossereien, Stickereien, in der Teppich- und Tabakindustrie, im Bergbau und Steinbruch, in Ziegelöfen und Teegärten. Mädchen müssen mehr Hausarbeit und Heimarbeit leisten, während Jungen häufiger in Lohnarbeit tätig sind. Dabei nimmt die Arbeitsbelastung und die Dauer der Arbeitszeit mit dem Alter der Kinder zu.

Vor 16 Jahren habe ich als Pfarrer ein kleines Projekt gestartet in Dehradun, Nordindien. Ich wollte Arbeiter, die in Slums unweit meines Hauses lebten, dazu bringen, ihre Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren bei uns zu lassen, während sie ihre tägliche Arbeit nachgingen. Doch es war nicht einfach. Sie trauten uns „gebildeten“ und „bessergestellten“ Menschen nicht. Nach und nach gelang es uns jedoch, ein paar Familien davon zu überzeugen, ihre Kleinen zu uns zu schicken. Und so begann unser Projekt „Little Scholars School“!

Später versuchten wir, auch ältere Kinder für unsere Schule zu gewinnen, aber wir waren ziemlich erfolglos. Die Eltern wollten, dass diese Kinder, zwischen 8 und 16 Jahre alt, lieber arbeiten gehen und etwas verdienen, damit den Familien geholfen würde.

Drei Kinder – drei Schicksale



Maniram, 15 Jahre alt, geht nicht zur Schule, sondern verkauft jeden Tag Tee.

Maniram

Maniram ist 15. Im Alter von drei Jahren war er Vorschüler bei uns. Mit fünf Jahren wechselte er in die staatliche Grundschule. Seine Eltern haben ihn aus der Schule genommen und auf die Straße geschickt, um Tee jeden Tag an Autofahrer, Fußgänger und Passanten zu verkaufen. Als wir ihn fragten, warum er

nicht mehr zur Schule geht, sagte er, dass er seine Eltern und vier Geschwister unterstützen will. Der Vater ist Tagelöhner und verdient wenig. Für seine Zukunft hat er keine Pläne oder Ideen. Es geht nur ums Überleben, so oder so!

Salim

Salim verbringt seinen Tag mit Müllsammlung und -trennung. Er arbeitet mit bloßen Händen von frühmorgens bis spätabends, sieben Tage in der Woche. Salim ist intelligent und interessiert sich für Autos. Er will gerne Automechaniker werden. Aber seinen Eltern fehlen die Mittel, um ihn zur Schule und Weiterbildung zu schicken. Daher arbeitet er lieber auf der Straße um das Minimum zu verdienen. Die Familie lebt auch in einem dieser Slums. Wir haben versucht, mehrmals mit seinen Eltern zu sprechen und sie zu überzeugen, dass er eine vielversprechende Zukunft haben könnte, wenn er zur Schule ginge, aber so was interessiert die Eltern nicht. Es geht um heute, nicht um die Zukunft!

Krishna

Krishnas Mutter brachte ihn zu uns, als er erst zweieinhalb Jahre alt war. Sein Vater, der ein einfacher Maurer ist, nahm ihn jedoch mit sechs Jahren weg von uns und ließ ihn in der Ziegelei bei sich arbeiten. Sommer und Winter, Tag und Nacht muss Krishna seinem Vater helfen.

Was kann man dagegen tun? Wir fühlen uns ziemlich hilflos angesichts dieser anscheinend unüberwindbaren Problematik! Aber nach dem Motto „Eine kleine Menge reicht weit!“ versuchen wir mit einigen Familien aus den Slums zusammenzuarbeiten. Einigen Familien geben wir den Geldbetrag, den die Kinder verdient hätten, damit die Kinder zu uns in die Schule kommen und nicht arbeiten gehen müssen. Bei uns bekommen sie ihre Uniformen, Schuhe, Bücher, Arbeitsmaterialien etc. und sogar ein gesundes Mittagessen. Später sorgen wir auch für ihre weitere Schulbildung und ihr Wohlergehen. Wir besuchen die Eltern in den Slums und bleiben in regelmäßigem Kontakt mit ihnen.

In der Politik muss viel mehr getan werden, um ausbeuterische Kinderarbeit in Indien zu stoppen: Die Gesetze gegen Kinderarbeit müssen weiter verschärft und strenger durchgesetzt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, die extreme Armut zu bekämp-

fen, eine der Hauptursachen für Kinderarbeit. Die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit ist entscheidend, um die Kinderarbeit in Indien zu beenden.

Romesh Modayil, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWE im Kirchenkreis Soest-Arnsberg



100 Million – Weltweite Kampagne gegen Kinderarbeit!

FREE. SAFE. EDUCATED.

Brot für die Welt ruft zur Teilnahme an der Kampagne gegen Kinderarbeit auf. Ziel ist es, die Vernachlässigung und Ausbeutung von Kindern weltweit zu beenden. Informationen, Materialien: www.brot-fuer-die-welt.de



Die Karawane zieht weiter – Aktuelle Station „Äthiopien“

Textilunternehmen suchen die „günstigsten“ Standorte – auf Kosten der Arbeiter*innen

Äthiopien spielte in der Vergangenheit auf der Landkarte der Textilproduzenten keine Rolle. Inzwischen sind dort riesige Industrieparks entstanden, die immer weiter wachsen. Zehntausende sind in der Textilindustrie beschäftigt, meist sind es junge Frauen. In Äthiopien lassen bekannte Marken wie H&M, Levis, Wrangler, Gap, Calvin Klein und Tommy Hilfiger produzieren, aber auch Tchibo, Aldi und Lidl. Der Grund für diesen „Boom“ liegt in der Logik der globalisierten Wirtschaft: Es wird da produziert, wo es am billigsten ist, wo die Rahmenbedingungen für die Investoren „stimmen“. Äthiopien lädt die Investoren ein, will mit der Textilindustrie die Wirtschaft ankurbeln. „Anreize“ für Investoren sind, dass es in Äthiopien keinen gesetzlichen Mindestlohn für die Bekleidungsindustrie gibt, dass Gewerkschaften streng von der Regierung beobachtet werden und nicht wirklich frei agieren können.

Dass unter diesem System die Arbeiter*innen und ihre Familien am meisten zu leiden haben, konnte ich vor einigen Monaten selbst erleben. Ich wohnte einige Tage bei einer neunköpfigen Familie in einem äthiopischen Dorf. Sie leben in einem kleinen Gehöft mit drei Zimmern, ohne Strom und ohne Wasser. Die älteste Tochter ist die einzige, die als Näherin ein festes Einkommen hat. Andere Familienmitglieder verdienen als Gelegenheitsarbeiter*innen etwas dazu, einige Tiere, ein kleines Feld und ein Pferdewagen für Transporte bringen ebenfalls kleine Einnahmen.



Über 30 gigantische Industrieparks sollen im Jahr 2025 die Welt mit Kleidung „Made in Ethiopia“ versorgen. 350.000 Jobs sollen entstehen. 30 Mrd. Dollar (rund 27 Mrd. Euro) durch Exporte umgesetzt werden.

Wir gingen frühmorgens eine Stunde zu Fuß zur Fabrik. Danach saß ich während der ganzen Schicht neben der Näherin, konnte ihre Arbeit und den ganzen Produktionsprozess beobachten. Sie nähte T-Shirts für das deutsche Unternehmen K&K zusammen. Dabei beschränkte sich ihre Arbeit auf das Nähen der beiden Ärmelsäume. Die anderen Nähte besorgten ihre Kolleg*innen.

Die Arbeiterin verdient 55 Euro pro Monat. Für ihre Arbeit an einem T-Shirt brauchte sie ca. 50 Sekunden. Pro Stunde schafft sie demnach etwa 72 Shirts. In einem Monat sind es 14.400 T-Shirts. Ihr Lohnanteil an einem T-Shirt beträgt demnach 0,38 Cent! Die T-Shirts werden im Doppelpack für 5,99 Euro verkauft. Dies ist ein konkret durchgerechnetes Beispiel für die in dieser Industrie gezahlten Löhne. Es sind



Beschäftigte der Textilindustrie in Äthiopien erhalten die niedrigsten Löhne im weltweiten Vergleich.

Der Lohn für Einsteiger*innen liegt derzeit bei ca. 26 US-Dollar (rund 23 Euro) pro Monat.

Damit können die Arbeiter*innen keine angemessene Unterkunft, Essen und Transport bezahlen.

In Myanmar und Bangladesch liegt der Monatslohn bei 95 Dollar, in Kambodscha bei 182 Dollar und in China bei 326 Dollar.

Welt-Sichten, 7. Mai 2019

Hungerlöhne. Ein Mensch kann davon nicht leben, geschweige denn eine Familie.

Diese Fabrik gehört einem Unternehmen aus Bangladesh. Sie lässt nun in Äthiopien produzieren, weil es dort günstiger ist. Die Karawane der Textilindustrie zieht also weiter – immer den billigsten Löhnen hinterher. Auch deutsche Unternehmen lassen unter diesen Umständen produzieren. Dabei sind nicht nur Discounter, sondern auch hochpreisige Modelabels. Teure Waren sind nachweislich keine Garantie für bessere Löhne für die Arbeiter*innen, keine Garantie für eine ökologisch und sozial verantwortliche Produktion.

Große Katastrophen bringen die Arbeitsbedingungen im Textilbereich immer wieder in die öffentliche Wahrnehmung. So brannte im September 2012 im pakistanischen Karatschi die Fabrik Ali Enterprises ab. 258 Menschen beim Feuer: sie erstickten und verbrannten. Wenige Wochen zuvor hatte das italienische Prüfunternehmen RINA dieser Fabrik das Zertifikat SA 8000 ausgestellt, das u. a. hohe Brandsicherheitsstandards beinhaltet. Oft sind es private Dienstleister, die diese Audits vornehmen – zu häufig im Sinne der Fabrikbesitzer. Die Prüfunternehmen müssten für ihre Fehler haftbar gemacht werden können.

Hauptkunde dieser Fabrik in Karatschi war KiK. Und zum ersten Mal wurde ein deutsches Unternehmen von Überlebenden und Angehörigen wegen der Mitverantwortung für das Unglück verklagt. Das Dortmunder Landgericht hatte den Betroffenen Prozesskostenhilfe zugestanden, später wurde die Klage wegen Verjährung abgewiesen.

Der Fall zeigt, wie wichtig es ist, Unternehmensverantwortung gesetzlich zu regeln sowie ein verbrieftes Klagerecht für Betroffene zu schaffen. Die deutsche Regierung setzt aber bisher auf freiwillige Regelungen. Sie erwartet von den Unternehmen, dass sie in ihrer globalen Geschäftstätigkeit Menschenrechte achten und ihre Einhaltung überprüfen. Es ist hingegen erwiesen, dass diese freiwilligen Maßnahmen die Missstände in der Textilproduktion bisher nicht verändert haben. Es ist bemerkenswert, dass nun auch immer mehr Unternehmen solche gesetzliche Maßnahmen einfordern, so auch KiK. Denn mit einem Gesetz hätten alle Un-



Dietrich Weinbrenner beobachtet in einer äthiopischen Nähfabrik die Produktion von T-Shirts für KiK.



„Wir befürworten eine gesetzliche Regelung zur Bestimmung unternehmerischer Sorgfaltspflichten.“ Textilkonzern Kik
RP online, 10. April 2019

„Wir sind der Meinung, dass Wettbewerb nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt gehen darf und deshalb reguliert werden muss.“
Nanda Bergstein Direktorin bei Tchibo, zuständig für den Bereich Unternehmensverantwortung im Interview mit Welt-Sichten, 8. Mai 2019.

ternehmen die gleichen Verpflichtungen, die auch mit Kosten verbunden sind. Gegenwärtig haben nämlich die Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil, die auf soziale und ökologische Belange achten. In Frankreich ist ein entsprechendes Gesetz bereits in Kraft. Es geht also, wenn der politische Wille da ist. Wo hat Kirche selbst mit Textilien zu tun? Hier nutzen besonders diakonische Einrichtungen wie Kranken-

häuser oder Pflegeeinrichtungen in großem Maßstab Textilien, z. B. Bettzeug und Frotteewaren oder die Arbeitskleidung für die Mitarbeitenden.

Als kirchlicher Beauftragter für nachhaltige Textilien bin ich mit solchen Einrichtungen darüber im Gespräch, wie sie beim Einkauf von Textilien ökologische und soziale Kriterien einbeziehen können. Auf Grund der großen Mengen, die die Diakonie einkauft bzw. mietet, kann sie den Markt in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit beeinflussen. Zur Größenordnung: In einem Krankenhaus mittlerer Größe werden täglich rund drei Tonnen Wäsche verbraucht. Hier hat die Diakonie Verantwortung und Chance, Vorreiterin zu sein. Bisher wird in Krankenhäusern und Pflegeheimen noch nicht danach gefragt, woher Bettwäsche und Arbeitskleidung kommen, und wie sie produziert wurden. Übrigens gilt dies auch für Einrichtungen der Caritas, denn ein Bettlaken ist ja nicht konfessionell gebunden. Die Evangelische Kirche von Westfalen hat zu diesem Thema eine klare Haltung, wenn sie sagt, „dass Wirtschaft dem Leben dienen muss, dass Gesundheit und Leben von Arbeiterinnen und Arbeitern absoluten Vorrang haben vor der Gewinnmaximierung von Unternehmen“.

Dietrich Weinbrenner, Beauftragter für nachhaltige Textilien der VEM und EKvW

Beim Einsturz der Fabrik Rana Plaza in Bangladesh starben 1136 Menschen, über 2000 erlitten oft schwere Verletzungen.





Für Fair Play im Sport! Aber auch bei den Zulieferern?

Der Fall adidas

SÜDWIND setzt sich seit vielen Jahren für die Einhaltung von Sozialstandards und Menschenrechten entlang von Lieferketten ein – auch in der Textilindustrie. So hat SÜDWIND eine Beschwerde bei der OECD gegen adidas eingereicht.

Ein Interview mit Dr. Sabine Ferenschild. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im SÜDWIND-Institut – mit dem Schwerpunkt Arbeitsbedingungen in der textilen Wertschöpfungskette.



Amt für MöWe: Warum hat SÜDWIND eine Beschwerde gegen adidas eingereicht?

Ferenschild: Im Juli 2012 streikten rund 2.000 Beschäftigte der Firma PT Panarub Dwikarya, Teil der Panarub-Gruppe in Indonesien – ein zentraler adidas-Zulieferer. Sie forderten die Zahlung des seit Januar 2012 geltenden Mindestlohnes, Lohnnachzahlungen sowie Vereinigungsfreiheit. Vorausgegangen war die Entlassung von mehreren Beschäftigten im

Februar 2012. Sie hatten versucht eine Betriebsgewerkschaft zu gründen. Am 23. Juli 2012 wurden 1.300 Beschäftigte entlassen, die sich an dem Streik beteiligt hatten. Bis März 2018 hatten mehr als 300 der Entlassenen (überwiegend Frauen) keine Abfindung erhalten. Nach dem indonesischen Arbeitsrecht steht aber jedem Entlassenen eine Abfindung zu, deren Höhe sich nach der Dauer ihrer Beschäftigung richtet.

Weil diese Abfindung nicht gezahlt wurde, haben wir im März 2018 zusammen mit der internationalen Clean Clothes Campaign und der indonesischen Arbeitsrechtsorganisation LIPS Beschwerde bei der Nationalen Kontaktstelle der OECD in Berlin eingelegt.

Mit der Beschwerde wollten wir adidas dazu bewegen, seinen Einfluss auf Panarub wahrzunehmen, damit die Beschäftigten die ihnen zustehende Abfindung erhalten. Adidas-Schuhe wurden nachweislich in den ersten Monaten des Jahres 2012 in dieser Fabrik produziert. Adidas ist bis heute einer der größten Kunden des Mutterkonzerns Panarub. Adidas ist deshalb aus unserer Sicht mitverantwortlich, dass Arbeitsrechte bei der Panarub-Gruppe verletzt werden. Mehr noch: adidas trug sogar aktiv zu dieser Verletzung bei. Denn das Unternehmen hat es versäumt, den Beschäftigten von PT Panarub Dwikarya Zugang zu Abhilfe zu verschaffen. Genau das wäre aber eine unternehmerische Sorgfaltspflicht von adidas gewesen.

Wie hat adidas auf diese Beschwerde reagiert?

Erst einmal ist wichtig zu wissen, dass die OECD-Kontaktstelle unsere Beschwerde nur teilweise angenommen hat: Sie hat den Teil akzeptiert, in dem es um die Ereignisse von Januar bis Mai 2012 ging. So wurden die Fragen zugelassen, ob adidas seinen Verpflichtungen bei Lohnzahlung und Gewerkschaftsfreiheit nachgekommen ist. Also z. B.:

Hat adidas dafür gesorgt, dass bei seinem Sub-Lieferanten PT Panarub Dwikarya der gültige Mindestlohn gezahlt wird? Hat adidas dafür Sorge getragen, dass keine Beschäftigten aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen werden? Die Frage der Entschädigungszahlung für die großen Streiks im Juli 2012 wurde nicht zugelassen, weil wir nicht nachweisen konnten, dass adidas zu diesem Zeitpunkt dort noch produzieren ließ. Adidas hat sich auf das „halbierte“ Beschwerdeverfahren eingelassen. Das ist erst einmal positiv. Das Verfahren läuft noch. Es zieht sich also sehr lange hin, mittlerweile eineinhalb Jahre. Wir sind als Beteiligte in dem Verfahren zur Vertraulichkeit verpflichtet. Aber ich kann sagen, dass wir bisher keine gemeinsame Einschätzung der damaligen Arbeitsrechtsverstöße haben und dass die Antworten von adidas aus unserer Sicht sehr unbefriedigend sind.

Welche Maßnahmen sollte adidas ergreifen?

In Bezug auf die Entlassung von Gewerkschafter*innen muss adidas eine stringenter Politik gegenüber seinen Zulieferern entwickeln. Der konkrete Beschwerdefall ist ja nicht der einzige Fall von Diskriminierung und Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Wenn Zulieferer gewerkschaftlich aktive Beschäftigte entlassen, muss doch jeder Auftraggeber hellhörig werden. Eine Unternehmenspolitik, die für alle gewerkschaftlich Aktiven einen beson-



Textilarbeiter*innen in Indonesien: Faire Löhne für harte Arbeit!

deren Kündigungsschutz bei allen Lieferanten und Sub-Lieferanten verlangt und diesen kontrolliert, wäre ein wichtiger Schritt, um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden.

Wie stehen andere Sportbekleidungshersteller im Hinblick auf Fairness in den Herstellerbetrieben?

Nicht besser als adidas. Mit der Beschwerde zielen wir also nicht auf ein Unternehmen, das schlimmer wäre als andere. Nein, wir zielen auf ein Unternehmen, das in vielen Nachhaltigkeits-Rankings an der Spitze steht – und in dessen Wertschöpfungskette es trotzdem zu massiven Arbeitsrechtsverletzungen kommt.

Was ist Ihrer Ansicht nach zu tun – von Seiten der Politik, von Seiten der Sportfirmen? Und was können Bürgerinnen und Bürger tun?

Die Politik muss auf nationaler und internationaler Ebene die Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern. Die Unternehmen müssen ihren Widerstand gegen eine solche Gesetzgebung und ihre Lobbyarbeit dagegen aufgeben. Und Bürger*innen sollten die Politik darin bestärken, hier gesetzgeberisch tätig zu werden, indem sie sich an politischen Aktionen beteiligen, die ein Sorgfaltspflichtengesetz fordern, aber auch durch ihre Wahlentscheidungen.

Das Interview führte Katja Breyer.



Nicht nur gegen Unkraut wird Glyphosat eingesetzt. Werden Felder mit Entlaubungsmitteln besprüht, lassen sich Soja-Bohnen und Baumwolle schneller und leichter ernten.



Bayer/Monsanto – gut oder schlecht?

Es kommt darauf an, wen man fragt - in Argentinien

Höchst umstritten war in Deutschland das 62,5 Milliarden Dollar schwere Geschäft: Monsanto, dessen Kerngeschäft Pflanzenschutzmittel und genmodifizierte Saaten sind, wurde im Juni 2018 vom deutschen Pharmariesen Bayer gekauft. Viele Menschen gingen schon seit Bekanntwerden der Pläne dagegen auf die Straße. Vor allem der gesundheitsschädigende Einsatz von Glyphosat und gentechnisch veränderte Pflanzen erhitzen die Gemüter. Nun steht der Bayer-Konzern vor Gerichten und unter Beschuss. Erste Klagen in USA waren erfolgreich. Mehr als 13.000 weitere Klagen sind anhängig. Wie sieht es in Südamerika aus? Auch dort wird Glyphosat großflächig eingesetzt. Neben Bayer/Monsanto gibt noch viele andere Firmen, die ebenfalls Mittel mit ähnlichen Auswirkungen herstellen:¹

Nach eigenen Angaben macht Bayer in Lateinamerika 5.759 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Vor allem im sogenannten Soja-Gürtel, der von Paraguay über Argentinien und Uruguay bis nach Brasilien reicht, ist Glyphosat nicht mehr wegzudenken. Er wird von Monsanto unter dem Markennamen Roundup gehandelt.

In Argentinien wird Glyphosat auf 28 Millionen Hektar eingesetzt. Jedes Jahr werden mehr als 200 Millionen Liter versprüht. Gentechnisch veränderte Sojabohnen, Maispflanzen und Baumwolle werden mit diesem Unkrautvernichtungsmittel besprüht, damit nirgendwo etwas anderes wächst. Es wird aber auch bei Zitronen, Äpfeln, Birnen, Quitten eingesetzt, ebenso bei Weinreben, dem Matebaum (für das Nationalgetränk Mate), auf Rinderweiden, in Kiefernplantagen und auf Sonnenblumen- und Weizenfeldern.

Die Mehrheit der Landwirte in Argentinien sind kleine und mittlere Unternehmer, die noch selbst auf ihren Feldern arbeiten, zusammen mit Familienmitgliedern und wenigen Angestellten. Sie machen den Großteil der ländlichen Bevölkerung aus. Auch im hügeligen Misiones im Nordosten Argentiniens, wo nur kleinbäuerliche Landwirtschaft betrieben wird, und die Menschen vor allem vom Tabakanbau leben, wird Roundup in großen Mengen eingesetzt.

Bei meinem ersten Besuch in Misiones im Jahr 2009 sah ich die Roundup-Kanister dort überall. Da die Aufschrift in englischer Sprache von den meisten Bauern nicht verstanden wird, wird das Herbizid oft nicht sachgemäß verwendet. Es kommt einfach die Faust-

„Ich war viermal vergiftet“,
sagte eine der Gastgeberinnen zu mir.
Ich schätzte, dass sie 20 Jahre älter war als ich.
Später erfuhr ich, dass wir in etwa gleich alt sind.
Immer hatte sie im Tabakanbau gearbeitet,
in dem auch Roundup eingesetzt wird.
Sie lebte von ihrem kleinen Gemüsegarten, der
direkt neben dem besprühten Tabakfeld lag.

regel „Viel hilft viel!“ zum Einsatz – mit fatalen Folgen.
So dienen z. B. leere Kanister, schlecht ausgespült, oft
für den Transport von Trinkwasser für Menschen und
Tiere. Ein Pfarrer berichtete mir von uneinsichtigen,
verärgerten Landwirten, die Strafen zahlen sollen, weil
sie beim Sprühen den Mindestabstand von 300 Me-
tern zu einer Schule nicht eingehalten haben. Alltäg-
lich seien solche Fälle.

Ich besuchte zahlreiche Familien und erlebte kaum
eine, die nicht von Fehl-, Tot- oder Missgeburten oder
Unfruchtbarkeit betroffen war. Krebserkrankungen
waren auffallend häufig.

So kommt es insbesondere im Umkreis von Lagern,
wo die Pestizide verladen werden, zu höheren Krebs-
raten, berichtet ein Pfarrer. Und wenn es um die Ent-
stehung von Krebs geht, spielen anders als bei Giften
Grenzwerte keine Rolle, sagt der Medizinprofessor
Eberhard Greiser von der Universität Bremen. Es rei-

che eine einzige mutierte Zelle, die sich dann im Kör-
per vermehrt. Eine größere Menge erhöhe höchstens
die Wahrscheinlichkeit. Warum die einen Menschen
Krebs bekommen und andere nicht, sei noch nicht
bekannt. Als „wahrscheinlich krebserregend“ stuft
die Internationale Krebsforschungsagentur der Welt-
gesundheitsorganisation Glyphosat ein. Wer krank
wird, tut sich schwer damit, die Symptome eindeu-
tig auf den Kontakt mit Glyphosat unter anderem als
Unkrautvernichter zurückzuführen. Zudem ist es in
Argentinien für Menschen auf dem Land nicht ein-
fach, Klagen bei Gerichten einzureichen. Mit Hilfe
von Nichtregierungsorganisationen und Anwälten
aus Europa werden aber derzeit Klagen aus Süd-
amerika gegen Bayer vorbereitet.

Einige Seelsorger in den Regionen, wo viele
Pestizide verwendet werden, haben bereits
mehrere Jugendliche beerdigen müssen.
Die sind einem besonders aggressiven Krebs
zum Opfer gefallen sind, darunter auch Daniel.
Als diakonischer Freiwilliger für ein Jahr engagierte
sich Daniel in einer westfälischen Kirchengemeinde.
Die plötzlichen Bauchschmerzen kurz vor seiner
Rückkehr waren für die Ärzte unerklärlich.
Erst in Argentinien erhielt er eine Diagnose:
Lymphdrüsenkrebs. Vier Wochen nach der
Rückkehr aus Deutschland war der 18-Jährige tot.

Flugplatz eines Unternehmens, das das Versprühen von
Pflanzengiften per Flugzeug anbietet.



Ich interviewte zu der Rolle von Bayer/Monsanto Ricardo De Carli, Direktor des Nationalen Instituts für Landwirtschaftstechnik (INTA) in Crespo, Provinz Entre Ríos, Argentinien. Auf einem Feld außerhalb der Stadt Crespo mit ihren 20.000 Einwohnern experimentiert INTA mit dem Anbau von Pflanzen, ohne Chemikalien zu verwenden - gemeinsam mit Universitäten und anderen Institutionen, z. B. der Evangelischen Kirche am La Plata. Die Ergebnisse der Experimente sollen Landwirten Alternativen zu Pestiziden aufzeigen und sie fortbilden.

Ich fragte Ricardo De Carli nach der Meinung der Bevölkerung, den gesammelten Erfahrungen, Protesten oder Klagen zu Bayer/Monsanto.

Die Einstellung zu Bayer/Monsanto komme darauf an, wen man fragt, führt Carli aus. Zusammengefasst: Wer als Arbeiter oder Landwirt davon leben muss, verdränge meist die Beschäftigung mit den Folgen von Roundup nach dem Motto: Es wird schon gut gehen, weil es gut gehen muss. Wer damit viel Geld verdient, sieht nur die Vorteile des Pestizids. Der Staat bevorzugt die industrielle Landwirtschaft mit seiner Steuerpolitik.

Für Ricardo De Carli, der ein Herz für eine chemiefreie Landwirtschaft hat, ist alles eine Frage der korrekten Anwendung. Die Anwendungsvorschriften und die Grenzwerte müssten eben eingehalten werden.² Ihm sei kein Fall von Erkrankung bekannt. Er kenne Menschen, die seit 20 Jahren mit den Mitteln hantieren, ohne erkrankt zu sein. Das Thema werde

aufgebauscht, vor allem von militanten Umweltschützern in der Stadt, sagt er.

Sehr vorsichtig mit einer Positionierung zu Bayer/Monsanto sind die meisten der Pfarrer*innen in der Evangelischen Kirche La Plata. Viele haben direkt mit den Menschen in den landwirtschaftlichen Regionen zu tun. Sie versuchen den Spagat zwischen dem prophetischem Wort und der Seelsorge für alle Gemeindeglieder. Zu den Gemeindegliedern gehören die Kleinbauern, die kleinen und mittleren Betriebe, die wenige Handlungsspielräume haben, ebenso wie die Chefs der industriellen Großbetriebe. Die Monokulturen mit dem unglaublichen Pestizideinsatz verurteilen die Pfarrer*innen als sündhaftes Vergehen an der Schöpfung. Sie sehen aber auch, dass es unter den herrschenden politischen Rahmenbedingungen kaum Alternativen gibt. Die Politik lässt kaum etwas anderes zu als Monokulturen: „Geld verdienen kann man nur mit Soja, Mais und Baumwolle“, höre ich immer wieder. Hier ist der Staat in der Pflicht Anreize für eine menschen- und umweltfreundliche Landwirtschaft zu setzen. Aber der wiederum versucht, die gestiegenen Auslandsschulden und die schlechte wirtschaftliche Lage durch gesteigerte landwirtschaftliche Produktion und Einnahmen z. B. aus dem Soja- und Fleischexport in den Griff zu bekommen. 34 Prozent der Menschen in Argentinien leben unter der Armutsgrenze. Das sind 16 Millionen Menschen. Die Hälfte davon sind Kinder. Jedes zehnte Kind leidet an Hunger.



Die Sojaernte wird in Silos gelagert.
Die Großgrundbesitzer verdienen viel Geld mit Soja.

Eine Hoffnung Argentiniens auf mehr Einnahmen durch den Export z. B. von Soja liegt auf dem neuen Freihandelsabkommen, das kürzlich die EU und die Mercosur-Staaten abgeschlossen haben. Mercosur ist die Wirtschaftsgemeinschaft im Süden Amerikas, zu der Länder wie Brasilien, Argentinien, Paraguay gehören. Zölle sollen wegfallen und so mehr Einnahmen aus dem Export erzielt werden. So wird wahrscheinlich noch mehr und billigeres Soja aus Argentinien in die EU und in unsere Futtertröge kommen. Bereits heute produziert Argentinien Nahrungsmittel für zehnmal mehr Menschen als das Land Einwohner hat, vor allem Soja und Fleisch. Die Produktion wird nun weiter gesteigert werden, damit mehr Glyphosat eingesetzt und Boden sowie Wasser verseucht werden.

Der brasilianische Präsident Bolsonaro macht es bereits vor. Er opfert seit seinem Amtsantritt völlig bedenkenlos riesige natürliche Waldgebiete den Interessen der Agrarindustrie. Menschenrechte sowie Wald- und Klimaschutz interessieren ihn nicht. Bleibt zu hoffen, dass die EU auf Einhaltung ökologischer und sozialer Standards besteht - und dass unser und der weltweite Hunger nach Fleisch und damit nach Soja als Futtermittel nachlassen.

Kirsten Potz, Regionalpfarrerin des Amtes für MÖWe und zuständig für die landeskirchliche Partnerschaft mit der Evangelischen Kirche am La Plata (IERP)

¹ Z. B. Syngenta-ChemChina, Net Furrows, Atanor, Nufram, Agrofina, Nidera, DuPont, YPF und Dow...

² Die argentinische Gesetzgebung erlaubt 100 Mal höhere Schadstoff-Grenzwerte als die europäische Gesetzgebung. Quelle: Tagesschau, 22.5.2019



Der Wald in Südamerika brennt - auch für Soja und unser Schnitzel!

Kinderarbeit in der Schokolade?

Seit vielen Jahren werden die Arbeitsbedingungen im Kakaoanbau angeprangert. Kinder- und Sklavenarbeit, kein Arbeitsschutz, schlechtes Einkommen: sind einige Stichworte. Im Forum „Nachhaltiger Kakao“ haben sich seit 2012 auf Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen zusammengefunden, um die Bedingungen im Kakaosektor zu verbessern.

Friedel Hütz-Adams ist Mitglied des Forums und bei SÜDWIND Experte für den Kakaosektor. Seit 2009 beschäftigt er sich intensiv mit verschiedenen Aspekten des Handels mit Kakao. Wir haben ihn zur Situation im Kakaoanbau befragt.



Amt für MÖWe: Welche menschenrechtlichen Probleme bestehen derzeit im Kakaoanbau?

Hütz-Adams: Der Anbau von Kakao findet in der Regel auf kleinen Bauernhöfen statt, die weniger als fünf Hektar bewirtschaften. Schätzungen zufolge sind die Einnahmen aus dem Kakaoverkauf für weltweit rund 5,5 Millionen Familien die wichtigste Einnahmequelle. Insbesondere in Westafrika, woher knapp drei Viertel der Welternte stammen, besteht bei Millionen Familien eine hohe Abhängigkeit vom Kakao.

Der Anbau von Kakao ist mit menschenrechtlichen Risiken verbunden. Immer wieder sorgen Fälle von Kinderarbeit für Schlagzeilen. Doch diese Kinderarbeit ist ein Symptom dafür, wie schlecht es den Familien geht, die Kakao anbauen. Der größte Teil von ihnen lebt unterhalb der Armutsgrenze. Studien belegen, dass sich viele Familien in den Monaten vor der nächsten Ernte, bis wieder frisches Geld hereinkommt, keine drei Mahlzeiten am Tag leisten können. Fehl- und Unterernährung bei Kindern sind daher weit verbreitet.

Welche Wirkung zeigt fair gehandelter und/oder zertifizierter Kakao bei den Kakaobauern?

In den Kakaoanbaugebieten ist mittlerweile mindestens ein Drittel der Ernte zertifiziert, hauptsächlich durch UTZ und Rainforest Alliance, die 2018 fusioniert sind, doch auch immer größere Mengen durch Fair-

trade. Die Zertifizierung ist häufig gekoppelt an Unterstützungsmaßnahmen für Bäuerinnen und Bauern: Training in guten Agrarpraktiken, Unterstützung bei Verbesserungen in den Kooperativen und Plantagen etc. Darüber hinaus sollen die Unternehmen, die zertifizierten Kakao beziehen, Prämien zahlen. Bei Fairtrade ist diese Prämie festgelegt auf 200 US-Dollar je Tonne, ab Oktober 2019 steigt sie auf 240 US-Dollar je Tonne. Bei UTZ und Rainforest Alliance müssen die Kooperativen die Prämie mit den Unternehmen aushandeln, die Zahlungen sind in der Regel niedriger als bei Fairtrade. Schlussendlich gibt es bei Fairtrade noch einen Mindestpreis, der bislang bei 2000 US-Dollar liegt und demnächst auf 2400 US-Dollar steigt.

Welche Probleme kann der Faire Handel oder eine Zertifizierung nicht lösen?

Studien in der Côte d'Ivoire und Ghana haben im vergangenen Jahr ergeben, dass die Bäuerinnen und Bauern dort nur deutlich weniger als die Hälfte dessen verdienen, was ein existenzsicherndes Einkommen ausmacht. Dies gilt auch für Bäuerinnen und Bauern, deren Anbau zertifiziert ist.

Sicherlich könnten sie durch eine höhere Produktivität oder durch die Diversifizierung des Anbaus höhere Einkommen erzielen. Das ist aber nicht so einfach. Würden Bäuerinnen und Bauern flächendeckend die

Produktivität des Kakaoanbaus steigern, gebe es ein noch größeres Überangebot von Kakao am Markt als dies derzeit bereits der Fall ist, und die Preise würden weiter fallen. Für andere Anbauprodukte brauchen sie erst einmal Märkte, auf denen sie diese überhaupt verkaufen können.

Der Preis für den Kakao wird somit auf absehbare Zeit der wichtigste Faktor bleiben, der darüber bestimmt, ob Bäuerinnen und Bauern in Armut leben oder nicht. Inflationsbereinigt liegt dieser Preis heute weit niedriger als in großen Teilen des letzten Jahrhunderts. Damals waren Bäuerinnen und Bauern in den Kakaoanbau gewechselt, weil dieser gute Einnahmen versprach. Diese Attraktivität hat zum Anstieg der Produktion beigetragen, was dann wiederum zum Preisverfall führte.

Auf eben diese Preise haben standardsetzende Organisationen keinen Einfluss. Auch der Mindestpreis von Fairtrade ist lediglich eine Absicherung gegen einen extremen Preisverfall, garantiert aber bei weitem kein existenzsicherndes Einkommen.

Würde Fairtrade den Mindestpreis auf das Niveau heben, das ausreicht, um existenzsichernde Einkommen zu garantieren, würde wahrscheinlich kaum noch ein Unternehmen das Label nutzen. Dann blieben die Bäuerinnen und Bauern auf ihrem zertifizierten Kakao sitzen und könnten diesen nur auf dem konventionellen Markt zum Weltmarktpreis verkaufen - was heute schon häufig der Fall ist.

Welche menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten haben Schokoladenproduzenten wie Ferrero? Inwiefern kommen sie denen bereits nach?

Der Preis für Kakao ist nicht die alleinige Stellschraube für die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern. Wie erwähnt spielen Produktivität und Diversifizierung auch noch eine Rolle. Dennoch: Alle Unternehmen der Branche wissen, dass zum derzeitigen Kakaopreis der größte Teil der Bäuerinnen und Bauern nicht aus der Armut herauskommen wird. Ihre Einkommen reichen zudem nicht aus, um in die Plantagen zu investieren. Letzteres wäre aber die Voraussetzung, um die Produktivität zu steigern oder auf andere Produkte umzusteigen. Die Unternehmen wissen somit, dass beim derzeitigen Preis Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Kinderarbeit an der Tagesordnung bleiben werden.

Zugleich gibt es seit 2011 die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte. Um ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssten sich die Kakao- und Schokoladenunternehmen in einem ersten Schritt zu ihrer Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrer gesamten Lieferkette bekennen. Das haben bislang nur die wenigsten gemacht. Der zweite Schritt wäre dann, Risiken in ihrer Wertschöpfungskette zu identifizieren. Dabei können sie von standardsetzenden Organisationen unterstützt werden. Der dritte Schritt müsste dann sein, Preise zu zahlen, die existenzsichernde

Kakao: Der Preis ist zu niedrig für ein menschenwürdiges Leben!



Millionen Bäuer*innen
in Westafrika sind
abhängig vom Kakao.



Einkommen für die Kakao anbauenden Familien garantieren. Dies wird definitiv mehr kosten, als derzeit für Kakao bezahlt wird.

Welche Verantwortung haben die Regierungen der Länder, in denen Kakao produziert wird?

Regierungen der Kakao anbauenden Länder müssten ein Umfeld schaffen, das die Schaffung existenzsichernde Einkommen erleichtert. Doch hier gibt es in vielen Bereichen erhebliche Mängel. Dies beginnt damit, dass die Infrastruktur in den Kakao anbauenden Gebieten oft sehr schlecht ist. Dies verteuert den Transport von Kakao wie auch von anderen Gütern. Das wiederum hat erheblichen Einfluss auf die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern. Auch die Gesundheitsversorgung und das Schulwesen müssten deutlich verbessert werden. Darüber hinaus mangelt es an Unterstützung für Bäuerinnen und Bauern, die Plantagen modernisieren wollen oder auch Märkte für andere Produkte suchen. Ein weiteres Problem in Westafrika sind oft unklare Eigentumsverhältnisse des Anbaulandes. Bäuerinnen und Bauern müssten unterstützt werden, Eigentumstitel zu bekommen. Regierungen müssten somit in vielen Bereichen mehr tun.

Was könnte ein Gesetz zu Unternehmensverantwortung im Kakao verarbeitenden Bereich bewirken? Gibt es Unternehmen, die so eine Gesetzesinitiative unterstützen?

Alle Unternehmen wissen, dass der Aufbau transparenter Wertschöpfungsketten bis hin zu den Bäuerinnen und Bauern erhebliche Investitionen erfordert. Für die Erhebung der menschenrechtlichen Risiken, verknüpft mit Maßnahmen zur Reduzierung der Kinderarbeit, müssen ebenfalls Investitionen geleistet werden. Schlussendlich sind sich alle Unternehmen

darüber im Klaren, dass sie in vielen Fällen deutlich mehr für den Kakao zahlen müssten. Unternehmen, die dies heute bereits tun, bewegen sich noch in der Nische. Wenn sich der Massenmarkt ändern soll, dann werden alle Unternehmen gleichzeitig handeln müssen. Sonst werden die bestraft, die Vorreiter sind. Diese investieren, haben höhere Kosten und werden von Wettbewerbern, die nichts unternehmen, unterboten und vom Markt gedrängt. So funktionieren unregulierte Märkte nun einmal: Wer teurer ist als der Wettbewerber, der verliert, selbst wenn die Mehrkosten erforderlich sind, um den Bruch von Menschenrechten zu verhindern. Dies ist den Unternehmen bekannt. Um aus dieser Falle herauszukommen, haben mittlerweile mehrere Unternehmen, darunter Mars, Mondelez und Barry Callebaut, öffentlich eine Regulierung des Sektors gefordert. Weitere Unternehmen sollten folgen. Es muss der deutschen wie auch der europäischen Politik klargemacht werden, dass die Kosten für die Einhaltung von Menschenrechten von Unternehmen nur dann getragen werden können, wenn dies für alle Unternehmen vorgeschrieben ist. Das gilt in Deutschland genauso wie im globalen Kakaosektor.

Was denken Sie, wird es solch ein Gesetz geben oder nicht?

Es wird ein Gesetz geben, die Frage ist nur, wann. Auch in Deutschland hat es Jahrzehnte gedauert, bis grundlegende Rechte zum Schutz von Menschenrechten durchgesetzt wurden. Das Erschreckende ist derzeit, dass deutsche Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette im Ausland Dinge zulassen dürfen, die in Deutschland längst verboten werden. Dies wird sich irgendwann ändern.

Das Interview führte Katja Breyer.



In kleinen Hütten wohnen auf engem Raum afrikanische Erntehelfer in Süditalien. Häufig fehlt Wasser und Strom.

Moderne Sklavenarbeit in Europa: Als Migranten unerwünscht – als Erntehelfer unersetzlich

Süditaliens Landwirtschaft wird erst durch afrikanische Flüchtlinge erfolgreich

Saftig rote Tomaten in unseren Supermärkten kommen meist aus dem holländischen Treibhaus oder aus dem sonnigen Süden, aus Italien oder Spanien. In Sizilien sind Tomaten neben Wein und Zitrusfrüchten das Hauptanbauprodukt. Pachino, eine kleine Stadt in Sizilien, wird die „Hauptstadt der Tomaten“ genannt. Egal von welcher Richtung man sich ihr nähert, endlose Tomatenfelder umgeben die Stadt. Bereits im Januar und Februar gedeihen hier Tomaten, geschützt in riesigen Treibhäusern. Und wer soll die Millionen Früchte ernten? Schaut man genau hin, findet man viele schwarzafrikanische Erntehelfer auf den Feldern rund um Pachino. Viele von ihnen sind Geflüchtete, die über das Mittelmeer nach Europa kamen.

Die kleine Waldenserkirche im sizilianischen Pachino kümmert sich um die Geflüchteten. Sie hat eine Wohnung angemietet, in der sie während ihres Asylverfahrens leben können. Dort berichten sie von ihrem Alltag. Tageweise arbeiten sie auf den Tomatenfeldern, um Geld zu verdienen. Das brauchen sie für ihre Familien in der Heimat und für das Bezahlen der Fluchthelfer. Weniger als 20 Euro beträgt ihr Tageslohn für die Erntearbeit in der sommerlichen Gluthitze Siziliens - in der Regel ohne Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung. Auf dem italienischen Festland ist es nicht anders. Die Stadt Manfredonia, im Norden Apuliens gelegen, erlangte im Juli diesen Jahres die Aufmerksamkeit der italienischen Öffentlichkeit. Die Polizei wollte in einem Stadtviertel eine illegale Wohnsiedlung afrikanischer Migranten auflösen. In bruchfälligen Holzhütten und fensterlosen Betonhäuschen leben hier bis zu 20 Menschen auf fünf Quadratmetern, ohne Wasser und Strom. Andere Wohnmöglichkeiten haben sie nicht,

Geld vom Staat bekommen sie nicht. Einzige Alternative ist die illegale Beschäftigung auf den Tomaten- und Gemüsefeldern der Region. Und die Mafia verdient kräftig mit, denn sie „vermittelt“ die Arbeit auf den Feldern. „Caporalato“ nennt man das System der ausbeuterischen Menschenarbeit der Erntehelfer. Das heißt, dass nicht der Landwirt oder der Besitzer der Felder die Erntehelfer beschäftigt, sondern ein Agent, der häufig mit mafiösen Organisationen zusammenarbeitet. Dasselbe beim Orangenanbau: Von November bis März herrscht Hochbetrieb in der Orangernte. Da werden billige Arbeitskräfte gebraucht. Die sogenannten Erntehelfer aus Afrika sind das Fundament der Agroindustrie Süditaliens. In Italien sind etwa 400.000 Arbeiter*innen in der Landwirtschaft illegalen Beschäftigungspraktiken ausgeliefert, in Europa rund 880.000.

Seit 2010 versuchen sich die afrikanischen Erntehelfer in Italien zu organisieren. „Moderne Sklavenarbeit“ nennt Yvant Sagnet diese Arbeitsbedingungen. Sagnet kam als Student aus Kamerun nach Norditalien, brach sein Studium ab und wurde 2011 selbst Tomatenpflücker. Er organisierte Streiks und Proteste gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. In Zusammenarbeit mit Richtern und Gewerkschaften konnte die Situation der Erntehelfer verbessert werden. 2016 wurde in Italien ein Gesetz gegen das System des „Caporalato“ und der Schwarzarbeit verabschiedet, angewendet wird es kaum. Globalisierung in umgekehrter Richtung könnte man das nennen, denn Süditaliens Landwirtschaft braucht die billigen Arbeitskräfte aus dem globalen Süden. Anders können die billigen Tomaten nicht produziert werden.

Thomas Krieger, Referent für Europa im Amt für MÖWe



Jetzt aktiv werden für ein Lieferkettengesetz!

„Für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt in Lieferketten einen wirksamen gesetzlichen Rahmen schaffen!“ Für dieses Ziel haben sich Gewerkschaften, Kirchen sowie Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umwelt-Organisationen in der „Initiative Lieferkettengesetz“ zusammengeschlossen.

Aus Sicht dieses Bündnisses ist ein Gesetz längst überfällig, das Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Lieferketten zu achten. Die politische Chance, dieses Ziel zu erreichen, ist jetzt da. Noch nie war die Aufmerksamkeit in der Politik und in den Medien für dieses Anliegen so groß wie in den letzten Monaten. Damit Politiker*innen sich für ein solches Gesetz einsetzen, braucht es politischen Druck und noch stärkere öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema - mit Straßenaktionen, auf Gemeindefesten, in Kinosälen, bei Diskussionsrunden, in sozialen Medien...



Das spricht für ein Lieferkettengesetz:

Für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt!

Mangelhafter Brandschutz in einer KiK-Zulieferfabrik in Pakistan führte dazu, dass 258 Menschen qualvoll starben. Durch den Dambruch bei einer brasilianischen Eisenerzmine kamen 246 Menschen ums Leben. Flüsse sind verseucht und Anwohner*innen haben kein sauberes Trinkwasser mehr – obwohl der TÜV Süd Brasilien wenige Monate vorher die Sicherheit des Damms zertifiziert hatte. Vor einer Platin-Mine in Südafrika werden 34 streikende Arbeiter erschossen und BASF macht mit dem Betreiber der Mine weiterhin gute Geschäfte. Unternehmen verletzen in ihren weltweiten Geschäften immer wieder grundlegende Menschenrechte und schädigen die Umwelt. Die Initiative Lieferkettengesetz fordert darum ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen.

Wer Schäden anrichtet, muss Verantwortung übernehmen!

Deutsche Unternehmen profitieren von den wirtschaftlichen Vorteilen eines globalen Marktes. Dabei lassen sie den Schutz von Mensch und Umwelt häufig außer Acht. Denn: Sie müssen keine Konsequenzen fürchten für Schäden, die in ihrem globalen Geschäft entstehen. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Verstöße deutscher Unternehmen gegen Menschenrechte und Umweltstandards rechtliche Konsequenzen haben. Unternehmen sollen für Schäden haften.

Kein Vorteil für verantwortungslose Unternehmen!

Bislang wird rücksichtsloses Handeln von Unternehmen finanziell belohnt. Manche Unternehmen engagieren sich schon jetzt verstärkt für die Achtung der Menschenrechte und den Umweltschutz. Diese Unternehmen dürfen nicht länger gegenüber verantwortungsloser Konkurrenz benachteiligt werden. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass alle Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards achten.

Verantwortung nicht auf Verbraucher*innen abwälzen!

Die meisten Menschen wollen keine Produkte kaufen, in denen Kinderarbeit oder zerstörte Regen-

wälder stecken. Doch es ist nicht immer leicht erkennbar, ob Produkte unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt wurden oder nicht. Verbraucher*innen dürfen nicht länger vor die falsche Wahl gestellt werden, denn Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Dafür braucht es einen gesetzlichen Rahmen, der alle Unternehmen auf den Schutz von Mensch und Umwelt verpflichtet!

Die Lösung: Ein faires Gesetz mit Augenmaß!

Andere europäische Länder haben bereits entsprechende Gesetze verabschiedet, etwa zum Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Das braucht es auch in Deutschland. Verantwortlich wirtschaftende Unternehmen haben durch ein solches Gesetz nichts zu befürchten. Es sollen nur die Unternehmen haften, die nicht genug getan haben, um Schäden an Mensch und Umwelt zu verhindern. Das ist eine faire Regelung.

Betroffene von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Gerichten in Deutschland!

Angehörige von Todesopfern, wie im KiK-Fall, müssen oft nicht nur den Verlust hinnehmen, sondern stehen auch noch mittellos da. Die Initiative Lieferkettengesetz will, dass Betroffene auch vor deutschen Gerichten Entschädigung einklagen können, wenn ein Unternehmen seinen menschenrechtlichen Pflichten nicht nachgekommen ist.

Freiwillig ändern Unternehmen zu wenig!

Im Textil-, Kakao- oder Kohlesektor schließen sich Unternehmen in freiwilligen Bündnissen zusammen, um Produktionsstandards zu verbessern. Doch freiwillige Initiativen sind häufig zu wenig ambitioniert. Oft reagieren sie nur auf existierende Probleme anstatt deren Ursachen zu beseitigen. Erst ein Gesetz kann Geschäftspraktiken wirklich verändern.

Die Initiative Lieferkettengesetz fordert deshalb, dass die Bundesregierung ein Gesetz zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen beschließt! Zum Schutz der Menschen und der Umwelt.

**SCHAFFT
RECHT &
GERECH
TIGKEIT!**

JEREMIA 22,3A

KIRCHLICHES ENGAGEMENT ZUR



Werden auch Sie aktiv!

Damit ein solches Gesetz verabschiedet wird, braucht es Ihre Unterstützung. Hier einige Ideen, die Sie mit Ihrer Gemeinde, Gruppe oder als Einzelperson umsetzen können:

Überreichen Sie Ihrem/Ihrer Bundestagsabgeordneten ein „Care-Paket“: Bitten Sie ein Mitglied des Bundestages um einen Gesprächstermin. Überreichen Sie ihm dabei das „Care-Paket“ zum Lieferkettengesetz. Fordern Sie die Politiker*in auf, Sorge („Care“) für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zu tragen. Erläutern Sie Ihr Anliegen anhand der verschiedenen Gegenstände im Paket.

Verbreiten Sie die Petition zur Initiative Lieferkettengesetz: Teilen Sie die Online-Petition in sozialen Medien und per E-Mail. Sammeln Sie Unterschriften an Informationsständen, in Läden, an Ihrem Arbeitsplatz, im Freundeskreis, auf dem Gemeindefest. Weisen Sie auf die Initiative in Ihrem Gemeindebrief hin.

Veranstalten Sie einen Filmabend: Laden Sie zu einem Filmabend zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte ein - mit anschließendem Gespräch.

Gestalten Sie ein Abendgebet zum Thema: Z. B. zu dem Bibelvers „Schafft Recht und Gerechtigkeit!“ (Jer 22,3). In einer Broschüre für Gemeindeaktivitäten finden Sie liturgische und inhaltliche Anregungen (geplanter Erscheinungstermin November 2019)

Zeigen Sie eine Ausstellung im Gemeindehaus: Die aus sechs Roll-Ups bestehende Ausstellung kann im Amt für MÖWe ausgeliehen werden (ab November 2019). Zudem wird eine Plakatausstellung bestellbar sein.

Beschreibungen und Anregungen zu diesen Ideen sowie Vorschläge für weitere Aktivitäten finden Sie auf der Website der Kampagne:

www.lieferkettengesetz.de/mitmachen

Die Internetseite der Kampagne bietet Flyer, Unterschriftenlisten, Fallbeispiele, einen Argumentationsleitfaden, eine Aktionszeitung und weitere Materialien.

www.lieferkettengesetz.de

www.suedwind-institut.de/rechtundgerechtigkeit



Divestment: Mit Geld die Wirtschaft verändern!

Nachhaltige Geldanlagen haben eine lange Tradition. Die Methodisten in England und Quäker in den USA setzen sich bereits im 18. und 19. Jahrhundert Regeln, um auch ihr Vermögen im Einklang mit ihrem Glauben zu investieren. John Wesley, der Begründer des Methodismus, warnte als erster in einer Predigt im Jahr 1760 vor Anlagen in Wirtshäusern. Quäker, die gegen die Sklaverei in den USA eintraten, wollten nicht indirekt daran verdienen. Ausgehend von der Überzeugung mit bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten kein Geld verdienen zu wollen, weil dies gegen den Glauben verstieß, wurden Mitte des vergangenen Jahrhunderts Investmentfonds aufgelegt, die bestimmte Wirtschaftszweige ausschlossen, meist die Rüstungsbranche.

In den 1950er Jahren gingen Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung einen Schritt weiter. Sie nutzten den Verkauf bestimmter Aktien als politisches Kampfmittel, um die Unternehmen zu schwächen, die schwarze US-Bürger benachteiligten. Die Nutzung des Deinvestierens als ein politisches Kampfmittel wurde später erneut von der Anti-Vietnamkriegsbewegung und der Anti-Apartheitsbewegung eingesetzt. Wahl-

weise nutzte man hier auch den Besitz von Aktien, um auf Hauptversammlungen öffentlich gegen die Politik eines Unternehmens zu protestieren (die Geburtsstunde der Kritischen Aktionäre).

Diese Vorgehensweise erwies sich als politisch wirksamer als die rein private Vermeidung von „sin stocks“, also „Sünden Aktien“, wie die Methodisten und die Quäker sie betrieben hatten. Denn diese Aktionen fanden öffentlich statt und waren in eine große gesellschaftliche Bewegung integriert. Studenten, Verbraucher, Arbeitnehmer, Politiker und eben auch Investoren nutzten das ihnen jeweils naheliegendste Mittel, um gegen unhaltbare Zustände zu protestieren. Verbraucher boykottierten die Waren, Investoren die Aktien, Politiker appellierten an die Öffentlichkeit.

In dieser Tradition steht nun auch die „Deinvestment Bewegung“. Eingebettet in die Forderung nach einem konsequenten Klimaschutz, wie ihn Bürger*innen, Schüler*innen und Studierende, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen fordern, nutzen Investoren ihren Einfluss auf Unternehmen. Sie verkaufen Wertpapiere von Unternehmen, die fossile Energie fördern, im großem Umfang nutzen oder transportieren.



Die Anti-Apartheidbewegung rief in den 1970er und 1980er Jahren zu Divestment auf! Hier an der Universität von Massachusetts Amherst.

Außerdem fordern sie Unternehmen auf, Emissionen von Klimagasen konsequent zu reduzieren.

Wenn die Erwärmung der Atmosphäre bis zum Jahr 2100 bei 2 Grad Celsius gestoppt werden soll, müssen 88 Prozent der weltweiten Reserven an Kohle, 52 Prozent der Gasvorkommen und 35 Prozent der Ölvorräte im Boden bleiben.

Die Deinvestment-Kampagne geht jedoch noch einen Schritt weiter als die Anti-Apartheid- und Vietnamkriegsbewegung. Sie zeigt konkrete finanzielle Risiken auf, die mit Investitionen in Unternehmen einhergehen, welche den Klimawandel ignorieren. Es geht nun nicht mehr nur darum, zu deinvestieren, um seinen Überzeugungen treu zu bleiben oder um mit seinem Kapital Politik zu machen. Es geht darum, einem handfesten ökonomischen Risiko, das Kapitalmärkte lange Zeit ignorierten, einen angemessenen Platz bei Investitionsentscheidungen zu geben. Dies gelang in den letzten Jahren so überzeugend, dass nicht nur Investoren, sondern auch Regulatoren (Aufsichtsbehörden) sich des Themas annehmen. Unternehmen, die in ihrer Geschäftstätigkeit ignorie-

ren, dass die Verbrennung von fossilen Energien in den kommenden Jahren massiv gedrosselt werden muss, haben ein enormes ökonomisches Risiko. Auf das muss sich der gesamte Kapitalmarkt einstellen, wenn es nicht zu großen Verwerfung kommen soll. Regulatoren in Europa sind sich dessen bewusst und nehmen sich des Themas an.

Klimaschutz und Kapitalanlage geht jedoch über die reine Vermeidung von ethischen, politischen oder ökonomischen Risiken hinaus. Zu Beginn der 1990er Jahre entstanden in den USA, Großbritannien und auch in Deutschland die ersten Wertpapierfonds, die ethisches Investment nicht nur als einen Investmentansatz verstanden, über den bestimmte Aktivitäten ausgeschlossen wurden. Für die neuen Technologien des Umweltschutzes, so der Gedanke, benötigt man sehr viel Kapital und dieses sollte mit Fonds, die gezielt in Emissionsminderung, Recycling, Wasseraufbereitung und erneuerbare Energie investieren, generiert werden.

Heute gehört dieser Ansatz, über nachhaltige Investitionen Kapital für den Umwelt- und Klimaschutz, aber auch in Form von Mikrokrediten für die Armutsminderung einzusetzen, untrennbar zum nachhaltigen Investieren dazu, und ist in dieser Form auf die politische Agenda gekommen. So veröffentlichte im Juni diesen Jahres eine von der EU-Kommission einge-

setzte Expertengruppe eine Taxonomie, also eine Auflistung von wirtschaftlichen Aktivitäten. In dieser wird definiert, welche wirtschaftlichen Aktivitäten für ein nachhaltiges Investieren geeignet sind. Dafür wurden nachhaltige Industriesektoren identifiziert, Grenzwerte festgelegt und gleichzeitig bestimmt, dass diese Aktivitäten nur dann nachhaltig sind, wenn sie weder mit ökologischem noch sozialem Schaden einhergehen. Damit sind nachhaltige Investitionen, die mit einer Predigt von John Wesley begannen, rund 250 Jahre später auf der obersten politischen Ebene angekommen. Dies ist zunächst ein Erfolg. Wie jede historische Entwicklung ist jedoch auch diese mit Inkonsistenzen und ungelösten Fragen verbunden. So stellt sich die Frage, ob eine Definition für nachhaltige Investments ausreicht, um große Mengen an Kapital in nachhaltige Aktivitäten zu lenken. Werden Geldströme nicht effektiver dadurch umgelenkt, dass Unternehmen die externen Kosten, z. B. des Klimawandels selber tragen müssen, etwa durch eine CO₂ Steuer. Investoren würden dann automatisch entsprechend reagieren und in Unternehmen investieren, die Einsparungen ermöglichen und erzielen.

Eine zweite Frage ist, wo sich die vielen sozialen Themen wiederfinden, die mit der Geschichte des nachhaltigen Investments verbunden sind. Können sie auch über eine Taxonomie der wirtschaftlichen Aktivitäten erfasst werden oder geht es hier nicht viel mehr darum, wie Unternehmen wirtschaften und dass wirtschaftliche Aktivitäten, wo immer sie stattfinden, unter Einhaltung der Menschenrechte durchgeführt werden?

Diese Fragen werden die Umsetzung der Taxonomie begleiten. Ein Blick in die Geschichte könnte dabei hilfreich sein. Denn daraus kann man lernen, in welcher Situation das Deinvestieren aus bestimmten Wirtschaftszweigen und Unternehmen sinnvoll ist, wann der politische Protest von Aktionären und wann das gezielte Investieren in positiv zu bewertende Aktivitäten.

Antje Schneeweiß, wissenschaftliche Mitarbeiterin im SÜDWIND-Institut, mit dem Arbeitsschwerpunkt „Sozialverantwortliche Geldanlagen“

Damit diese Rechnung nicht „aufgeht“, fordern auch Kirchen und kirchliche Organisationen investiertes Geld aus fossilen Energien abzuziehen!





Immer mehr Investoren ziehen ihr Geld aus der Kohleindustrie ab und investieren in erneuerbare Energien. Auch Kirchen!

Divestment – auch in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Seit dem Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 und den damit verbundenen internationalen Verpflichtungen hat Divestment für Investoren deutlich an Bedeutung gewonnen. Das Pariser Abkommen verlangt, Finanzflüsse mit Klimaschutz in Übereinstimmung zu bringen. Zusätzlich stehen Investoren von politischer und gesellschaftlicher Seite unter Druck, die sozialen, ökologischen und finanziellen Risiken des Klimawandels zu mindern.

„Es ist keine Investition,
wenn es den Planeten zerstört.“

*Dr. Vandana Shiva,
Trägerin des Alternativen Nobelpreises*

Seit dem Inkrafttreten des Klimaabkommens verstärkte sich diese Dynamik, so dass Divestment aus fossilen Energien und nachhaltiges Investieren verstärkt in den Fokus von Finanzakteuren rückten.

Divestment bedeutet, dass Anleger ihr Geld aus bestimmten Branchen abziehen. Insbesondere geht es um CO₂-intensive Unternehmen aus dem Energiesektor, also die Kohle-, Öl- und Gasindustrie. Wenn viele Investoren große Kapitalsummen aus Unternehmen abziehen, so wirkt sich dies direkt aus. Die Aktienkurse sinken, dadurch sind die Unternehmen weniger wert und

es erhöht sich der Risikoaufschlag, den Unternehmen für Kredite zahlen müssen. Kredite werden damit teurer. Im Extremfall werden keine Kredite mehr vergeben, so dass den Unternehmen auch Insolvenz drohen kann. Wenn dann noch Kapitalströme massiv in erneuerbare Energien fließen und zielgerichtet in klimafreundliche Unternehmen sowie Projekte umgeleitet werden, wird eine klimafreundliche Entwicklung stark gefördert.

Klimastrategien – auch Teil der Geldanlage der EKD

Im März 2017 beschloss der „Arbeitskreis Kirchlicher Investoren in der Evangelischen Kirche in Deutschland“ den Leitfaden zur ethischen Geldanlage der EKD zu erweitern um klimarelevante Kriterien. Im Vorwort der 4. Auflage des Leitfadens vom März 2019 heißt es „...Neu gegenüber der 3. Auflage sind die Kapitel über: Klimastrategien und Green Bonds / Social Bonds sowie an mehreren Stellen die Bezugnahme auf die Sustainable Development Goals...“.

Green Bonds sind eine Variante von Anleihen, d.h. festverzinslicher Wertpapiere. Sie werden von Staaten, Unternehmen oder Bundesländern herausgegeben. Mit dem Erlös aus Grünen Anleihen werden nur ökologische Projekte finanziert.



Ausgeschlossen von Geldanlagen der EKD werden nun Unternehmen, die Kohle fördern oder Öl aus Ölsand und Ölschiefer gewinnen bzw. signifikante Reserven dieser Rohstoffe vorhalten. Zur Begründung der Auswahl dieser Rohstoffe heißt es: „Im Hinblick auf das bei der Verbrennung frei werdende Kohlenstoffdioxid nehmen Ölsand und Ölschiefer im weltweiten Vergleich der größten CO₂-Emittenten den schlechtesten Platz ein; Kohle liegt dicht auf. Öl aus konventioneller Förderung und Gas folgen jeweils mit größerem Abstand Eine weitere Entscheidungsdimension ergibt sich aus der Frage, welche Sektoren einzubeziehen sind. Die erste Ebene stellen die Rohstoffförderunternehmen dar, die beispielsweise Kohle oder Öl extrahieren, lagern und verkaufen. Eine zusätzliche Branche sind die Versorgungsunternehmen, die Energie auf der Basis von fossilen Brennstoffen produzieren.

Schließlich sind die Sektoren in Betracht zu ziehen, die Öl und Kohle weiterverarbeiten, insbesondere die Zement- und die Stahlindustrie.“

Zudem werden Strategien in den Blick genommen, die Klimaschutz befördern, wie Positivkriterien sowie Direktinvestments. Es wird zudem empfohlen, sich an etablierten Bündnissen kirchlicher und institutioneller Investoren zu beteiligen, die die Eindämmung von CO₂-Emissionen zum Ziel haben.

Diese Erweiterungen des EKD-Leitfadens beeinflusste auch die Finanzanlagestrategie der westfälischen Landeskirche. Diese schließt nun auch Divestment als Anlagestrategie mit ein. Seit dem 11. Juni 2019 gilt die neue Fassung der Richtlinie für Finanzanlagen der Evangelischen Kirche von Westfalen: „Die Anlagestrategie ist darauf ausgerichtet, ... nachhaltig im Sinne der Grundsätze aus dem ‚Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche, in der jeweils aktuellen Fassung zu sein.“

Birgit Weinbrenner, Studienleiterin für Wirtschaftsethik, Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen

Windräder in
Afghanistan.



Fossil-Free-Kampagne

Fossil Free ist eine weltweite Kampagne, um das Zeitalter der fossilen Energieträger zu beenden. Sie fordert, dass Institutionen und Einzelpersonen sofort alle neuen Investitionen in Kohle-, Öl- und Gaskonzerne einfrieren und Direktinvestitionen und alle gemischten Fonds mit öffentlichen Beteiligungen und Industrieobligationen innerhalb von fünf Jahren abstoßen. Die Vorkommen fossiler Energieträger sind im Besitz von rund 200 börsennotierten Unternehmen weltweit, darunter zum Beispiel RWE, Uniper, Total. Ende 2018 hatten sich bereits mehr als 1000 Institutionen mit einem Gesamtvermögen von fast acht Billionen US-Dollar (sieben Billionen Euro) verpflichtet, ihre Investitionen in fossile Energieunternehmen abzuziehen. Dazu gehören z. B. die Münchner Rück, die Allianz Versicherung, die Bundesländer Bremen und Berlin, die Stadt Münster, mehrere Landeskirchen sowie katholische Organisationen und Institutionen.
www.gofossilfree.org

Wie klimafreundlich ist meine Bank?
Antworten finden Sie im Fair Finance Guide:
www.fairfinanceguide.de



Die brasilianische Kaffee-Kooperative und Oikocredit-Partnerorganisation Coopfam versucht gezielt, Frauen für den Kaffee-Anbau zu gewinnen, im Bild: Vizepräsidentin Vânia Lucia Pereira da Silva.

© Upmeer Reports

Fairer wirtschaften

Oikocredit zeigt seit über 40 Jahren, dass es auch anders geht

Immer neue Berichte über Ausbeutung von Arbeiter*innen in den Fabriken, auf den Plantagen oder Minen in Asien, Lateinamerika oder Afrika, vom Raubbau an der Natur sowie die Fokussierung des Großteils der Unternehmen allein auf den Profit lassen viele von uns frustriert und oft auch mit einem Gefühl der Hilflosigkeit zurück. Viele fragen sich, was sie tun können, um diese Art von Wirtschaft nicht zu befördern.

Dass es auch anders geht, zeigt seit über 40 Jahren die Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit, die im Umfeld des Ökumenischen Rates der Kirchen gegründet wurde. Seit 1975 finanziert die Genossenschaft mit dem Kapital ihrer Anleger*innen Partnerorganisationen im globalen Süden. Dies umfasst beispielsweise Mikrofinanzierung, kleinbäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft und seit einigen Jahren auch verstärkt erneuerbare Energien. 57.000 Privatleute und Institutionen sind Mitglied in der weltweiten Genossenschaft. Oikocredit war eine der ersten Organisationen, die eine Alternative zu klassischen Anlageprodukten bot – und Vertrauen setzte auf die Kreditwürdigkeit und die großen Fähigkeiten von Menschen und Gemeinschaften in wirtschaftlich benachteiligten Ländern.

Fast die Hälfte der Partnerorganisationen arbeiten in Lateinamerika, knapp ein Drittel in Asien und sieb-

zehn Prozent in Afrika – mit wachsender Tendenz. Oikocredit ist die Förderung von Frauen ein besonderes Anliegen. Dies gilt insbesondere für Bereich Mikrofinanz. 84 Prozent der Kreditnehmer*innen sind weiblich. Mit Mikrokrediten sowie Versicherungsangeboten und Sparmöglichkeiten können Frauen sich ein eigenes Standbein aufbauen, eigene Ideen verfolgen und ein zusätzliches Einkommen sichern.

„Wir möchten expandieren und auch auf den internationalen Markt. Die Kredite helfen uns dabei. Unser Ziel ist es, vom informellen in den formellen Sektor zu kommen.“

Zarata Kouraogo, Weberin, mit vier weiteren Frauen als Gruppe Kundin der Mikrofinanzinstitution PAMF, Oikocredit-Partner in Burkina Faso

Geld, also die Rücklagen der Oikocredit-Mitglieder, soll einen positiven sozialen Wandel fördern. Dabei standen von Anfang im Mittelpunkt, Menschen zu fördern und nicht eine möglichst hohe Renditeerwartung. Die Partner wurden sorgfältig ausgewählt – anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs. Dabei werden neben der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Geschäftsmodells auch die ökologischen Effekte, die soziale Orientierung und die Qualität der Unterneh-

mensorganisation berücksichtigt. Eine Besonderheit bei Oikocredit ist, dass die Finanzierung in der lokalen Währung erfolgt. Wenn ein Darlehen nicht in Dollar oder Euro, sondern in der jeweiligen Landeswährung vergeben wird, nimmt die Genossenschaft dem Partner das Risiko von Währungsverlusten ab.

Oikocredit vergibt aber nicht nur Finanzierungen, sondern begleitet die Partner über den gesamten Zeitraum der Kooperation hinweg, z. B. mit Schulungen und Beratungen. Diese sind für Genossenschaften und Unternehmen in Ländern des globalen Südens oft genauso wichtig wie Darlehen oder Eigenkapitalbeteiligungen. Die Partner im Bereich der Mikrofinanzierung werden unter anderem darin geschult, mit Risiken umzugehen und ihre Produkte kundenorientiert zu gestalten. Partner in der Landwirtschaft unterstützt die Genossenschaft dabei, ihrer Produkte zu erzeugen, zu verarbeiten und zu vermarkten. Sie vermittelt Instrumente für Finanzentscheidungen und Wissen über ökologische Anbaumethoden. So werden z. B. Kaffeekooperativen geschult, wie sie das Risiko stark schwankender Kaffeepreise verringern können. Sie können dann Preisrisiken beim Verkauf ihrer Ernte besser kalkulieren und so höhere Preise erzielen.

Menschen, aber auch Institutionen wie Kirchengemeinden oder Weltläden können sich bei Oikocredit beteiligen, indem sie Mitglied im Westdeutschen Förderkreis werden und Rücklagen bei Oikocredit anlegen. Die Mindesteinlage beträgt 200 Euro. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 Euro jährlich für Privatpersonen und 50 Euro für Institutionen. Die Mitgliedschaft für Kinder bis 25 Jahre ist beitragsfrei. Oikocredit zahlt in der Regel eine moderate Dividende. Sie lag in den vergangenen Jahren bei ein bis zwei Prozent

Weitere Informationen erhalten Sie bei:
 Oikocredit Westdeutscher Förderkreis
 Adenauerallee 37 | 53113 Bonn
 Tel. 0228 6880-280
 E-Mail: westdeutsch@oikocredit.de
 Web: www.westdeutsch.oikocredit.de



Oikocredit und die Westfälische Landeskirche

Oikocredit setzt sich seit mehr als 40 Jahren für faires Wirtschaften ein. Die Genossenschaft hat ihren Ursprung im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). In Deutschland sind die Evangelischen Landeskirchen Mitglied bei Oikocredit, zudem viele Kirchenkreise und Gemeinden. Für Gemeindemitglieder ist eine kirchennahe, sozialverantwortliche Geldanlage eine interessante Alternative zur herkömmlichen Kapitalanlage. Die Evangelische Kirche von Westfalen, seit vielen Jahren Oikocredit eng verbunden, möchte ihre Mitglieder darin bestärken, Rücklagen bei

Oikocredit zu investieren. Kirchengemeinden können zudem dazu beitragen, das Konzept der nachhaltigen Geldanlage zu verbreiten. Seit April 2019 ist Dr. Jean-Gottfried Mutombo, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe, Mitglied im Vorstand des Westdeutschen Förderkreises. Er ist der Ansprechpartner für Oikocredit in der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Kontakt: Jean-Gottfried Mutombo
 Tel. 02301 1854903
jean-gottfried.mutombo@moewe-westfalen.de

Zum Beispiel UNOCACE:

Kakaospezialitäten aus Ecuador

Einer der über 670 Oikocredit-Partnerorganisationen ist die Unión de Organizaciones Campesinas Cacaoteras del Ecuador (Unocace). Unocace ist ein Dachverband mehrerer Kakaogenossenschaften in Südwest-Ecuador.

Ziel der Genossenschaft ist es, die Lebensbedingungen der kleinbäuerlichen Kakaoanbau-Betriebe, die meist nur über zwei Hektar Nutzfläche verfügen, zu verbessern. Die Bauern bewirtschaften ihre Höfe in Mischkulturen. Dort wächst Kakao unter Schattenbäumen sowie eine Vielzahl anderer Pflanzen, die der Eigenversorgung dienen, aber auch auf lokalen Märkten verkauft werden. Die Kakaobauer*innen kämpfen mit einer Reihe von Problemen: Dem schwankenden Kakaopreis, überalterten Bäumen, die nur noch wenig Ertrag abwerfen, Pilzkrankheiten, die die Bäume schwächen und wie überall auf der Welt mit dem Klimawandel, durch den sich Regenzeiten verschieben und Temperaturen verändern. Unocace geht einen besonderen Weg: Ihre Mitglieder bauen die heute selten gewordene Sorte Edelkacao

„Arriba Nacional“ an. Dieser gedeiht nur in Ecuador. Diese Kakaosorte erzielt deutlich bessere Preise als der sonst übliche Kakao. Die Genossenschaft ist sowohl Bio- als auf Fairtrade-zertifiziert. Der deutsche Schokoladenhersteller Rausch importiert diesen Kakao direkt und vermarktet ihn als Spezialität. Die Mitgliedsbetriebe profitieren von besseren Preisen, eine Verteilung der Gewinne und den Zugang zu internationalen aber auch einheimischen Märkten. Auch letzteres ist eine Besonderheit: Schokolade aus Kakao von Unocace gibt es inzwischen auch in Ecuador zu kaufen. Zudem unterstützt Unocace ihre Mitglieder mit Schulungen zum ökologischen Anbau, mit Kakaosetzlingen und biologischem Dünger. Oikocredit arbeitet seit 2013 mit Unocace zusammen. Den aktuellen Kredit über 300.000 Euro nutzt die Organisation, um die Ernte vorzufinanzieren, also um die Kakaobauer*innen direkt bei Anlieferung der Ernte bezahlen zu können.

Ulrike Lohr, Referentin institutionelle Investoren,
Oikocredit Westdeutscher Förderkreis





Zukunft einkaufen

Ökofaire Beschaffung in kirchlichen Einrichtungen

Eigentlich ist es sonnenklar: Das Rinderschnitzel im Sonderangebot stammt sicher nicht von einer friedlich grasenden Kuh eines idyllischen kleinbäuerlichen Betriebes und auch das T-Shirt aus Bangladesch wurde eher nicht von einer Näherin mit 40-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich im Krankheitsfall genäht.

Die Realität sieht anders aus, und das wissen wir in der Regel auch. Dennoch entscheiden wir uns oftmals für die preisgünstigere und überall verfügbare Alternative und damit zumeist gegen Bio- und Fair-trade-Produkte.

Dabei ist es weniger böser Wille oder Ignoranz, sondern vielmehr Bequemlichkeit, die hier die Kaufentscheidung trifft. Eine Kaufentscheidung aber, die in der Masse durchaus einen Unterschied machen kann, insbesondere, wenn es sich um die Kaufentscheidungen der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland handelt. Sie haben zusammen das zweitgrößte Beschaffungsvolumen in Deutschland nach der öffentlichen Hand.

Seit nunmehr zehn Jahren widmet sich die Initiative „Zukunft einkaufen“ der systematischen Umstellung auf eine Beschaffung nach ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen. Ziel von Zukunft einkaufen ist es dabei, die Marktmacht der Kirchen sinnvoll zu nutzen, um ökologische und soziale Gerechtig-

keit am Markt zu stärken, die Glaubwürdigkeit der Kirchen in Bezug auf konkrete nachhaltige Entwicklungsziele zu erhalten und nicht zuletzt auch das Einkaufsverhalten an privater und öffentlicher Stelle positiv zu beeinflussen.

Die Initiative berät und begleitet Gemeinden und kirchliche Einrichtungen bei der ökofairen Beschaffung. Sie stellt eine Vielzahl von Broschüren, Checklisten und Informationsmaterialien zur Verfügung, die einen schnellen Überblick oder auch detaillierte Auskünfte über einzelne Produktbereiche bieten. Sei es die vielfach schon vollzogene Umstellung auf Ökostrom, der Verzicht auf Plastik-Einweggeschirr bei Gemeindefesten, die schonende Dosierung ökologischer Putzmittel oder auch der Kauf fair gehandelter Blumen oder Genussmittel. Jeder dieser Schritte kann ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein.

Kern der Bemühungen ist dabei die langfristige und systematische Umstellung hin zu nachhaltigeren Produkten und Kaufentscheidungen. Diese wird dann nicht mehr spontan aus eigenem Ermessen getroffen, sondern auf Grundlage einer gemeinsamen Entscheidung für ethischen Konsum und glaubhaftes Wirtschaften in der Gemeinde, im Kirchenkreis, in der diakonischen Einrichtung oder Kindertagesstätte. Und das ohne Kompromisse: ökologisch, fair und sozial gerecht!

Zukunft einkaufen ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen, sich als Gemeinde oder kirchliche Einrichtung mit dem Zertifikat „Wir beschaffen ökofair“ auszeichnen zu lassen und somit die eigenen Bemühungen sichtbar zu machen.

Um eine wirklich „nachhaltige“ Veränderung der Beschaffung in Ihrer Einrichtung voranzutreiben und dort auch dauerhaft zu verankern, bedarf es einiger Vorüberlegungen. Diese sind zwar zunächst mit etwas Aufwand verbunden, werden aber die alltägliche Beschaffungspraxis deutlich erleichtern.

Zu diesen Vorüberlegungen gehören folgende Schritte:

1. Team und Verantwortliche benennen
2. Vorüberlegung:
Beschaffungsleitlinien – was ist uns wichtig?
3. Bestandsaufnahme:
Wie bedarfsgerecht kaufen wir welche Produkte wo ein?
4. Aktionsplan erarbeiten und umsetzen:
Welche ökofairen Produkte sind verfügbar und entsprechen unseren Anforderungen? (ggf. Testphase für einzelne Produkte)
5. Sich festlegen:
Beschaffungsordnung: Was und wo kaufen wir von nun an ein? Nach welchen Kriterien?
6. Veränderungen sichtbar machen -
Das Zertifikat „Wir beschaffen ökofair“:
systematische Umstellung von
zumindest 2- 3 Produktbereichen

Bevor Sie mit Veränderungen in Ihrem Einkauf starten, sollten Sie haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende sowie Gemeindemitglieder umfassend über Ihre Überlegungen und das Gesamtprojekt informieren. Durch eine gute interne Kommunikation werden Verunsicherungen und Widerstände vermieden und die Gelegenheit geschaffen, dass sich möglichst viele Akteure mit ihrem Wissen an einer wirklich nachhaltigen Umstellung beteiligen.

Auch wenn wir als Kirche eine besondere Verantwortung haben, überfordern Sie sich bei der Umstellung nicht! Manche Prozesse brauchen Zeit und auch ein gewisses Maß an gemeinschaftlich getragenen persönlichen und finanziellen Mehreinsatz, der von Haupt- und Ehrenamtlichen neben ihren anderen Aufgaben bewältigt werden muss.

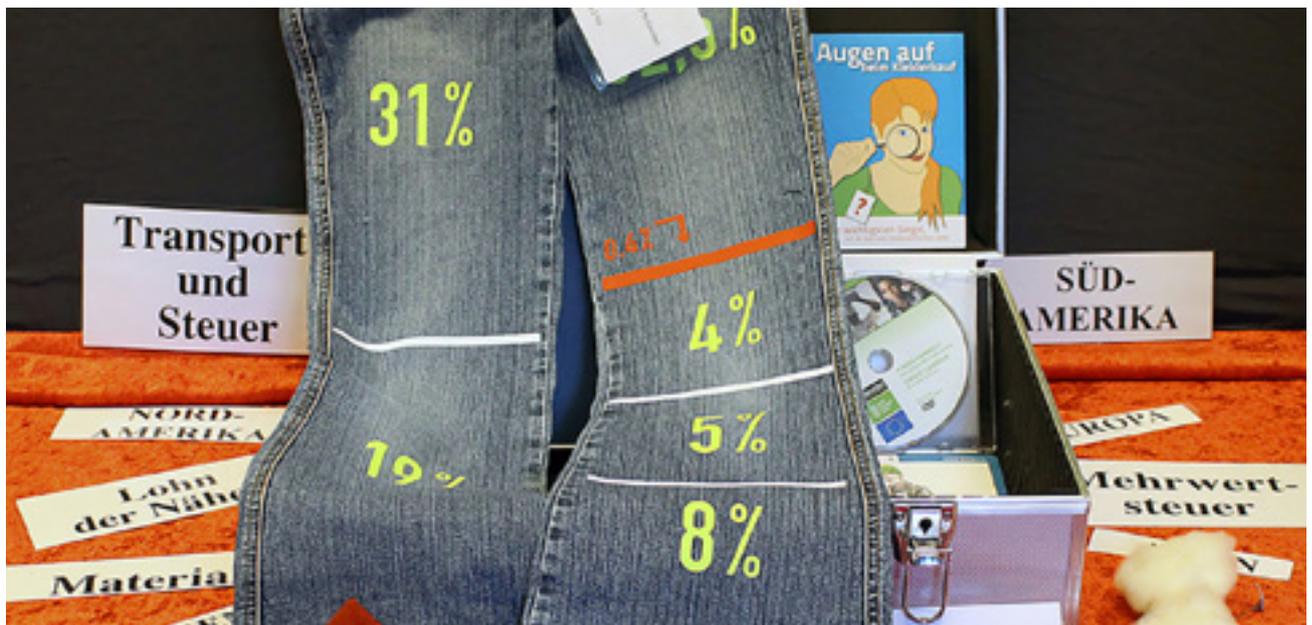
Erfolgslebnisse sind wichtig! Setzen Sie sich daher erreichbare Ziele. Eine gründliche Betrachtung des derzeitigen Einkaufs zeigt dabei meist schon einige Schwachstellen auf, die sich mit der Zeit eingeschlichen haben oder schlicht nicht wirklich hinterfragt wurden.

Gern unterstützen wir Sie auf Ihrem Weg zur Umstellung auf nachhaltige Produkte in der KITA, Gemeinde oder kirchlichen Einrichtung!

Weitere Informationen unter:
www.zukunft-einkaufen.de

Martina Faseler, Projektstelle „Zukunft einkaufen“,
Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen
Kirche von Westfalen





Menschenrechte achten und Gerechtigkeit schaffen

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für Eine-Welt-Engagement

Auf einem Gemeindeabend über "Wirtschaft und Menschenrechte" diskutieren, einen Aktionstag zum Fairen Handel veranstalten, ein Projekt „Weltreise einer Jeans“ mit der Konfirmandengruppe angehen, eine Ausstellung über Klimagerechtigkeit zeigen? Das Engagement für eine gerechtere Welt unterstützt das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung gern.

Lernkoffer und mehr

Wir beraten Sie inhaltlich, helfen bei der Vermittlung von Referentinnen und Referenten und verleihen Materialien und Medien, beispielsweise Filme sowie Lernkoffer und -taschen.

Für verschiedenste Themen sind Lernkoffer vorhanden: Kakao und Kaffee, Klima, Ernährung, Kleidung, Handy, Flucht und Migration, Gewürze, Palmöl, Geld und Ökocredit. In diesen Koffern und Taschen finden Sie verschiedene Materialien, z. B. Arbeitsblätter, Spiele, Filme oder Quiz. Diese bieten für verschiedene Altersgruppen eine Vielfalt an Zugängen zu den Themen. Sie können diese Materialien gern nutzen, um so die Eine Welt neu zu erleben und auch zu „begreifen“. Die Koffer können in Dortmund ausgeliehen werden.

Informationen zu den Lernkoffern:
Johanna Schäfer, Tel. 0231-5409-76
E-Mail: johanna.schaefer@moewe-westfalen.de

Finanzielle Förderung

Projekte des Globalen Lernens können auch finanziell unterstützt werden. Gefördert werden beispielsweise Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Projekt-tage, Aktionstage, Ausstellungen, Kultur- und Kunstprojekte, bei denen entwicklungspolitische Fragen im Zentrum stehen. Themen können zum Beispiel sein: Menschenrechte, Arbeitsrechte, Globalisierung, Klimagerechtigkeit, gerechter Zugang zu Rohstoffen, Fairer Handel, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung, Wasserversorgung.

Anträge stellen können Kirchengemeinden, kirchliche Einrichtungen, Vereine und Initiativen oder natürliche Personen aus dem geografischen Bereich der westfälischen Landeskirche. Kleinprojekte werden bis zu 500 Euro in einem vereinfachten Verfahren gefördert. Die Fristen für Anträge enden jedes Jahr am 15. Januar, 15. April und am 15. September.

Informationen zur Antragstellung:
Katja Breyer, Tel. 0231-5409-73
E-Mail: katja.breyer@moewe-westfalen.de
und auf der Website von Brot für die Welt /
Inlandsförderung: www.brot-fuer-die-welt.de



Filmtipps zu „Wirtschaft und Menschenrechte“

Todschick – die Schattenseite der Mode

2016, ab 16 Jahren, auch online verfügbar

Als 2013 in Bangladesch ein großes Fabrikgebäude in sich zusammenbrach, starben weit mehr als tausend Menschen. Die großen Textilkonzerne, die dort über Sub-Unternehmen hatten nisten lassen, betonten ihre Unschuld. Auf Druck des Internationalen Gewerkschaftsverbands unterschrieben 200 große Firmen ein Abkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Doch diese haben sich in der globalisierten Textilbranche seitdem kaum geändert. Eine Anwältin macht sich auf den Weg, um bei den Überlebenden des Unglücks nach Beweisen zu suchen und die beteiligten Textilunternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Digital - Mobil - und Fair?

(insgesamt 5 Filme), 2015, keine Altersangabe

Der Abbau der Rohstoffe für die Handys findet häufig in den Ländern des globalen Südens statt - nicht selten geschieht dies unter Bedingungen, die für die beteiligten Menschen wie für die Umwelt in hohem Maße schädlich sind. Die fünf Filme der DVD folgen dem Produktions- und Gebrauchszyklus verschiedener Geräte, von der Rohstoffgewinnung über deren Verarbeitung bis zu ihrer Entsorgung bzw. Wiederverwertung.

Der Fall Mubende und der bittere Geschmack der Vertreibung

2015, 30 min, ab 16 Jahren, auch online verfügbar

Im August 2001 vertrieb die Armee in Mubende, Uganda, ca. 4.000 Menschen, um Platz zu machen für die Kaweri Coffee Plantation. Sie ist eine Tochterfirma der Hambur-

ger Neumann Kaffee Gruppe, die nahezu alle großen Kaffee-Marken Deutschlands beliefert. Der Manager der Plantage behauptet, die Firma Neumann habe nichts von der Vertreibung gewusst. Weil die Vertriebenen nicht entschädigt wurden, verklagten sie 2002 die ugandische Regierung und das Unternehmen. 2013 wird ihnen eine Entschädigung von rund elf Millionen Euro zugesprochen, aber ihr Anspruch auf Rückgabe des Landes abgewiesen. Die Neumann Gruppe streitet nun, wer diese Entschädigung bezahlen muss und bemüht sich um die Ablösung des Richters, um das Urteil aufzuheben.

La buena vida – Das gute Leben

2015, 94 Min, ab 16 Jahren

Jairo Fuentes, der junge Anführer der Dorfgemeinschaft von Tamaquito, lebt in den Wäldern im Norden Kolumbiens. Die Natur gibt den Menschen hier alles, was sie zum Leben brauchen. Doch die Lebensgrundlage der Wayúu wird durch den Kohleabbau in der Mine El-Cerrejón zerstört. Die Steinkohle wird in alle Welt exportiert. Jairo Fuentes ist entschlossen, die gewaltsame Vertreibung seiner Gemeinschaft zu verhindern. Die Konzerne versprechen den Dorfbewohnern moderne Häuser mit Stromversorgung. Die Geschichte ist eng mit dem weltweit steigenden Energiekonsum, den das Streben nach Wachstum und Wohlstand verursacht, verknüpft.

Über die Evangelische Medienzentrale können diese und andere Filme ausgeliehen werden: Medienzentrum im Haus Villigst, www.pi-villigst.de





GloBall – Bring Werte ins Spiel!

Das Crossboccia-Spiel für einen vielfältigen Einsatz in der Bildungsarbeit

Das gemeinsame Miteinander in unserer Gesellschaft und in der Welt braucht Werte wie Fairness, Respekt, Vertrauen und Würde. Mit dem Crossboccia-Spiel „GloBall: Bring Werte ins Spiel!“ soll die Bedeutung dieser und anderer Werte auf spielerische Weise vermittelt werden.

Sechs verschiedene Werte und Begriffe sind auf den GloBällen in vier Sprachen – Deutsch, Englisch, Arabisch, Französisch und Spanisch – visualisiert und sollen durch das GloBall-Spiel „ins Spiel gebracht“ werden. Die Grundidee des GloBall-Spiels entspricht der des italienischen Boccia oder des französischen Boules. Die Bälle werden in der Spielgruppe aufgeteilt. Ein Spieler wirft den kleinen Zielball. Anschließend versuchen die anderen Gruppenmitglieder abwechselnd von einer bestimmten Linie aus ihre Bälle so nah wie möglich an den Zielball zu werfen. Jeder GloBall, der näher am Zielball liegt als ein „gegnerischer“, zählt einen Punkt. Die Person oder die Mannschaft, die zuerst 13 Punkte erzielt, gewinnt. Die Bälle eignen sich aufgrund ihrer Beschaffenheit und ihrer optischen Gestaltung für einen vielfältigen Einsatz, der weit über das klassische Crossboccia hinausgeht. Sie können z. B. in der Konfiarbeit, im Globalen Lernen, auf Freizeiten, bei Andach-

ten, bei Jugendaustausch und Freiwilligenseminaren, oder in diakonischen Einrichtungen verwendet werden. Sie sind Indoor- wie auch Outdoor-tauglich, vertragen Wasser und können gewaschen werden.

GloBall-Spielideen für die UN-Nachhaltigkeitsziele

Es wurden zahlreiche Spielideen zum GloBall-Spiel entwickelt, die zu einer Auseinandersetzung mit den oben genannten Werten, dem Begriff der Nachhaltigkeit und den UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) anregen. In einem Begleitheft für Multiplikator*innen sind diese zusammengefasst. Die Spielteilnehmenden werden im Spiel mit Herausforderungen konfrontiert, z. B. Klimawandel, Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich, denen die Agenda 2030 begegnen will. Den Spielleitungen werden Fragen zur Diskussion an die Hand gegeben, die Verbindungen zwischen den Erfahrungen im Spiel und den UN-Nachhaltigkeitszielen herstellen.

Diese Bälle und das Materialheft zum Download gibt es hier: www.vollwertsport.de/globall/

Bezugsquelle für das „GloBall-Spiel!“:

www.vollwertsport.de

Preis pro Ball-Set: 28,90 € zzgl. Versandkosten

Angebot für Multiplikator*innen - Werde Teil der Testcommunity!

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die GloBall in ihrem (Sport-)verein oder ihrer Organisation einsetzen möchten, können sich bei Engagement Global bewerben, um Teil der Testcommunity zu werden. Sie erhalten gratis GloBall-Sets, verwenden Anleitungen aus dem Begleitheft und geben Feedback zu mindestens fünf Spielideen. Schreibt uns, in welchem Kontext und mit welchen Zielgruppen ihr GloBall einsetzen wollt, und werdet Teil der Testcommunity. E-Mail: jenny.hellmann@engagement-global.de



WeltGarten - GlobalGarden2019

Internationaler Treffpunkt beim Kirchentag

Bunt, lebendig und vielseitig: Im WeltGarten - GlobalGarden2019 beim Kirchentag in Dortmund trafen sich Menschen aus fast aller Welt. Unter freiem Himmel direkt vor einer der Messehallen konnten sie bei meist strahlendem Sommerwetter verweilen und genießen, zuhören, diskutieren und gestalten. Täglich von 10.30 bis 20.00 Uhr erlebten sie ein unterhaltsames Programm mit internationalen Gästen und Weltmusik, Mitmachaktionen und Präsentationen. 60 Mitwirkende sorgten für einen reibungslosen Ablauf, schufen eine gastliche Atmosphäre und informierten über die vielen Facetten der ökumenischen Beziehungen und Aktivitäten in Westfalen und dem Einsatz der Westfalen für Frieden, Gerechtigkeit, Fairen Handel, Menschenrechte, Entwicklung, Partnerschaften, Ökumene und mehr.

Mittelpunkt des WeltGartens war die Bühne zwischen den Themenzelten. Dort präsentierten sich 30 Gruppen, in Interviews oder mit kreativen und interaktiven Beiträgen. So stellten sich die verschiedenen Partnerschaften vor - von Peru bis Israel/Palästina und von Sizilien bis Südafrika. SÜDWIND, Oikocredit und andere warben für mehr weltweite Gerechtigkeit durch ethische Geldanlagen, faire Textilien und das Recyceln von Handys. Freiwillige erzählten von ihrem Jahr in Argentinien oder auf Sizilien und vom Leben im Dortmunder Volunteershaus. Gäste aus Osteuropa und aus dem Nahen Osten berichteten vom Leben der christlichen Minderheit unter den Bedingungen von Krieg, Hass und Populismus. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher

Kirchen (ACK) Witten brachte mit einem launigen Theaterstück Vorurteile und Erfolge der Konfessionsökumene in Deutschland ins Spiel.

Dazu gab es viel Musik – mit südamerikanischen Rhythmen aus Argentinien und Brasilien sowie einer schwungvollen Studenten-Bigband aus Heidelberg. Der Chor einer koreanischen Gemeinde überraschte mit lupenreiner Klassik und die Dortmunder Living Worshipers stimmten charismatischen Lobpreis an. Ein Chor aus Belgien entpuppte sich als stimmungswaltige Gruppe mit Ursprung in der DR Kongo.

Rund um die Bühne herrschte buntes Treiben: „anne Bude“, dem rollenden Anhänger des Amtes für MÖWe, gab es viel Andrang. Das junge Team um Dirk Schmiedekamp vom Kirchenkreis Dortmund reichte pausenlos fairen Kaffee, Tee und Gebäck über die Theke.

Steinbildhauer Edious Nyagweta aus Simbabwe schuf unter den bewundernden Blicken der Kirchentagsgäste Shona Art-Skulpturen (s. folgender Beitrag). Im aufblasbaren Kongo-Pavillon – dieser wird nach dem Kirchentag als Ambulanzzelt im Kongo Dienst tun – informierte der Kirchenkreis Dortmund über seine Partnerschaftsarbeit. Neben anderen Interviewpartnern zogen der westfälische Vizepräsident Ulf Schlüter und Vertreter des WWF viele Besucher an.

Im MÖWe-Zelt kam man mit Würde, Respekt, Vertrauen – so die Aufschriften auf den Crossboccia-Bällen – Wurf für Wurf großen Zielen näher: Frieden, Gerechtigkeit, Klimaschutz, Partnerschaft, kein Hunger... Dort

gab es auch jede Menge Informationen, Postkarten, ein Glücksrad und das westfälische Kirchentag-Kochbuch „Was für ein Geschmack!“. Das orange Smoothie-Rad von Brot für die Welt war stets umlagert. Per Pedes konnte man sich ein erfrischendes Getränk aus Kirschsafte und – natürlich fair gehandelten – Bananen erstrampeln. Vor einer großen, grünen Weltkarte ließ man sich als WeltGärtner*in fotografieren, mit Materialien, die zuvor in einem Upcycling-Workshop entstanden waren.

Viel Betrieb herrschte auch im Partnerschaftszelt der Evangelischen Kirche von Westfalen mit der Evangelischen Kirche am La Plata. Hier berichteten

Mitglieder der Kirchenleitung, Austauschpfarrer und Freiwillige vom Leben und den alltäglichen Herausforderungen in Argentinien, Paraguay und Uruguay. „Keine Minute Leerlauf“, seufzten geschafft die WeltGarten-Mitwirkenden am Schluss und freuten sich zugleich: „Es war einfach toll!“ So viel Interesse an der und Austausch in der weltweiten Ökumene! Was bedeuteten da schon schmerzende Füße, Heiserkeit oder ein leichter Sonnenstich?

Kirsten Potz, Regionalpfarrerin des Amtes für MÖWe und Beauftragte für die Partnerschaft mit der Evangelischen Kirche am La Plata (IERP)

Shona-Art auf dem Kirchentag

Steinbildhauer Eddy Nyagweta aus Simbabwe im WeltGarten - GlobalGarden2019

Ein besonderer Eyecatcher im WeltGarten - GlobalGarden2019 war Shona Art, die beeindruckende Steinbildhauerkunst aus Simbabwe. Ursprünglich der Name einer Volksgruppe bezeichnet Shona heute die in den 1960er Jahren entstandene Bildhauerei aus den reichen Serpentinsteinvorkommen des südlichen Afrika. Sie zählt seit Jahren zu den Höhepunkten internationaler Kunst. Neben Figuren aus der alten Shona-Mythologie stellen die Skulpturen elementare menschliche Werte wie Liebe, Geborgenheit und Gemeinschaft dar sowie Szenen der biblischen Überlieferung in afrikanischer Interpretation. Rohstoff der Shona-Kunst ist der bis zu 2,5 Milliarden Jahre alte Serpentinsteine, der nur von Hand mit Hammer, Meißel und Feile bearbeitet wird. Nach dem abschließenden Versiegeln zeigt er die typischen Kontraste zwischen den rau behauenen und glatt geschliffenen

Flächen. Wie aus einem unscheinbaren graubraunen Felsstück eine einzigartige Skulptur und einmaliges Kunstwerk entsteht, konnten die zahlreichen Gäste des GlobalGarden selber sehen und dem Steinbildhauer Eddy Nyagweta über die Schulter bzw. auf die Finger schauen. Der 1978 in Harare geborene Nyagweta gehört zur dritten Generation der Shona-Künstler und ist durch die Gestaltung ausdrucksstarker Skulpturen und biblischer Reliefs auch in Deutschland bekannt. Nach einer erfolgreichen Ausstellung seiner Werke im Sommer 2017 in Haus Nordhelle (Meinerzhagen-Valbert), war Eddy Nyagweta auf Einladung des Amtes für MÖWe mit einer Auswahl kleinerer und größerer Skulpturen im WeltGarten - GlobalGarden2019 präsent und stellte die handwerkliche Arbeit am Stein vor.

Immer wieder nahmen die Besucher*innen des Shona-Zeltes einzelne Skulpturen in die Hand, fühlten mit den Fingern die scharf-rauen Steinkanten oder spiegelglatten Flächen der Figuren und äußerten sich beeindruckt von dieser besonderen Art der Bildhauerei. Auch Eddy war tief bewegt von der offenen Atmosphäre des Kirchentages, den vielen Menschen, die durch den GlobalGarden spazierten und im Shona-Zelt stehen blieben sowie den zahlreichen Begegnungen und interessierten Nachfragen. Wer in Westfalen an Shona-Art interessiert ist, wird in der gleichnamigen Galerie in Witten-Bommern fündig und dort ganz sicher auch Werke von Eddy Nyagweta finden.



Martin Ahlhaus, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe



Dortmund anders erleben

Das war möglich auf den Wegen zur Nachhaltigkeit

„Dortmund ist ´ne coole Stadt, da geht was in Sachen Nachhaltigkeit!“. So fasste eine Besucherin der Wege zur Nachhaltigkeit ihren Eindruck zusammen. Während des Deutschen Evangelischen Kirchentages machten sich interessierte Besucher*innen auf den Weg: Sie wurden zu Initiativen geführt, die Nachhaltigkeitsthemen in Dortmund umsetzen und die Gruppen willkommen hießen. Nachbarschaftstreffs zeigten ihre gemeinsamen Gartenprojekte, die zum ökologischeren Konsum und zum nachbarschaftlichen Miteinander einladen möchten. Kirchengemeinden erklärten, wie sie faire Gemeinde geworden sind. Wohnungslosen-Initiativen gewährten Einblick in die Probleme von Armut und Obdachlosigkeit in Dortmund und zeigten, wie die Verbesserung der Le-

bensumstände mit viel Engagement möglich ist. Die Besucher*innen kamen mit den lokalen Initiativen und Ladenbesitzern ins Gespräch, gewannen Einblicke und Tipps für einen nachhaltigeren Alltag. Denn würde die ganze Welt so leben wie Deutschland, bräuchte es drei Planeten, um dauerhaft existieren zu können. Während des Kirchentages wurde nicht nur über die Wege geführt. Im Zentrum „Stadt und Umwelt“ wurde darüber diskutiert, wie Städte nachhaltiger werden können. Akteure aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik beteiligten sich an den Podien.

Das Projekt Wege zur Nachhaltigkeit zielt darauf ab, lokale „Helden der Nachhaltigkeit“ sichtbarer zu machen. Sie geben positive Beispiele, wie ein Leben und Wirt-

Digital auf den „Wegen zur Nachhaltigkeit“

Sie wollen Dortmund auf eigene Faust einmal aus anderer Perspektive entdecken? Dann können Sie die Wege mit dem Smartphone ablaufen. Hören Sie an den Stationen O-Töne, schauen Sie sich Videos an oder lesen Sie kurze Texte, in denen die Initiativen sich vorstellen.



Dazu brauchen Sie:

- ein Smartphone
- Kopfhörer
- Neugierde auf nachhaltige Themen

Scannen Sie den QR Code oder schauen Sie auf:

www.wegezurnachhaltigkeit.de



schaften möglich ist, das die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel schützt. Gleichzeitig soll der Begriff Nachhaltigkeit mit Beispielen gefüllt und mehr ins Bewusstsein gerückt werden. Seit 2018 beteiligen sich mehr als 40 Dortmunder Initiativen an dem Projekt. Biodiversität, Klimaschutz, Umweltgerechtigkeit, Integration und fairer Konsum – in diesen Bereichen setzen die Initiativen sich ein für eine nachhaltigere Lebensweise in Dortmund. Denn so, wie es Stefan Schlepütz, Besitzer des Bioladens „Kornhaus“, sagt, sehen es auch die anderen Aktiven in Dortmund: „Nachhaltigkeit ist für mich der einzige Weg, auf der Erde langfristig zu existieren.“

Die Wege können auch nach dem Kirchentag erkundet werden. Zu Fuß, mit dem Rad oder mit Bus und Bahn, ein Besuch der Stationen auf den Wegen zur Nachhaltigkeit lohnt sich. Zudem werden vereinzelt weitere Führungen über die Wege angeboten.

Wege zur Nachhaltigkeit ist ein Projekt des Instituts für Kirche und Gesellschaft in Kooperation mit dem Amt für MÖWe.

Johanna Schäfer, Bildungsreferentin im Bereich Brot für die Welt im Amt für MÖWe



Donnerstags in Schwarz – auch auf dem Kirchentag

Die Oybele Feschthall Singers heizten dem Publikum in Halle 7 ordentlich ein. Sie präsentierten sich ganz in Schwarz und nahmen somit teil an der ÖRK-Kampagne „Donnerstags in Schwarz“, die sich gegen Gewalt und Vergewaltigung wendet.

Nicole Ashwood und Benjamin Simon vom Ökumenischen Rat der Kirchen interviewten prominente Gäste: Sonia Skupch, Generalsekretärin der Evangelischen Kirche am Rio de la Plata (IERP), hat schon mehrfach mit der gesamten Kirchenleitung der IERP am „Donnerstags in Schwarz“ teilgenommen. Hannah Pandian, eine junge Frau aus dem Dortmunder Volunteers-Haus, hat es sich schon vor Jahren in ihrer Heimat Sri Lanka zur

Gewohnheit gemacht, donnerstags schwarze Kleidung zu tragen und so ein Zeichen gegen sexuelle Übergriffe und Gewalt zu setzen. Chris Ferguson, ein Vertreter der Weltgemeinschaft der Reformierten Kirchen, führte an, dass seit dem Bosnien-Krieg systematische Vergewaltigung als gezielte Waffe zur Demoralisierung ganzer Völker eingesetzt wird. Er solidarisiert sich mit den Opfern und unterstützt sie dabei, sich denen zu widersetzen, die ihnen die Würde rauben wollen, wenn er donnerstags schwarz trägt.

Dr. Isabel Phiri, stellvertretende Generalsekretärin des ÖRK, und Nicole Ashwood dankten der Evangelischen Kirche von Westfalen und allen Kirchentags-

besucher*innen, dass sie die Kampagne tatkräftig unterstützen und riefen dazu auf, nicht nachzulassen im Bemühen sich für die sexuelle Unversehrtheit von Frauen und Männern einzusetzen.

Im Vorfeld des Kirchentages hatte das Amt für MÖWe dafür geworben, sich der Kampagne anzuschließen und am Kirchentagsdonnerstag schwarze Kleidung zu tragen. Dazu wurden 12.500 Buttons und ebenso viele Plakate und Handzettel gedruckt und u. a. am Abend der Begegnung verteilt.

Die Kampagne kann jederzeit und an jedem Ort gestartet werden. Buttons und Material können über das Amt für MÖWe bezogen werden. Wer teilnimmt, ist herzlich eingeladen, dies über die Homepage des ÖRK öffentlich zu machen. www.oikoumene.org/de/mitmachen/thursdays-in-black

Annette Muhr-Nelson, Leiterin des Amtes für MÖWe



Die Kampagne „Donnerstags in Schwarz“ hat der Ökumenische Rat der Kirchen vor rund 20 Jahren initiiert. Entstanden ist sie während der Ökumenischen Dekade der Kirchen zur in Solidarität mit den Frauen (1988-1998). Hier wurden Berichte öffentlich von Vergewaltigung als Kriegswaffe, geschlechtsbezogener Ungerechtigkeit, Misshandlung und vielen Tragödien, die aus solcher Gewalt entstehen. Gleichzeitig wurde aber auch bewusst, was Frauen dem weltweit an Widerstand entgegensetzen. Ihr stummer, aber sichtbarer Protest ist in vielen politischen Kontexten eine mutige Handlung. Sie zeugt von der Kraft der zerstörenden Wirkung von Gewalt zu widerstehen und sich ihr entgegenzustellen.

Migrationskirchen auf dem Kirchentag

„Was für ein Vertrauen in den Heiligen Geist!“

... so lautete die Überschrift des Gottesdienstes des Internationalen Kirchenkonvents Rheinland-Westfalen (IKK). Er fand im Zentrum Gottesdienst statt und wurde von zwölf Mitwirkenden aus zehn Mitgliedskirchen des IKK gestaltet. Tatsächlich war aber die ganze Gemeinde beteiligt: In Gesprächs- und Gebetsgruppen war Raum, die Bedeutung des Geistes im Glaubensalltag zu bedenken. Der Chor der Live Changing Church aus Dortmund begleitete den Gottesdienst musikalisch. Prince Okeke Osai reagierte in seiner Predigt auf Äußerungen aus der Gemeinde. Delphine Takwi aus Hamburg, Jacob Okine aus Gütersloh und Superintendent Dieter Tometten aus Soest-Arnsberg stellten sich im Anschluss in einer Podiumsdiskussion den Fragen des Publikums. Es moderierten Markus Schäfer für die rheinische Kirche und Beate Heßler für die westfälische Kirche. Zuvor hatten junge Erwachsene aus dem Be-

reich des Internationalen Kirchenkonvents einen Gottesdienst von und mit Jugendlichen gefeiert. Besonders beeindruckend war hier der Beitrag einer jungen Teilnehmerin, die die Kirchentagslosung in gerappter Form präsentierte. Picherie Tshibalondi und Kladija Kosanovic aus dem Komitee des IKK hatten zuvor monatelang die Vorbereitungen koordiniert. Ein IKK-Youth wird aus dieser Arbeit erwachsen. Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft hatten auch zu einem Mittagessen mit Andacht und Gesprächen eingeladen. Der „Mittagstisch der Migrationskirchen“ wurde unterschiedlich besucht und sollte auf jeden Fall bei weiteren Kirchentagen weiter angeboten werden. Sehr eindrücklich gerieten zwei Veranstaltungen, die Mehrdad Sepehri Fard mit persisch sprechenden Gemeindegliedern vorbereitet hatte: In mehrsprachigem Lobpreis und Gottesdienst konnten Kirchen-



tagsbesucher*innen die persisch-sprachige Seelsorge in Westfalen kennenlernen.

Auch an anderen Stellen waren Chöre und einzelne Vertreter*innen aus Migrationskirchen zu erleben: So rührte der Chor der koreanisch-reformierten Gemeinde Dortmund die Zuhörer*innen zu Tränen; den Living Worshipers gelang es, das Publikum mitzureißen; die Koptische Gemeinde Unna-Massen führte musikalisch durchs Kirchenjahr; Daniela Sepehri brachte Lebensge-

schichten iranischer und afghanischer Frauen in ihrem RAP „Migration“ zur Sprache.

Der Kirchentag war eine gute Gelegenheit, Gespräche zwischen Landeskirchen und Migrationsgemeinden zu initiieren und gemeinsam zu feiern – ein erster Schritt auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag 2021!

Beate Heßler, Fachstelle „Gemeinsam Kirche sein mit Zugewanderten“ im Amt für MÖWe



Was für ein Vertrauen habe ich?

RAP-Beitrag aus dem Jugendgottesdienst des Internationalen Kirchenkonvents

Was für ein Vertrauen habe ich? Und was bedeutet Vertrauen eigentlich? Es heißt doch ganz grob, nicht immer alles kontrollieren zu müssen, ja eigentlich frei von Angst zu sein.

Seit klein auf ist es meine Mama, der ich vertraue, zu der ich stets aufschaue, von der ich mir alles abschaue, der ich nicht wissend, was es eigentlich so richtig bedeutet, blind vertraue. Durch zig andere Menschen, die durch ihre Meinungen und Ansichten Einfluss auf mich hatten, habe ich mit den Jahren, nun mal leider auch Vertrauensbruch erfahren.

Was also lässt mich heute vertrauen? Was für ein Vertrauen habe ich in mein verdientes Geld, in meine Freunde und Familie und in die Staatsoberhäupter dieser Welt? Oder setze ich mein Vertrauen auf mich selbst, auf das was ich einst lernte, ja auf das, was ich gut kann... ganz egal ob's jetzt zeichnen ist oder doch eher Gesang.

Also, wenn mein Konto gedeckt ist und alle meine Rechnungen bezahlt sind, hab ich Frieden. Zu vertrauen fällt mir dann echt nicht soooo schwer. Ich habe aber leider schon öfter bemerkt, dass dieser Frieden ziemlich schnell anfängt zu verfliegen, wenn es mal nicht so gut aussieht.

Also nochmal: Worauf setze ich mein Vertrauen? Denn offensichtlich ist Geld kein vertrauenswürdige Fundament, mein Frieden dadurch wär niemals permanent.

Wenn mein Partner mir sagt, dass er mich liebt, dann ist wenigstens darauf garantiert Verlass. Oder? Zu mindestens glaube ich das ... bzw. ich hoffe das.... Nein, ich zweifle es an ... also habe ich Angst, und Angst heißt, dass ich nicht vertraue ... Wie kann ich auch glauben, dass es möglich sei, mein Vertrauen auf dem Wort eines Menschen zu bauen, wenn selbst Judas, nach allem was war und nach allem was er sah, Jesus, seinen Herrn, verriet, nur weil er kurz mal in Panik geriet ...

Bei allen Enttäuschungen über gescheitertes Vertrauen konnte ich bis jetzt jedoch zu jeder Zeit auf Gottes Wort bauen. Denn da wo menschliche Versprechen immer wieder brechen, beweist er mir das Gegenteil und sein Wort ist genug. Selbst in Zeiten, in denen ich nichts fassen kann, nichts verstehe und auch den Sinn hinter der Dürre einfach nicht sehe, höre ich nicht auf zu beten und will immer wieder vor ihn treten. Und dann ist es auch egal, ob ich schon lange warte und ob ich das „wieso, weshalb, warum“ dahinter nur errate, denn ich weiß, sein Wort bleibt bestehen.

Wenn Gott sich also nie verändert, wie könnte es dann sein Wort? Es bleibt dasselbe in jeder Sekunde und Stunde, und bleibt gleich an jedem Ort. Nie wechseln bei ihm Schatten und Licht und ich weiß, er hält was er verspricht. Alles Gute kommt von ihm. Und ja, auch wenn ich hier und da versage, erhebt er keine Klage gegen mich. Er kennt all meine Gedanken und wenn ich anfangen zu wanken, dann hält er mich.

Mit ihm stehe ich auf festem Land, ich falle nie tiefer als in seine Hand. Stürme kommen und gehen, aber nur eines bleibt bestehen, und das ist er. Für immer Er!

Was für ein Vertrauen habe ich in Jesus!



„Unverschämt frei - human beings not for sale“

Gottesdienst für die Opfer von Menschenhandel

„Unverschämt frei - human beings not for sale“ - Ein starkes Zeichen der Solidarität mit den Opfern von Menschenhandel setzten die Evangelischen Beratungsstellen für die Opfer von Menschenhandel, die im Arbeitskreis gegen Kinderprostitution zusammengeschlossen sind. Gemeinsam mit dem Amt für MÖWe und der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen brachten Vertreterinnen der Mitternachtsmission und der Beratungsstelle Nadeshda Schicksale zur Sprache, über die meist in der Kirche geschwiegen

wird. Zwangsprostitution und sexuelle Ausbeutung sind nicht hinnehmbar. Die Täter müssen benannt und bestraft werden. Den Opfern muss eine Stimme verliehen werden, damit ihren Seelen heilen können, war die Botschaft des Gottesdienstes. Musikalisch wurde er eindrucksvoll gestaltet durch den Projektchor Gospel in Münster unter der Leitung von Popkantor Hans-Werner Scharnowski.

Annette Muhr-Nelson, Leiterin des Amtes für MÖWe

Ökumenisch Kirche sein – gemeinsam Zukunft gestalten

Podien- und Workshop-Reihe auf dem Kirchentag

Beim Pilgern sind sie zusammen gekommen – evangelische und katholische Christinnen und Christen des Dekanates Herford-Minden und der drei evangelischen Kirchenkreise in Ostwestfalen. Das mehrtägige Pilgern ermöglicht Gespräche über den eigenen Glauben und die unterschiedlichen konfessionellen Traditionen. Ökumenisch Pilgern unter freiem Himmel ist eine Erfahrung für sich. In den vergangenen Jahren gab es diese und viele andere Annäherungen in der evangelisch-katholischen Ökumene. Das war ein guter Grund für eine gemeinsame Veranstaltungsreihe

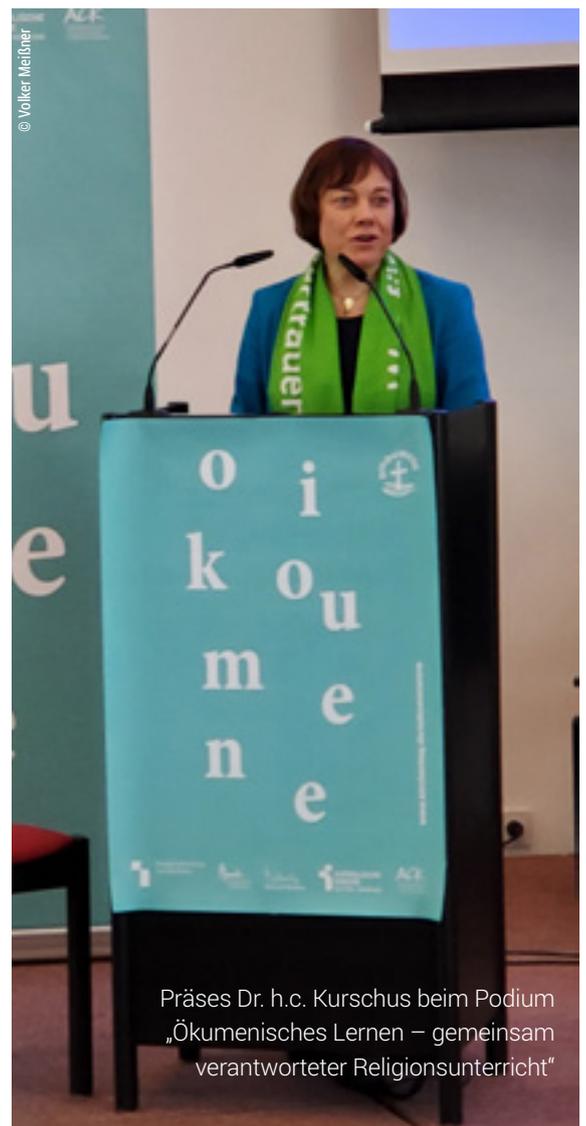
von der Evangelischen Kirche von Westfalen, den (Erz)bistümern Essen, Münster und Paderborn und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) NRW auf dem Dortmunder Kirchentag. Das Katholische Forum mitten im Zentrum Dortmunds war dafür ein idealer Ort, in unmittelbarer Nachbarschaft zur Präsenz des Ökumenischen Kirchentages, der 2021 nach Frankfurt am Main einlädt.

Drei Podien thematisierten zentrale Fragen der evangelisch-katholischen Ökumene. Wie sieht es mit einem gemeinsamen Abendmahl aus? Die Expertinnen

und Experten auf dem Podium waren sich schnell einig: Bei gutem Willen ist vieles möglich. Eucharistie bedeutet übersetzt Danksagung. Christus ist es, der uns zum Abendmahl einlädt. Professor Dr. Wolfgang Thönissen (Paderborn) zitierte Papst Franziskus. Der sagte: „Schaut auf den Herrn und entscheidet“. Wer daran glaubt, kann teilnehmen, auch wenn er nicht katholisch ist. Die Diskutanten auf dem Podium wiesen darauf hin, dass es Kirchen gibt wie die Heilsarmee, die nur eine lose Verbindung zum Abendmahl haben. Und es gäbe kulturelle Kontexte, z. B. in arabischen Ländern, die auf Grund der Diasporasituation der Christen Abendmahlsgemeinschaft ganz selbstverständlich mache. Eucharistie sei dann nicht die Mitte des Glaubens, sondern der Dank, in dem sich die Mitte vergegenwärtigen will. Ein anderes Thema waren die ökumenischen Neuaufbrüche seit dem Reformationsjahr 2017. Die ökumenischen Aufrufe wurden als guter Anfang begrüßt. Konfessionsübergreifender

Religionsunterricht in NRW ist neuerdings ebenfalls möglich. In den Workshops wurde deutlich, dass vor Ort sehr viel passiert und gelingt. In Bochum bieten die evangelische und katholische Kirche gemeinsame Segensfeiern für Neugeborene an. In Holzwickede und Opherdicke gibt es ökumenische Tauffeiern. In Essen, Mettmann und Meschede existieren ökumenische Kirchenzentren als Lebens- und Versammlungsorte. Und die Popkantoren üben eine kreative Sangespraxis in Essen, Witten und in ganz NRW. Dass Ökumene noch weitere, vielfältige Gesichter hat, zeigten Workshops mit Vertretern der orthodoxen Kirche und der Freikirchen. Die ACK NRW wächst kontinuierlich. Erst im Herbst 2018 gründete sich eine neue Ortsgruppe in Witten. Hoffentlich wird die ökumenische Aufbruchstimmung in NRW auch auf dem Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt am Main erlebbar sein.

Thomas Krieger, stellv. Leiter des Amtes für MÖWe



Präses Dr. h.c. Kurschus beim Podium
„Ökumenisches Lernen – gemeinsam verantworteter Religionsunterricht“



Das Pastoren-Team
beim Feierabendmahl in
Dortmund-Mengede

Black Lives Matter

Die United Church of Christ kämpft für Menschenrechte und Klimagerechtigkeit in den USA und weltweit

Dan Doty war früher Opernsänger. Heute ist er Pfarrer der United Church of Christ (UCC) in einer Gemeinde in Ohio. Ohio, Indiana und Kentucky – in diesen drei Bundesstaaten leben und arbeiten die Mitglieder der westfälischen Partnerkirche in den USA. Seit über 25 Jahren besteht die Kirchengemeinschaft zwischen der UCC und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Im Juni waren sie zu Gast beim Kirchentag in Dortmund. Eine überdimensionale Ein-Dollar-Note mit der Aufschrift „Das sie alle eins seien / that they may all be one“ bildete den Blickfang am Messestand in den Westfalenhallen. Hier konnte man die Partnerschaften z. B. zwischen Westfalen, Hessen-Nassau, dem Rheinland, Berlin, der schlesischen Oberlausitz und den einzelnen UCC-Kirchen in den USA kennenlernen. Im International Peace Center in den Westfalenhallen sprach Professor Dr. Ben Sanders über die Black Lives Matter-Bewegung und über den wachsenden Alltagsrassismus, der von Präsident Trump's Twitter Tweeds angeheizt wird. Ben Sanders ist selbst Afroamerikaner und lehrt Theologie am renommierten Eden Theological Seminary in St. Louis in den USA – eine liberale, theologische Hochschule. Die UCC versucht in ihren Gemeinden, in den Conferences und auf Bundesebene Rassismus zu begegnen. Mit den „Sacred Conversations To End Racism“ hat sie ein eigenes Anti-Rassismus-Trainingsprogramm entwickelt. Dan Doty nennt den aktuellen US-Präsidenten nur „Regierungsverwalter“ und drückt damit sein Missfallen an der diskriminierenden Haltung Trump's aus. Nur ein demokratisch gesinn-

ter Mensch, der die Menschenrechte achtet, habe es verdient Präsident genannt zu werden. Ein einmaliges und zweisprachiges Feierabendmahl gestalteten beide UCC-Vertreter mit Predigt und A-capella-Gesang in der historischen Remigiuskirche in Dortmund-Mengede. Antje Lewitz-Danguillier, Gemeindepfarrerin in Mengede, die Mitglieder des westfälischen UCC-Ausschusses und ein Team ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer hatten in den Dortmunder Norden eingeladen und den Gottesdienst organisiert. Die Dortmunder Gemeinde pflegt seit vielen Jahren schon den Austausch mit der UCC im Rahmen einer Gemeindepfarrpartnerschaft. Grüne Luftballons wiesen den Fußweg vom S-Bahnhof in die dezentral gelegene Remigiuskirche. Kontrastreich begleitete die Gemeindeband den gut besuchten Gottesdienst musikalisch. Bunte Vielfalt stellten auch die verschiedenen Talare dar. Dan Doty hatte sich z. B. fürs Kirchentagsgrün entschieden. Dr. Sanders las seine Predigt direkt vom Mc-Book-Air ab, für westfälische Gemeinden vielleicht noch ein etwas ungewohntes Bild. Im benachbarten Gemeindehaus war dann Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen zwischen den US-Amerikanern, westfälischen Engagierten und den Kirchentagsbesuchern. „See you“ 2021 in Frankfurt am Main, dann gibt es sicher wieder einen Messestand und Kirchentagsaktionen mit der UCC. Hessen-Nassau pflegt eine Partnerschaft nach New York.

Thomas Krieger, Referent für die Partnerschaft mit der UCC, Amt für MÖWe



Die ökumenischen Gäste der Ev. Kirche von Westfalen im Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

© Christian Hohmann

Kirchentag in ökumenischer Weite feiern

Ökumenische Gäste auf dem Kirchentag

Etwa 40 Gäste aus der weltweiten Ökumene nahmen auf Einladung der Evangelischen Kirche von Westfalen am Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund teil. Sie erlebten spannende Diskussionen über die Verantwortung der Kirchen für Migrant*innen, sangen Kirchentagshymnen und einige begegneten sogar dem Bundespräsidenten.

Der Kirchentag ist ein Fest der Vielfalt des Protestantismus – nicht nur für die evangelische Christenheit in Deutschland. Die Fülle der evangelischen Christenheit wird vielmehr erst richtig sichtbar, wenn auch die weltweite Ökumene in den Blick gerät. Ein Kirchentag in Westfalen ohne Gäste aus dem Ausland war deshalb für Oberkirchenrat Dr. Ulrich Möller, Dezernent für Ökumene, nicht vorstellbar. Daher setzte er sich dafür ein, dass Repräsentantinnen und Repräsentanten aller Kirchen, mit denen die Evangelische Kirche in Westfalen in partnerschaftlicher Beziehung steht, zum Kirchentag eingeladen wurden. So folgten rund 40 Christinnen und Christen aus Europa, Asien, Afrika und Süd- und Nordamerika der Einladung und fanden sich einige Tage vor dem Kirchentag in Haus Villigst ein.

Zusammen mit anderen in der Ökumene Engagierten beschäftigten sich die ökumenischen Gäste auf einer Konferenz vor dem Kirchentag mit der Hauptvorlage: „Kirche und Migration“ und brachten neue Perspektiven in die Diskussion ein. Der ehemalige namibische Bischof und jetzige Minister für Armutsbekämpfung, Zephania Kameeta, erläuterte zum Beispiel, dass der Kern des christlichen Glaubens ein Migrationsakt gewesen sei: Gott kommt auf die Erde und wird Mensch. Aus der Perspektive einer Minderheitskirche, die selbst aus der Migration entstanden ist, betrachtete Sonja Skupch, Generalsekretärin der

Evangelischen Kirche am Rio de la Plata (Südamerika), die Herausforderungen der weltweiten Migrationsbewegungen und berichtete von den Schwierigkeiten des Perspektivwechsels, der den Gemeindemitgliedern in Südamerika abverlangt wird. Auch Bischof Tamás Fabiny von der lutherischen Kirche in Ungarn kennt die Schwierigkeiten, als Minderheitenkirche Einfluss zu nehmen auf eine politische und gesellschaftliche Mehrheit, die eine harte Position gegenüber Migrant*innen einnimmt.

Am 19. Juni ging es dann erwartungsvoll zum Kirchentag nach Dortmund. Die dichte Atmosphäre des Eröffnungsgottesdienstes und die Vielfalt des anschließenden Abends der Begegnung entschädigten für die Kapiolen des deutschen Wetters – mit Hitze und Gewitter. Einige der Gäste hatten sogar die Möglichkeit mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Gespräch zu kommen. Erschöpft, aber glücklich fuhr man zur späten Stunde zurück. Für die nächsten Tage hatten die MÖWe-Pfarrer Dr. Christian Hohmann und Ralf Lange-Sonntag, die die Gäste auf dem Kirchentag begleitet hatten, Programm-Vorschläge erarbeitet, doch ebenso konnte sich jede und jeder ein individuelles Programm erstellen. Bei Chips, Wein und Bier tauschten sich jeden Kirchentag-Abend die Teilnehmer*innen im „Basis-Quartier“ Haus Villigst über das Erlebte aus. Dabei lernten sich die aus so unterschiedlichen Ländern und Kirchen kommenden Protestant*innen immer besser kennen, so dass die Kontakte auch nach dem Kirchentag weiterhin Bestand haben werden und manch gemeinsames Projekt entstanden sein dürfte.

Ralf Lange-Sonntag, Referent für den interreligiösen Dialog, Amt für MÖWe

Impressionen vom Kirchentag!

Mit einem Trauermarsch erinnerte die Aktion Seebrücke an 35.597 ertrunkene Menschen im Mittelmeer.

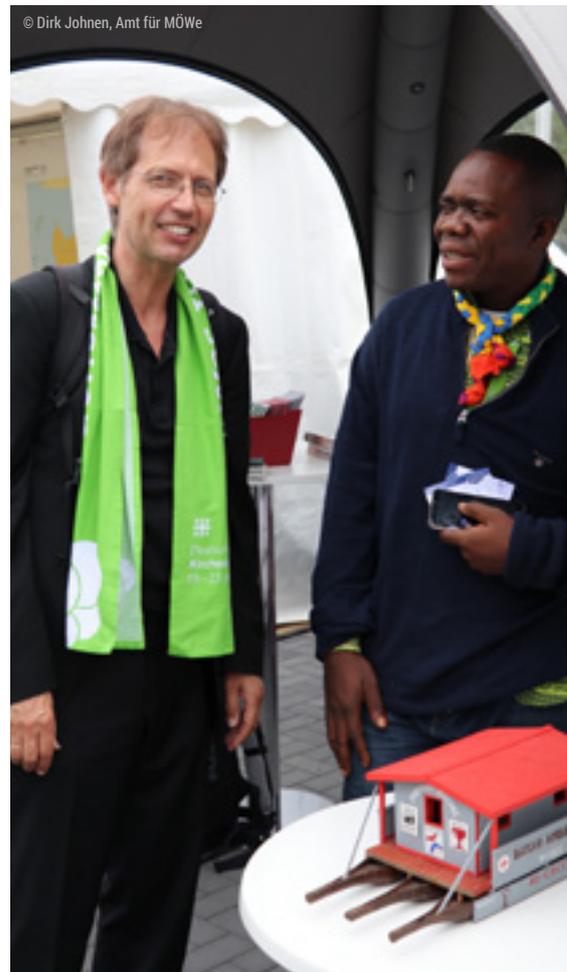


© Dirk Johnen, Amt für MÖWe



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe

Begegnungen im WeltGarten - GlobalGarden2019.



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe

„Jeder Mensch hat einen Namen“ - große Beteiligung bei der Aktion zum Gedenken an die im Mittelmeer Ertrunkenen.



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe

Ökumenisches Feierabendmahl in der Petri-Kirche.



© Dirk Johnen, Amt für MÖWe

Lieder für die im Mittelmeer Ertrunkenen.

► Brot für die Welt -Eröffnung 12.12.1959: Kundgebung der Evangelischen Kirche und der evangelischen Freikirchen in Deutschland, in der Westberliner Deutschlandhalle. Während die Kundgebungsteilnehmer sangen, sammelten Jungen und Mädchen die Spenden für die Hungernden der Welt ein. Anschließend schütteten sie das Geld in große Tonnen. In diesen Tonnen sind vor Jahren in der Hungerszeit nach dem Kriege Lebensmittel als Spenden ausländischer Kirchen nach Berlin gekommen.



Hunger nach Gerechtigkeit

Brot für die Welt – nötig und wirksam seit 60 Jahren

Im Advent 1959 riefen die evangelischen Landes- und Freikirchen erstmals unter dem Motto ‚Brot für die Welt‘ zu Spenden für notleidende Menschen in armen Ländern auf. Mehr als 12.000 Menschen versammelten sich diesem Aufruf folgend am 12. Dezember 1959 in der Deutschlandhalle in Berlin, um die Aktion ‚Brot für die Welt‘ zu starten. Damals sagte Pfarrer Helmut Gollwitzer: „Es geht nicht nur um Erbarmen und nicht nur um Vernunft, es geht um die Verantwortung für das Evangelium, in der jeder Christ steht.“

Brot für die Welt war zunächst als einmalige Aktion gedacht, als Dank für die Hilfe, die die Menschen in Deutschland erhalten hatten durch den Marshall-Plan, die vielen Care-Pakete, die Wiederaufbau- und Flüchtlingshilfe des Ökumenischen Rates der Kirche und des Lutherischen Weltbundes. Damals gingen so viele Spenden ein – 19 Millionen Mark –, dass die Aktion weitergeführt wurde. In dieser Zeit, den 1950er Jahren, als Europa erstmals das Ausmaß der Armut u. a. in Indien und Afrika wahrnahm, sind mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung unzureichend ernährt, 20 Prozent leben am Rande des Verhungerns.

Steht anfangs noch die Ernährungssicherung im Mittelpunkt der Arbeit von Brot für die Welt, so kom-

men bald weitere Handlungsfelder hinzu: Bildung und Gesundheit, die Wahrung der Menschenrechte, Stärkung von Frauen.

Von Beginn an ist die Bewusstseinsbildung in Deutschland ein wichtiger Teil der Arbeit. Große Kampagnen machen auf die Ungerechtigkeit im Welthandel aufmerksam. Mit der Unterstützung von Brot für die Welt eröffnet 1973 in Stuttgart der erste Weltladen. Heute gibt es ca. 500 Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland u. a. um Kenntnisse über weltweite Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu vermitteln, den Prozess des Umdenkens in der eigenen Gesellschaft zu fördern, Möglichkeiten für ein gerechteres und nachhaltiges Handeln aufzuzeigen und dafür zu motivieren. Nach der Jahrtausendwende wird auch die Lobbyarbeit immer wichtiger, denn nachhaltige Veränderungen sind nur zu erzielen, wenn auch die politischen Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden.

Heute ist Brot für die Welt mit der Diakonie Deutschland und der Diakonie Katastrophenhilfe zum Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) zusammengeschlossen und fördert rund 1.500 Projekte in mehr als 90 Ländern.

Zehn Prozent der Weltbevölkerung müssen mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag auskommen.

Bereits seit den 1960er Jahren etablieren sich Prinzipien, die für die erfolgreiche Arbeit von Brot für die Welt auch heute noch gültig sind: Die Erkenntnis, dass Entwicklungsprozesse nur dann erfolgreich sind, wenn sie von den betroffenen Menschen selbst bestimmt werden und vor Ort verankert sind. So führt Brot für die Welt keine eigenen Projekte durch, sondern arbeitet mit einheimischen Partnerorganisationen zusammen. Dies stellt sicher, dass alle Projekte den regionalen Gegebenheiten angepasst sind und den Menschen direkt zugutekommen. Gemeinsam mit den Betroffenen – gleich welcher Glaubensrichtung – werden Wege erarbeitet, wie sie ihrer Lebensbedingungen verbessern können.

Die Partnerorganisationen beraten z. B. Kleinbauernfamilien, damit sie umweltschonend vielfältige Nahrungsmittel anbauen oder darin, wie sie sich an den Klimawandel anpassen können: durch anderes Saat-

gut etwa oder durch den Bau von Wasserspeichern. Andere Partner sind z. B. in Slums aktiv und bieten dort u. a. Unterricht und Ausbildung für Kinder und Jugendliche an.

Zum Beispiel in Peru

Früher bauten die Kleinbauernfamilien im Valle del Chira vor allem Mais, Maniok und Süßkartoffeln an. Von den Erträgen konnten sie kaum überleben. Das „Ökumenische Zentrum für soziale Förderung und Aktion Nord“, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, unterstützt knapp 4.000 Kleinbauern und -bäuerinnen. Sie bekommen unter anderem Saatgut und Werkzeug, erhalten Schulungen in agrarökologischen Methoden und werden bei der Vermarktung ihrer Produkte, z. B. Bio-Bananen, unterstützt. Die Bananen exportieren sie jetzt im Rahmen des Fairen Handels nach Europa. Um durchschnittlich 240 Euro haben sich die monatlichen Einkommen der Produzentinnen und Produzenten seit Projektbeginn erhöht.



© Nina Mair/Brot für die Welt

Für den Export müssen die kleinen Blüten von den Bananen entfernt werden. Francisco Imán Vélchez im Valle del Chira bei seiner Arbeit.

Millionen Menschen konnten so unterstützt werden, aber immer noch gibt es Hunger und Armut. Menschen werden verfolgt, gedemütigt oder ausgegrenzt. Kriege, Konflikte und der Klimawandel verschärfen die Not.

Die Zahl der weltweit Hungernden hat sich 2019 erhöht - auf jetzt 821 Millionen Menschen.

Eine Hauptursache ist der weltweite Temperaturanstieg. Überschwemmungen und Dürren vernichten immer öfter die Lebensgrundlage vieler Menschen.

„Hunger nach Gerechtigkeit“ lautet das Motto der 60. und 61. Aktion. Denn auch nach 60 Jahren ist dieser Hunger nicht gestillt.

Unterstützen Sie die Arbeit von Brot für die Welt!

Bank für Kirche und Diakonie

IBAN: DE 10100610060500500500

BIC: GENODED1KDB

Margot Bell

Ehrenamtskoordinatorin für Brot für die Welt im Amt für MÖWe und Pfarrerin im Ruhestand

60 Jahre Brot für die Welt

Brot für die Welt feiert runden Geburtstag! Das ist ein Anlass, sich zusammen mit Jugend- oder Konfigruppen, Kirchengemeinden und Schulklassen mit Brot für die Welt zu beschäftigen. Impulse dafür setzt das Video „60 Jahre Brot für die Welt“ mit einigen Ideen, wie man selbst aktiv und kreativ werden kann. Begleitend gibt es eine Handreichung mit Anregungen und Hintergrundinformationen zu den Aktionsideen aus dem Video. Denn jede und jeder kann etwas tun und damit Brot für die Welt im Einsatz für mehr Gerechtigkeit unterstützen.

Das Video und die Begleitbroschüre online unter www.moewe-westfalen.de.



Einladung zur Festveranstaltung

„60 Jahre Brot für die Welt“

Freitag, 29. November, 19.00 - 21.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)

Erlöserkirche Münster, Friedrichstr. 10

mit

Dr.h.c. Präses Annette Kurschus

Nene Morisho, DR Kongo/ Partner von Brot für die Welt

Martin Buchholz, Moderator

„Unity“, der Chor der Ev. Studierendengemeinde u.v.m.

Anmeldung:

Gabriele Pawlowski, Tel. 0231 5409-75

E-Mail: gabriele.pawlowski@moewe-westfalen.de

Materialien zu „Hunger nach Gerechtigkeit“

Dossier

Die Mappe enthält Hintergrundinformationen zur Geschichte und heutigen Arbeit von Brot für die Welt sowie zu 60 Jahren Entwicklungszusammenarbeit. Es werden langjährige Partnerorganisationen, historische und aktuelle Projekte vorgestellt.

Plakate aus 60 Jahren

Fast jede und jeder kennt die Plakate von Brot für die Welt. Sie hängen im Schaukasten, in Gemeinderäumen, an Bahnhöfen oder Bushaltestellen.

Mit der Plakatserie aus sechs Jahrzehnten wird dazu eingeladen, sich mit der Geschichte von Brot für die Welt zu befassen und auch eigenen Erinnerungen nachzuspüren.

Eine Auswahl an Plakaten aus 60 Jahren Brot für die Welt können als Plakatset oder Sammelplakat kostenlos bestellt werden.



Planspiel „Gemeinsam für Gerechtigkeit“

Das Planspiel simuliert die komplexen Arbeitsabläufe und partnerschaftlichen Strukturen eines weltweit agierenden Entwicklungswerks. Die Methode ist aktiv und erlebnisorientiert und macht sowohl Jugendlichen als auch Erwachsenen Spaß.

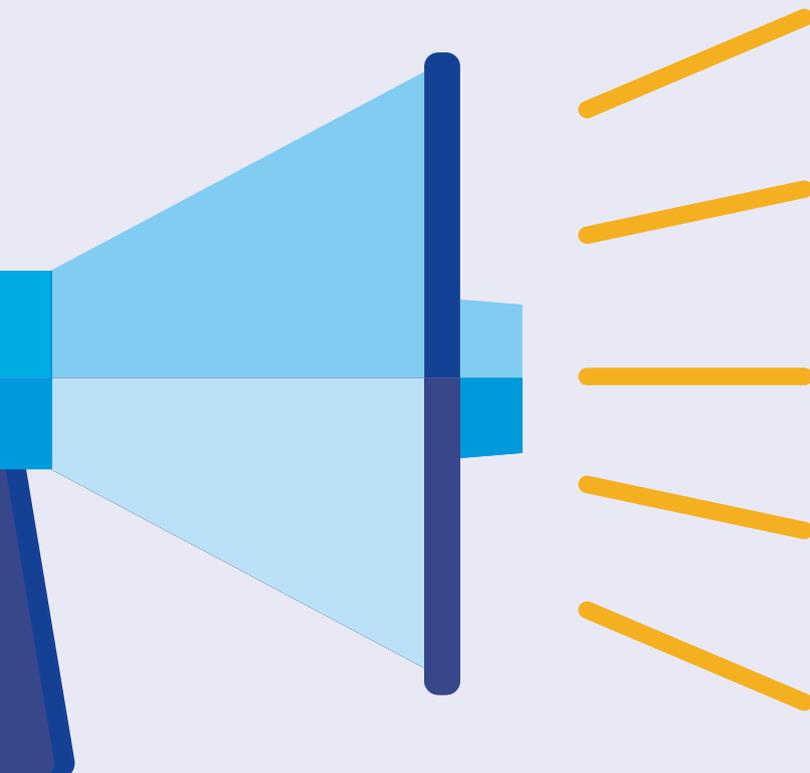
Virtuelle Reisen zu Projekten von Brot für die Welt

Reisen Sie virtuell mit Schüler*innen oder Konfirmand*innen um die Welt. Mit einer Lern-App lernen sie Projekte z. B. in Indien, Äthiopien, Kolumbien kennen! Kinder und Jugendliche erzählen, wie sie soziale Ungerechtigkeit erleben, wie sie damit umgehen und was die Projekte in ihrem Leben bewirken. Jede virtuelle Projektreise ist hinterlegt mit vertiefenden Arbeitsblättern.

Global Lernen: Gerechtigkeit weltweit!

Jugendliche erarbeiten ihre eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit und entwickeln Ideen, welchen Beitrag sie zu einer solidarischen und gerechten Welt leisten können. Das Material enthält Impulse und fertige Arbeitsblätter für den Unterricht in den Sekundarstufen.

Diese und weitere Materialien gibt es unter:
www.brot-fuer-die-welt.de





Margot Bell interviewt Eberhard Proissl zu seinem Engagement als Botschafter am Stand von Brot für die Welt beim Kirchentag in Dortmund.

Botschafter*innen geben Brot für die Welt vor Ort ein Gesicht

Seit 1959 wird die Arbeit von Brot für die Welt maßgeblich durch die verlässlichen Spendensammlungen der Kirchengemeinden getragen. Dafür gilt allen Spender*innen ein großer Dank! Was aber geschieht mit diesen Spenden? Welche Projekte werden warum unterstützt? Damit das sehr vielseitige Engagement von Brot für die Welt zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit in mehr als 90 Ländern und auch die politische Arbeit vor Ort präsentiert wird, gibt es u. a. in einigen Landeskirchen Brot für die Welt-Botschafter*innen. Sie geben mit vielen Veranstaltungen und sehr kreativen Aktivitäten Brot für die Welt in ihren Kirchengemeinden, in ihrer Kommune ein Gesicht. In der Evangelischen Kirche von Westfalen steht das Projekt der Botschafter*innen für Brot für die Welt noch ganz am Anfang. Ruhestandspfarrerin Margot Bell, die als Ehrenamtskoordinatorin die Botschafter*innen in Westfalen unterstützt, sprach mit Eberhard Proissl, Brot für die Welt Botschafter in Württemberg und mit Adelheid Treeck, der ersten Botschafterin für Brot für die Welt in Westfalen.

Eberhard Proissl, Sie gehören schon seit längerem zu den Brot für die Welt-Botschafter*innen. Seit wann sind Sie dabei und was war Ihre Motivation dieses Ehrenamt zu übernehmen?

Proissl: Ich engagiere mich schon seit vielen Jahren ehrenamtlich für Brot für die Welt. Zum Botschafter wurde ich aber erst im Jahr 2017 ernannt, nachdem ich von anderen darauf angesprochen worden war und ich mich dafür interessierte. Botschafter*innen für Brot für die Welt gibt es in der Württembergischen Landeskirche schon seit mehr als zehn Jahren. Meine Motivation

war zum einen, dass es mir große Freude macht, in der Kirchengemeinde über Brot für die Welt zu informieren, insbesondere an Gottesdiensten zu diesem Thema mitzuwirken. Zum anderen sind mir der Erfahrungsaustausch und Schulungen wichtig, um meine Kenntnisse zu der Arbeit von Brot für die Welt zu erweitern. Die Botschafter*innen werden bei uns zweimal im Jahr zu Treffen und Fortbildungen eingeladen. Diese Treffen sind für mich immer sehr bereichernd.

Was war bisher Ihr schönstes Erlebnis?

Ein ganz besonderer Höhepunkt war im November vergangenen Jahres ein Besuch bei Brot für die Welt in Berlin zusammen mit drei anderen Botschafter*innen. Anlass war die Verleihung eines Preises an die Botschafter*innen in Württemberg, den wir stellvertretend für die Anderen entgegennehmen konnten. Die Übergabe war eingebettet in eine Festveranstaltung anlässlich der Eröffnung der 60. Aktion von Brot für die Welt. Ich begegnete dabei nicht nur verschiedenen Mitarbeiter*innen von Brot für die Welt, sondern auch einigen langjährigen Partnern aus den Ländern des Südens, die ihre Arbeit vorstellten und mit denen wir sprechen konnten.

Was würden Sie jemanden sagen, der oder die überlegt Botschafter*in zu werden?

Mir macht es sehr viel Freude, Brot für die Welt in meiner Gemeinde und im Kirchenbezirk ein Gesicht zu geben. Ich werde dabei auch von der Gemeinde beauftragt und weiß, dass sie voll hinter dieser Aufgabe steht. Die Treffen mit anderen Botschafter*innen schenken viele Anregungen und Impulse, sich in die

Gemeinde einzubringen. Das muss nicht sehr zeitaufwändig sein. Jede*r kann selbst entscheiden, in welchem Umfang man sich einbringen möchte. Wen die Arbeit von Brot für die Welt interessiert, dem kann ich nur Mut machen, Botschafter*in bzw zu werden.

Adelheid Treeck, Sie sind kurz nach dem Start des Projekts Botschafterin für Brot für die Welt in Westfalen geworden. Was hat Sie an dieser Aufgabe begeistert?

Treck: Die Arbeit von „Brot für die Welt“ bewegt und begeistert mich schon lange. Durch die Organisation wird so viel Gutes getan: Viel Not gelindert, für Gerechtigkeit und Menschlichkeit sich eingesetzt und es gibt noch so viel zu tun. Wir brauchen nur zuzuhören und unser Herz bewegen. Darum, in meinem Rahmen und mit meinen Möglichkeiten fühle ich mich motiviert Brot für die Welt zu unterstützen. Denn, viele kleine Schritte an vielen kleinen Orten können die Welt verändern!

Ihr erster Einsatz war bei dem ökumenischen Gemeindefest in Arnsberg, bei einem gemeinsamen Stand von Brot für die Welt und Misereor. Welche Erfahrungen konnten Sie da machen?

Grundsätzlich waren es positive Erfahrungen. Die Leute zeigten sich interessiert, prüften gern ihren ökologischen Fußabdruck und waren manchmal über das Ergebnis erstaunt. Und waren zum Umdenken bereit. Auch wurde sehr gelobt, dass wir als

„Ökumene“ an einem Strang ziehen. Uns hat der Einsatz Spaß gemacht!

Was würden Sie Interessent*innen für dieses Ehrenamt sagen?

Es macht in jedem Fall Freude, bedeutet aber auch Verantwortung und hinter der Aufgabe stehen. Im Gespräch mit anderen Interessierten kommen auch wieder viele Ideen. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Herzlichen Dank Ihnen beiden und viel Erfolg weiterhin!

Adelheid Treeck präsentiert Brot für die Welt beim ökumenischen Gemeindefest 2019 in Arnsberg.



Werden Sie Botschafter*in für Brot für die Welt

Als Botschafter*in präsentieren Sie die Arbeit von Brot für die Welt in Ihrem Umfeld und geben dem Werk so ein Gesicht, indem Sie zum Beispiel

- ein Hilfsprojekt im Gemeindebrief vorstellen
- einen Info-Stand oder Spendenlauf beim Gemeindefest, Kreiskirchentag oder Stadtfest organisieren
- einen Gottesdienst zum Jahresthema mitgestalten
- Vorträge über die Arbeit von Brot für die Welt vermitteln
- Mitmachaktionen und Materialien von Brot für die Welt z. B. im Kindergarten oder in der Gemeinde bekannt machen

und Sie werden Teil einer Gemeinschaft, die sich für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechte einsetzt:

- Fortbildungen zusammen mit anderen Engagierten informieren über aktuelle Themen, geben Anregungen für den Einsatz vor Ort und die Möglichkeit zum gegenseitigen Austausch.
- Ehrenamtstreffen bei Brot für die Welt in Berlin ermöglichen einen tieferen Einblick in die Arbeit des Hilfswerkes.

Und bei allem gilt: Sie bestimmen, wie viel Zeit Sie investieren können und möchten!

Weitere Informationen bei Margot Bell, Ehrenamtskoordinatorin und Pfarrerin i.R.:
Tel. 02941 9689470 | E-Mail: ehrenamt@moewe-westfalen.de



Gitarrentöne, die Menschen berühren und verbinden - in Lippstadt und der DR Kongo.

Gitarren statt Gewehre

Gitarrenkonzert mit Cassandra Siebel für Brot für die Welt in Lippstadt

Seit 60 Jahren arbeitet Brot für die Welt dafür, dass Menschen weltweit ein Leben in Würde führen können und dass Armut überwunden wird. Anlässlich dieses runden Geburtstags hatten die Evangelische Kirchengemeinde und der Förderverein der Lippstädter Jakobikirche am 5. Juli zu einem Konzert mit Cassandra Siebel eingeladen. Statt des Eintritts wurde um eine Spende für das von Brot für die Welt unterstützte Projekt „Gitarren statt Gewehre“ in der Demokratischen Republik Kongo gebeten. In einem Ausbildungszentrum der Baptistischen Gemeinschaft in Zentralafrika werden ehemalige Kindersoldaten in verschiedenen Berufsfeldern ausgebildet, unter anderem im Gitarrenbau. Ihnen soll so der Weg in ein eigenständiges ziviles Leben ermöglicht werden. Die Gitarristin Cassandra Siebel hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit ihrer Musik zum Gelingen dieses Projektes beizutragen: „Kein Kind sollte nach solchen Umständen allein gelassen werden, sondern angenommen werden und eine Möglichkeit bekommen

aus eigener Kraft die Lebenssituation zu verbessern.“ Cassandra Siebel hat mit ihrem feinsinnigen Spiel und ihrem sensiblen Gespür für Klangfarben die Teilnehmenden in eine ganz eigene Klangwelt entführt, so z. B. mit ihrer Interpretation der „Sonata para guitarra“ von Antonio José, einer Komposition, die fast unhörbar leise Töne mit sehr temperamentvollen Passagen verbindet. Am Ende des Konzerts waren alle Anwesenden begeistert, was „sich in der großzügigen Unterstützung des Projektes Gitarren statt Gewehre niederschlug.“

Margot Bell, Ehrenamtskoordinatorin für Brot für die Welt



Das Gebäude des Rehabilitationszentrums Lifegate in Beit Jala bei Bethlehem.

„Hier zählt jeder einzelne Mensch!“

Zur Situation von Menschen mit Behinderung in Palästina

Vielleicht hatte ihn seit langem niemand mehr so aufmerksam und freundlich angeschaut. Seine Gesichtszüge begannen sich zu entspannen, und er lächelte ein wenig, nachdem Abeer Hamad vom Rehabilitationszentrum auf dem Sternberg ihn gesprochen hatte. Seine Familie hatte zuvor berichtet, dass sie mit ihrem 30-jährigen Sohn nicht mehr fertig werden. Oft sei er ziemlich aggressiv und dann zerschlage er Sachen im Haus. Als wir diese Familie in Burqin besuchen, wirkt ihr erwachsener Sohn sehr abweisend und hat einen düsteren Gesichtsausdruck. Aber im Rahmen dieser kurzen Erstberatung geschieht für alle etwas Unerwartetes. Zum ersten Mal begreift diese Familie, dass die Situation ihres schwerbehinderten Sohnes verbessert werden kann. Abeer bittet den jungen Mann, ihr etwas zu trinken zu bringen. Sofort steht er auf und holt einen Krug mit Wasser. Die Eltern staunen. Das hatten sie ihm nicht zutraut.

Es war unser vierter Familienbesuch an diesem Nachmittag in dem kleinen Ort Burqin unweit von Jenin im

Burqin ist bekannt für eine der ältesten christlichen Kirchen, die St. Georgskirche, die an dem Ort errichtet wurde, wo sich die zehn aussätzigen Männer aufgehalten haben, die Jesus auf seinem Weg nach Jerusalem hier in Samarien geheilt haben soll (Lukas 17).

Norden des Westjordanlandes. Wir, eine kleine Delegation aus dem Kirchenkreis Vlotho, hatten uns auf den Weg nach Burqin gemacht. Zusammen mit einem Team vom Förderzentrum Sternberg trafen wir mit Bürgermeister Mohammad Al Sabbah und seinen Mitarbeitenden zusammen. Ziel dieser Diakoniereise war es, zu überlegen, wie Menschen mit Behinderungen im Norden Palästinas konkret gefördert und begleitet werden können. Die Besuche in den Familien halfen uns, hier einen Einblick in die Situation von Menschen mit Behinderungen zu bekommen.

„Menschen mit Behinderungen stehen in Palästina ziemlich am Rande“, so die Erfahrung von Burghard Schunkert, dem langjährigen Leiter des Rehabilitationszentrums Lifegate in Beit Jala bei Bethlehem: „Wenn zum Beispiel eine Mutter ein Kind zur Welt bringt, das behindert ist, muss sie erst einmal suchen, wo sie Hilfe finden kann.“ Manche finden dann über das Caritas Baby Hospital in Bethlehem den Weg zu Lifegate. 1987 kam Schunkert als Erzieher und CVJM-Sekretär aus Gießen nach Beit Jala. Damals begann er in einem Heim für behinderte Männer mitzuarbeiten. Zwei Jahre später konnte er Lifegate gründen. Menschen mit Behinderungen sollen hier ein „Tor zum Leben“ finden. Dazu gehört die Frühförderung für Kinder ab drei

Jahren ebenso wie die verschiedenen Möglichkeiten der Berufsausbildung in der Holz-, Metall- und Lederverarbeitung oder auch im Textilbereich für erwachsene Menschen. Im heutigen Zentrum von Lifegate, das 2012 fertig gestellt werden konnte, gibt es auch einen Förderkindergarten sowie eine Schule für Kinder von drei bis 16 Jahren. Lifegate beschäftigt überwiegend christliche Palästinenserinnen und Palästinenser, die mit 1,8 Prozent der Bevölkerung eine absolute Minderheit in Palästina darstellen. Viele von ihnen wandern aus, weil sie häufig für sich und ihre Familien keine Perspektive mehr sehen im Schatten israelischer Besatzungspolitik und einer überwiegend muslimisch geprägten palästinensischen Gesellschaft.

Lifegate ist nicht die einzige Einrichtung in Palästina, die Menschen mit Behinderungen unterstützt, und fördert. 1969 begann die Arbeit des Princess Basma Center in Ostjerusalem: „Damals wurden die Menschen mit Behinderung ignoriert und nicht akzeptiert“, berichtet uns Nisreen Manarious. In den letzten 20 bis 25 Jahren ist sehr viel Arbeit geleistet worden, damit Menschen mit Behinderung in der palästinensischen Gesellschaft nicht länger ausgegrenzt werden. Doch es bleibt noch viel zu tun. Deshalb arbeiten sie – ähnlich wie auch die anderen Einrichtungen – mit den Familien und insbesondere mit den Müttern zusammen. Dazu gehört auch eine psychosoziale Unterstützung, durch die die Mütter ein umfangreiches Wissen darüber gewinnen, wie sie ihren Familien und ihren betroffenen Kindern helfen können.

Die Förderung und Begleitung von Menschen mit geistiger Behinderung steht im Mittelpunkt des Förderzentrums Sternberg der Herrnhuter Brüderunität bei Ramallah. Im Hauptgebäude sehen wir die verschie-

denen Therapieräume sowie die Verwaltung. Im Obergeschoss befindet sich eine Primarschule für derzeit 37 Kinder. Daneben gibt es ein weiteres Gebäude mit beschützten Werkstätten. Hier werden 37 Erwachsene ausgebildet und gefördert. Sie arbeiten je nach ihren Möglichkeiten in der ökologischen Landwirtschaft mit oder produzieren Kerzen und Seifen aus Olivenöl. Im Mitarbeitenden-Team, das von Ranya Karam geleitet wird, wirken palästinensische Christen und Muslime seit vielen Jahren zusammen.

Alle Einrichtungen, die wir besucht haben, sind auf Unterstützung von außen angewiesen, zumal die finanzielle Hilfe seitens der palästinensischen Regierung nicht reicht. Erschwerend kommt hinzu, dass US-Präsident Trump die amerikanische Entwicklungshilfe eingestellt hat.

Bürgermeister Al Sabbah arbeitet hart daran, die Situation der Menschen in Burqin zu verbessern. Dazu gehört, dass Familien, in denen Kinder oder Erwachsene behindert sind, therapeutische Hilfe vor Ort erhalten. Ein solches Projekt braucht eine gute Vernetzung, aber auch das Bewusstsein dafür, dass immer der einzelne Mensch im Vordergrund stehen muss. Darum geht es Paul Nordhausen, dem Leiter des Begegnungszentrums Beit Noah in Tabgha. Hier am See Genezareth können Menschen mit und ohne Behinderungen Freizeiten zusammen verbringen. Dabei spielt es für ihn keine Rolle, ob jemand behindert oder nicht behindert ist, ob er aus Israel oder aus Palästina stammt: „Bei uns gibt es nur Menschen!“

Christian Hohmann, Regionalpfarrer des Amtes für MÖWe und zuständig für den Nahen Osten



Die Delegation aus dem Kirchenkreis Vlotho in Burqin zusammen mit den Vertretern der Stadt und den Mitarbeiterinnen vom Rehabilitationszentrum Sternberg. In der Mitte Bürgermeister Mohammad Al Sabbah.



Frieden und Menschenrechte
- das Thema verbindet Menschen aus 17 Nationen.

How to become a Peacemaker?

Menschenrechte im Fokus der international Summer School 2019

Kenne ich die Charta der Vereinten Nationen und was kann ich tun, um diese weltweit gültigen Verträge zu schützen? Was, wenn ich von Menschenrechtsverletzungen erfahre oder gar selber davon betroffen bin? Wie verhalte ich mich im Falle eines Konflikts in meiner Community, Gemeinde oder Projekt? Im Sommer 2019 setzten sich 30 Menschen aus 17 Nationen zwei Wochen lang intensiv mit diesen und anderen Fragen auseinander. Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) hatte zum dritten Male zur Summer School auf den Heiligen Berg in Wuppertal eingeladen. Junge Studierende der Religionswissenschaften waren genauso willkommen wie erfahrene Vertreter*innen der VEM-Partnerkirchen und Akteure aus der Arbeit mit Geflüchteten oder dem Globalen Lernen. Aktuelle Beispiele aus Sri Lanka und Papua Guinea, Sierra Leona und der DR Kongo, aus Brasilien, Polen und Ungarn

ermöglichten eine besonders lebendige Auseinandersetzung mit den Themen. Die Begegnungen der unterschiedlichen Menschen und ihrer Kulturen, die intensive Zeit in der Gruppe und die bewegenden Momente – die fröhlichen wie auch die traurigen – werden uns allen noch lange in Erinnerung bleiben.

Vera Dwors, Fachstelle Südafrika / Südafrika Forum NRW
im Amt für MÖWe

Zukunftsmusik?

(Vorbemerkung der Autorin: Wenn ich im Folgenden „Erwachsene“ oder „sie“ sage, dann sage ich das mit einer gewissen Ironie. Ich selbst bin ja auch erwachsen. Auch meine ich nicht alle Erwachsenen.)

Ich kann das Wort Zukunft nicht mehr aus dem Mund der „Erwachsenen“ hören. Es sind ihre Zukunftsmusik-Stücke, die mich verstören. Sie legen mir einen Weg ans Herz und raten mir: „Du brauchst die Musik nicht selber schreiben, du kannst in unseren Mustern verbleiben.“

Als ich nach der 10. Klasse für ein Jahr nach Argentinien ging und danach das Schuljahr in Deutschland „wiederholen“ musste, da sagten sie mir, dass ich nicht an meine Zukunft denke. „Du verlierst ein Jahr! Das kannst du doch nicht machen! Das ist sonderbar!“ Als ich dann nach 13 Jahren mein Abiturzeugnis in der Hand hielt, da stürzten sie sich auf mich und wollten wissen, was denn nun aus mir werde, welches Lied von mir ich mit den Tönen ihrer Zukunftsmusik schreiben möchte? „Was willst du denn werden? Du kannst doch alles sein. Denk an deine Zukunft! Wähle so klug wie unsereins!“

Als ich mich endlich für das Theologiestudium entschieden hatte, da war es ihnen noch nicht genug. „Was willst du danach machen?“ – fragten sie, „Das Pfarramt ist eine sichere Bank, eine solide Zukunft!“ urteilten sie und „Die freie Wirtschaft, von der Theologie quer in die Welt, das ist unsicher. Da wird man nichts.“ verurteilten sie. In der Mitte stand ich und wusste lange nicht wohin – wollte nur studieren und mich nicht so oder so einsortieren.

Auf einem Kongress sagen sie: „Ihr seid die Zukunft unserer Kirche! Auf euch bauen wir.“ Ich rufe laut: „Ich will nicht tanzen zu eurer Zukunftsmusik. Will

jetzt Kirche sein, heute und nicht in der Zukunft allein. Jetzt kenne ich die Lieder der Jugend noch. Die Töne der Aufruhr, des Umbruchs und der Rebellion. Hört doch wie schön sie sind. Hört doch zu, wenn wir rufen. Wenn wir nach dem Jetzt suchen.“

An den Freitagen höre ich andere Gesänge. Höre Töne des Neubeginns, des Erweckens und der Zuversicht. Gewaltiger Mut steigt empor. Höre sie einstimmen in Gretas Chor. Freitage für die Zukunft. Nein, nicht

die Zukunft, die ihr meint. Nein, eine Zukunft die Jetzt beginnt, die sich entwickelt und eurer Zeitrechnung entrinnt. Die Zukunft, das sind wir, aber die Zukunft, die ist auch jetzt hier.

Und dann höre ich sie meckern und jaulen. Höre wie sie uns zurück ins Jetzt vergraulen. „Geht auf die Schulbank, zurück zu euren Plätzen. Bleibt sitzen und lernt unser Lied der Zukunft ganz ohne Entsetzen. Seid ruhig politisch, habt Ideen, aber so doch nicht. Denn die

Zukunft liegt nur in unserer Sicht.“

Und doch habe ich die Hoffnung, dass sie irgendwann sagen: „Können wir zu eurem Lied vielleicht auch etwas beitragen?“



Nele Chiara Neidiger, MA Theologie, Spezialisierung Altes Testament, hat vom 1.10.2018 – 31.3.2019 ein Sozialesemester im Amt für MÖWe absolviert und den „WeltGarten - GlobalGarden2019“ auf dem Kirchentag vorbereitet und organisiert.

Global vernetzt - regional verankert

Darja Wolfmeier berichtet über ihr Praktikum im Amt für MÖWe

Mein Praktikum von Mai bis Juli im Amt für MÖWe war eine ganz besondere Erfahrung. So kam ich in der Hochphase der Vorbereitungen für den 37. Deutschen Evangelischen Kirchentages nach Dortmund. Mein Interessensschwerpunkt war und ist die Entwicklungspolitik und Fragen zur Einen Welt und afrikanischen Ländern. Denn nach meinem Abitur war ich als Missionarin auf Zeit in einer katholischen Ordensgemeinschaft auf Madagaskar und im Senegal. Mein MÖWe-Praktikum hatte jedoch keinen explizit entwicklungspolitischen Schwerpunkt, da aufgrund des Kirchentages vor allem Öffentlichkeitsarbeit im Mittelpunkt stand. Aber die weltweite Vernetzung und Verantwortung waren immer Inhalt meiner Kirchentagsarbeit: Sei es, als ich das Werteball-Spiel für den Stand des Amtes für MÖWe auf dem Kirchentag mit erarbeitet habe oder es im Weltgarten - GlobalGarden2019 Musik und Menschen aus aller Welt gab. In dem Werteball Spiel wird spielerisch erfahrbar, dass es auch auf mein Engagement ankommt, auf mehr Fairness und Respekt, um Ziele wie weniger Armut weltweit und Klimaschutz zu errei-



chen. Auch bei dem Projekt „Wege zur Nachhaltigkeit“ war der weltweite Hintergrund immer dabei: Welche Verantwortung tragen wir in unserem regionalen Handeln gegenüber der Welt?

Wegen der "DNA" des Amtes für MÖWe liegt der globale Bezug auf der Hand. In verschiedenen Gesprächen mit Mitarbeitenden, die Auslands- und / oder Partnerschaftserfahrung haben oder selbst nicht aus Deutschland stammen, konnte ich vor Ort Ökumene und die Eine Welt erfahren. Darüber hinaus habe ich aber auch viel über die Arbeitswelt ‚außerhalb der Uni‘ gelernt: Wie gestaltet sich die regionale Arbeit für Brot für die Welt in Westfalen? Wie können Netzwerke entstehen? Wie können Menschen für die Eine Welt eingebunden werden? Wie werden Eine Welt Themen auch auf politischer Ebene verhandelt? Neue Perspektiven, in denen ich eine globale Vernetzung unseres Lebens in der regionalen Verankerung gespürt habe.

Darja Wolfmeier, Bachelor Geschichte und Französisch, Masterstudium Global History

Praktikant*in bei der MÖWe werden!

Ob bei der Aktualisierung eines Bildungskoffers zu Kaffee und Fairem Handel, den Vorbereitungen eines Forums mit internationalen kirchlichen Partnern oder einer Tagung zum Missionsverständnis im Wandel, einer Recherche zu den Auswirkungen der Palmölproduktion oder der Präsentation unserer Arbeit an Ständen: Wir freuen uns über die Mitarbeit von engagierten Praktikantinnen und Praktikanten, die im Rahmen ihres

Studiums und der darin vorgesehenen Praktika Einblicke in unser Arbeitsfeld gewinnen möchten.

Kontakt:
Katja Breyer, katja.breyer@moewe-westfalen.de



Segensbitte aus der Ökumene

Möge Gott dich segnen mit Unbehagen gegenüber allzu einfachen Antworten, Halbwahrheiten, und oberflächlichen Beziehungen, damit Leben in der Tiefe deines Herzens wohnt.

Möge Gott dich mit Zorn segnen gegenüber Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen, damit du nach Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Frieden strebst.

Möge Gott dich mit Tränen segnen, zu vergießen für die, die unter Schmerzen, Ablehnung, Hunger und Krieg leiden, damit du deine Hand ausstreckst, um sie zu trösten und ihren Schmerz in Freude zu verwandeln.

Und möge Gott dich mit Torheit segnen, daran zu glauben, dass du die Welt verändern kannst, indem du Dinge tust, von denen andere meinen, es sei unmöglich, sie zu tun.

*zitiert nach em tua graça, Gottesdienstbuch, Neunte Vollversammlung,
Ökumenischer Rat der Kirchen, Genf 2006*

Impressum

„Westfalen - Welt - Weit. Nachrichten aus Mission, Ökumene und kirchlicher Weltverantwortung“ wird herausgegeben vom Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), Olpe 35, 44135 Dortmund

Redaktion:
Katja Breyer, Tel. 0231-5409-73
Dirk Johnen, v.i.S.d.P., Tel. 0231-5409-293
www.moewe-westfalen.de, info@moewe-westfalen.de

Gestaltung: heimpixel, Duisburg
Auf 100% Recyclingpapier gedruckt.